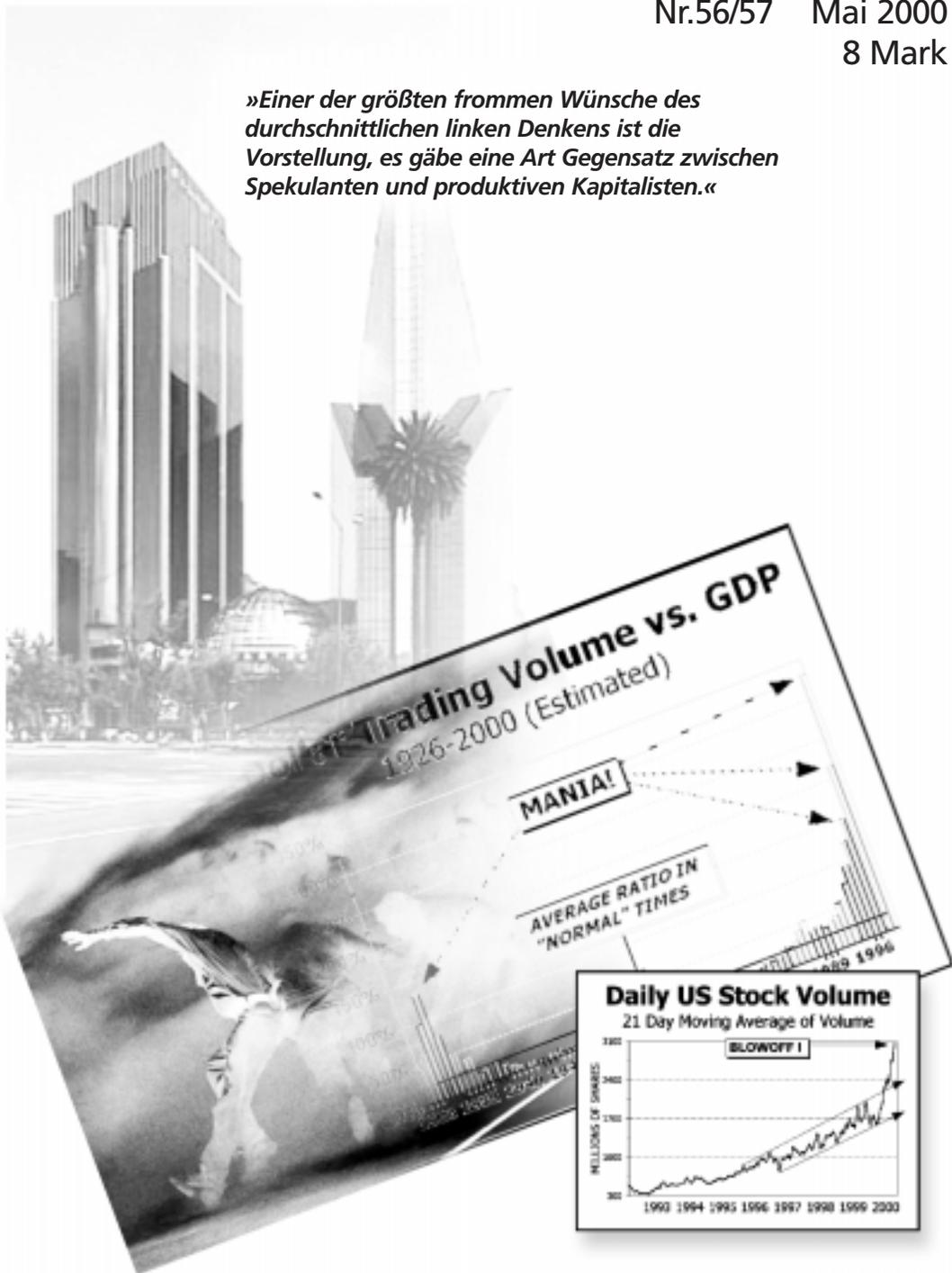


# Wildcat-Zirkular

Nr.56/57    Mai 2000  
8 Mark

*»Einer der größten frommen Wünsche des durchschnittlichen linken Denkens ist die Vorstellung, es gäbe eine Art Gegensatz zwischen Spekulanten und produktiven Kapitalisten.«*



## Inhalt:

Editorial .....	2
»Über billiges Gemüse und Arbeitsmigration« und »Ketchup ál Ejido« von der <i>Gruppe Demontage</i> .....	6
Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs .....	16
Einige Bemerkungen zu »Antisemitismus und die Grenzen« des Klassenbegriffes« .....	28
Le fichisme ne passera pas/The X-FILERS – von ehemaligen Mitgliedern von <i>La Banquise</i> .....	32
Zu Kurz gedacht – Kritik am »Manifest gegen die Arbeit« .....	43
Ein Blick in die »Krisenwerkstatt« .....	52
Vom schwierigen Versuch, die kapitalistische Krise theoretisch zu bemeistern .....	54
Spekulatives Kapital – von <i>Paolo Guissani</i> .....	64
Zur Debatte über die Weltwirtschaft: Zwei Schritte zurück – Zusammenfassung aus <i>Capital&amp;Class Nr.67</i> .....	75
Ökonomisches Gesetz und Klassenkampf – die Grenzen der Ökonomie Matticks von <i>Ron Rothbart</i> .....	84

## Editorial

Ins schöne Frühlingswochenende haben wir uns die Zirkularproduktion gepackt. Ein dünnes Heftchen ist auch nicht bei rausgekommen, sondern reichlich Stoff. Zeit für die Zusammenstellung und Übersetzung der Texte ist da. Mobilisierungen aus den Betrieben, die uns andere Aufgaben hätten stellen können, bleiben aus. So ist z.B. die bisherige Tarifrunde nicht aus dem gewerkschaftliche Ruder gelaufen, obwohl den ArbeiterInnen im Ostteil Deutschlands dabei klar gemacht werden soll, daß bis auf weiteres mit Angleichung an »Westlöhne« nix drin ist. Die Artikel in diesem Heft sollen so zum einen unsere Diskussion weiterbringen, aber sie sollen auch in laufende Auseinandersetzungen eingreifen:

Ein Block zu »Kapitalismus und Krise« und einer zum Thema »Antisemitismus«. Auf den ersten Blick zwei zeitlose Themen, zu denen immer was geschrieben werden kann, aber nicht gleich einsichtig ist, warum wir mit so nem Klopper in die warme Jahreszeit gehen. Wo sich viele Menschen auf die 1. Mai Demos vorbereiten, andere heiße Tage für die Eröffnung der Expo planen oder sich auf Veranstaltungen oder Kundgebungen rund um den 8. Mai unter dem Motto »Befreiung vom Hitlerfaschismus – Gegen den Neofaschismus« o.ä. treffen.

Überfällig wäre es, mit vielen Leuten gegen Kapitalismus und für Kommunismus auf die Straßen zu gehen. Die Mobilisierungen laufen aber seltsam getrennt voneinander ab. Sicherlich sind viele auf »allen« Ereignissen präsent, aber die Vorbereitungen laufen in getrennten Kreisen. Und dies ist nicht Ausdruck einer »produktiven Arbeitsteilung« einer Bewegung, die sich die notwendigen Schritte zum Umsturz der herrschenden Verhältnisse eben aufteilt. Sie drückt einerseits aus, daß viele was machen wollen, sie transportiert aber auch die Unsicherheit darüber, wogegen genau oder wofür wir auf die Straße gehen.

Diese Unsicherheit treibt viele um, und sie ist in den verschiedenen Mobilisierungen auch präsent. Unserer Meinung nach gibt es momentan zwei Versuche, mit dieser Unsicherheit umzugehen: Die eine setzt auf den Willen zur radikalen Veränderung, die andere stellt gerade die Möglichkeit einer radikalen Veränderung in Frage. Die erstere setzt den Willen nach Veränderung und Aktion in ein Verständnis von Kapitalismus um, das fast ganz ohne Klasse oder Klassenkampf auskommt. Die zweite folgert im Gegensatz dazu aus den bisherigen Klassenkämpfen die Unmöglichkeit von Revolution.

- Die Demonstrationen in Seattle haben die Widersprüche in der Regenbogenkoalition aus »militanten Antikapitalisten« und »Kapitalismusreformern« endlich an die Oberfläche gebracht. Die Mobilisierung zur Expo trägt dem Rechnung, sie soll ohne deren Beteiligung (NGOs), bzw. in Abgrenzung zu diesen laufen. Die Diskussionen, ob die Expo nur ein Symbol ist, das den Kapitalisten um die Ohren fliegen soll, und die Einforderung von Inhalten – »warum sind wir gegen die Expo?« sollen mit dem »Klammerbegriff« Neoliberalismus zusammengehal-

ten werden. Eine Klammer, in der die Ungerechtigkeiten dieser Welt zusammengefaßt werden, was sich in der Themenauflistung wie »Expo und Entwicklungspolitik«, »Expo und Umweltschutz«...widerspiegelt. Als Summe all dieser schlechten Zustände erscheint der Kapitalismus, gegen den all diejenigen »vernetzt« werden sollen, die ihn weghaben wollen. Insofern ist es auch konsequent, daß mit denen nicht zusammengearbeitet wird, die ihn nur reformieren wollen. Nach den schlechten Erfahrungen anläßlich der Mobilisierungen gegen den EU-Gipfel in Köln letztes Jahr, als die reformistischen Kräfte inhaltlich und organisatorisch dominierten, und mit dem Schwung von Seattle hat es eine Befreiung aus der ungunstigen Allianz mit den »Kapitalismusregulierern« gegeben. Sie gräbt diesen Gruppen oder Vorstellungen aber noch nicht wirklich das Wasser ab: Die Attraktivität des »Machbaren« hat ihre Basis in Vorstellungen, die uns Demokratie und Kapitalismus als das »Ende der Geschichte« weismachen wollen, in der scheinbaren Unmöglichkeit revolutionärer Veränderungen. Deswegen reicht es nicht aus, den Kapitalismus als Summe von Ungerechtigkeiten herauszuarbeiten und dem unseren Willen zur Veränderung gegenüberzustellen.

- Die Antifa-Szene ist in zwei Richtungen in Bewegung:

ein Teil mauert sich immer mehr in ihrer antifaschistischen und/oder antideutschen Begriffswelt ein. Es werden »antifaschistische« Bündnisse organisiert, oft mit jenen angeblichen Vertretern der ArbeiterInnen (Gewerkschaften), deren »Klientel« doch als strukturell rassistisch oder antisemitisch begriffen wird. Eine Demonstration in Berlin (gegen eine Pro-Haider Demo der NPD), auf der die AA/BO Rednerin nach Thierse lau von Menschenrechten reden durfte, und sich hinterher nur die antifaschistische/antirassistische Demokratie auf den Bildschirmen und Zeitungsseiten feierte, wird als Erfolg verkauft. Trotz aller Rhetorik gegen den Kapitalismus wird eine antifaschistische/antirassistische Demokratie zum einzig Möglichen, weil die »antideutsche Ideologie« jegliche Veränderungen der Menschen oder mit den Menschen verneint, und nur noch sich selber für die einzig fortschrittliche moralische Instanz hält.

Auf der anderen Seite gibt es Veranstaltungen, auf denen Antifas zunächst heftig die antifaschistische Ideologie kritisieren. Vielen ist klar, daß es nicht angehen kann, daß wir uns z.B. hinter die antifaschistischen Gebärden der europäischen Staaten gegenüber der neuen Regierung in Österreich einreihen. Aber die Kritik dreht auf halbem Wege wieder um, landet doch wieder beim Antifaschismus, überlegt, ob nicht doch zunächst die Demokratie verteidigt werden muß...mit Bauchweh wird zum nächsten Antifatermin gegangen (was nicht schlimm wäre, wenn die Kritik dort eine Ausdrucksform finden würde).

Diese Getrenntheit der Mobilisierungen, die Unsicherheit, die im Raum stehen-

den Fragen wirklich anzupacken, haben unserer Meinung nach einen gemeinsamen Kern: ist mehr drin, als nur die ungerechte Welt etwas gerechter zu machen? Unsere beiden Themenschwerpunkte sollen eine Bresche in diese Ungewißheit schlagen:

Im Teil zu Kapitalismus und Krise wollen wir zeigen, daß es einer revolutionären Diskussion nicht genügen kann, den Kapitalismus als ungerecht zu beschreiben; sie muß dagegen davon ausgehen, daß er auch endlich und instabil ist. Und sie muß diese Endlichkeit und Instabilität an der heutigen Realität festmachen, um einen Faden für unsere Argumentation und Aktion gegen den heutigen Kapitalismus an die Hand zu bekommen. In der Einleitung zu diesem Schwerpunkt findet ihr kurze Einführungen zu den einzelnen Texten.

Zu den Artikeln zu »Antisemitismus und Klassenbegriffs« ist zu sagen, daß eine Debatte über den Antisemitismus nicht stattfindet. Die laufende Debatte hat stattdessen die Funktion, den Deckel auf die Auseinandersetzung zu machen, bzw. mit der Frage nach dem Antisemitismus oder Faschismus die Antwort gleich mitzuliefern: nach Auschwitz kann nicht mehr von Klassenkampf und Revolution geredet werden. Kann eine solche Diskussion überhaupt geführt werden, ohne daß die Demokratie kritisiert wird? Die Kritik an der Demokratie ist wichtig, weil sonst eine andere Art des menschlichen Zusammenlebens gar nicht *denkbar* wird! Ebenso wenig wie der Kapitalismus Endzweck der Menschheitsgeschichte ist, ist die Demokratie die »beste aller möglichen Gesellschaftsformen«!

Aber die Kritik an der Demokratie ist für den üblichen linken Diskurs auch gefährlich – woran sollen sich denn Linke in einer Zeit voller Ungewißheiten wie der heutigen noch erkennen, wenn nicht daran, daß man »zuerst einmal Demokrat ist«? Oder Antifaschist, oder Antirassist?

Daß es heut nicht gerade nach Revolution aussieht, daß es Rassisten gibt und daß es den Faschismus und Auschwitz gegeben hat, ist für einige die Begründung, Klasse und Klassenkampf nur noch negativ zu besetzen – wer die Begriffswelt des »strukturell rassistischen oder antisemitischen Grundkonsenses« nicht teilt, wird schnell dem Geruch ausgesetzt, rassistisch oder antisemitisch zu sein.

Darum geht es in dem Artikel »Le Fichisme Ne Passera Pas/The X-Files«. In Frankreich wird seit Jahren mit großem Kaliber geschossen, um linksradikale Kritiker der Demokratie, die sich nicht dem Zeitgeist angepaßt haben, mittels des Vorwurfs der Nähe zu revisionistischen Positionen zu diskreditieren. Zu ihnen gehört Gilles Dauvé, von dem wir in den letzten Zirkularen Texte abgedruckt hatten. Der Text von ehemaligen Mitgliedern von *La Banquise* in diesem Heft nimmt hierzu Stellung. Das Anliegen des Textes ist auch ohne die Kenntnis der ganzen Debatte in Frankreich verständlich – weil er nicht defensiv versucht, auf

die Vorwürfe zu antworten, sondern offensiv die These vertritt, daß sie nicht wegen möglicher Schwächen oder Ungenauigkeiten angegriffen werden, sondern wegen ihres starken Punktes: darauf zu bestehen, daß Faschismus und Nazismus ihren Ursprung im Kapitalismus haben, daß sich die Welt nicht aus den Extremen, sondern aus der alltäglichen Gewalt der Verhältnisse entschlüsselt.

Der Artikel »Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs« stellt die Frage nach der Funktion des »Antisemitismusvorwurfs« innerhalb der deutschen Linken und bringt ihn mit dem »Abschied vom Proletariat« in Zusammenhang. Gleichzeitig sollen blinde Flecken des Klassenbegriffs mit Hilfe einer aus der »kritischen Theorie« entliehenen »Ideologiekritik« offengelegt werden. Dem Artikel folgt eine Antwort, die einwendet, daß eine so gefaßte »Ideologiekritik« den Spagat zwischen eingeforderter radikaler Klassenanalyse und »kritischer Theorie« machen will, dabei aber ein Kreis rauskommt: nach Ausschwitz ist kein Klassenkampf mehr möglich, aber ohne ihn geht es auch nicht...?!

Zu der tagelangen Hetzjagd auf LandarbeiterInnen aus Marokko in Südspanien haben wir einen Artikel zusammengestellt, weil die prompte Reaktion der MigrantInnen – ihr Streik – darauf hingewiesen hat, daß es nicht reicht, auf den Rassismus abzuheben, sondern nur die Organisation der Leute die Situation verändert. Ein Artikel der *gruppe demontage* trägt wichtige neuere Informationen bei. Wir haben in einer kurzen Einleitung versucht, über die lokalen Hintergründe hinauszugehen.

Dann gibt es noch ein Referat aus der Veranstaltung »Zu Kurz gedacht«. Wir wollen damit die Kritik am »Manifest gegen die Arbeit« zuspitzen und weiterbringen. Die »Ver-Kurzungen« dieser Kritik der Arbeit, gepaart mit der von Krisis vorgelegten Analyse, führen zu einem positiven Bezug auf die Elendsprojekte des »dritten Sektors«, die oft genug nur den billigen Kitt für die sich verschärfenden sozialen Spannungen abgeben.

So, genug der Vorrede. Zieht euch das Teil rein, es hat zwar nicht ganz Hosentaschenformat, aber heutzutage trägt mensch ja eh Hosen mit größeren Taschen. Es sollte also möglich sein, das Heft mit an die Sonne zu nehmen, oder mit auf die Reise zu einer der vielen anstehenden Demos... Veranstaltungen ...

*Ma./Berlin-Potsdam*

## El Ejido, Andalusien, Februar 2000

Zur den Ausschreitungen gegen marokkanische ArbeitsmigrantInnen in El Ejido, Andalusien, haben wir zwei Artikel. Der erste, *Über billiges Gemüse und Arbeitsmigration*, ist von uns und geht genauer auf die Vorgeschichte und die nicht nur lokalen Hintergründe ein. Den zweiten Artikel, *»Ketchup al Ejido«*, haben wir von der Gruppe Demontage aus Hamburg bekommen. Er berichtet vor allem über Entwicklungen nach den Überfällen und über die Organisation der ArbeitsmigrantInnen.

An den Ereignissen in El Ejido wird der Zusammenhang von Ausbeutung, Rassismus und »Ausländerpolitik« auf dem Hintergrund einer modernen Agrarproduktion besonders deutlich. Die UN stellte kürzlich Berechnungen darüber an, wieviele Einwanderer die kapitalistischen Staaten brauchen, um die Zahl der Erwerbstätigen konstant zu halten. Für die BRD wird diese notwendige *Replacement Migration* auf 500 000 Einwanderer pro Jahr geschätzt, für Italien auf 350 000. Für Spanien, das die niedrigste Geburtenrate der Welt hat, werden Zahlen im zweistelligen Millionen-Bereich bis zum Jahre 2025 gehandelt. Die spanische Regierung hat im Oktober 1999 einen ersten Vertrag mit Marokko abgeschlossen, der die Einreise von 300 000 Männern zwischen 18 und 45 Jahren für ein Jahr erlaubt, um in der Landwirtschaft oder auf dem Bau zu arbeiten. In allen drei genannten Ländern gibt es jeweils Millionen von arbeitslosen »Inländern«, die offensichtlich keinen Bock haben, in den entsprechenden Industrien zu arbeiten und staatlicherseits auch nicht gezwungen werden können oder sollen.

In der aktuellen *Green Card*-Debatte in Deutschland schieben sich die Parteien gegenseitig den Schwarzen Peter zu bzw. wollen alle die guten Menschen sein. Es ist nur noch eine Fußnote der Geschichte, daß bei den Grünen vor ungefähr zehn Jahren ein Einwanderungsgesetz mit Quotenregelung eben wegen der Quoten heftig umstritten war. Heute sind diese Quoten selbstverständlich, und sie setzen sich genauso wie alle anderen Parteien dafür ein, daß Einwanderung ausschließlich nach der Nützlichkeit »für die Wirtschaft« zu beurteilen sei. Gleichzeitig empören sich die »demokratischen« Regierungen Europas heute gerne gegen die »ausländerfeindliche« neue Regierung in Österreich. Umso wichtiger ist es, diesen »antifaschistischen Gebärden« den Boden zu entziehen, in dem wir auf den untrennbaren Zusammenhang von Ausbeutung, Staat und Rassismus bestehen. Sonst landen wir bei Vorstellungen, wie sie in einem Artikel einer antifaschistischen Zeitung auftauchen, aus dem wir stellvertretend für viele andere zitieren wollen. Nach einer Darstellung der Ausschreitungen in El Ejido zieht der Artikel ein Zwischenfazit:

»(...) Trotz aller Ähnlichkeit zu den bekannten Pogromen der letzten zehn

Jahre in Deutschland, zeigen sich jedoch bei genauerem Hinsehen deutliche Unterschiede. Obwohl auch in öffentlichen Diskursen und Stammtischen von den »kriminellen« Nordafrikanern gesprochen wird, obwohl schon in früheren Jahren in El Ejido und Umgebung rassistische Übergriffe verübt wurden, ist jene Region ganz essentiell von der Präsenz der – vornehmlich marokkanischen – Arbeitsimmigranten abhängig. Anders als Deutschland mit seiner kontinuierlichen Abschottungspolitik setzt Spanien derzeit durchaus auf einen Zuzug von billigen Arbeitsimmigranten für den Einsatz in bestimmten gesellschaftlichen Sektoren. (...)

Die Agrarunternehmer waren verständlicherweise an der Aufrechterhaltung dieser für sie so paradisischen Zustände interessiert, sahen sich jedoch ausgerechnet durch das am 1. Februar in Kraft tretende neue Ausländergesetz gestört. Die neuen Bestimmungen sollen nämlich etwa 80 000 Flüchtlingen und Arbeitsmigranten, die vor dem 1. Juli nach Spanien gekommen waren, eine Legalisierung ihres Aufenthaltes ermöglichen. Damit soll ihnen auch der überfällige Zugang zur sozialen und medizinischen Versorgung, zu Bildung, und kommunalen Wahlrecht des Landes gewährt werden. Die Arbeitgeber werden damit gezwungen, auch den Migranten einen gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen, und Abgaben für die Sozialversicherung zu entrichten (...). Mit ihrer Wut über das Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes dürften die Obst- und Gemüsebauern selbst somit eine wichtige Stütze des rassistischen Mobs in El Ejido gewesen sein.«

Nun gibt es sicher Unterschiede in der staatlichen Politik zwischen Spanien und Deutschland, aber die haben andere Gründe als es uns der Artikel sagen will. Deutschland ist – anders als Spanien (siehe unten) – seit langem ein Einwanderungsland und arbeitet seit langem mit »dem Einsatz von ArbeitsmigrantInnen für bestimmte Sektoren«, z.B. mit Kontingent- oder Werkverträgen für den Einsatz auf dem Bau und in der Landwirtschaft. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß das neue Ausländergesetz den »Agrarunternehmern« in El Ejido ein Dorn im Auge ist. Über die Regulierung der Arbeitsmigration muß nicht notwendig Einigkeit zwischen Staat und allen Klein- oder Mittelunternehmern bestehen.

Um die Untersuchung der Wirklichkeit oder der Widersprüche geht es aber dem Artikel gar nicht. Es soll nur hinten rauskommen, war vorher schon klar war: ein Weltbild, das nur eine Hierarchie der Rassisten aufmachen will, und dabei den spanischen Staat als antirassistischer als den deutschen rausarbeiten muß. Daß der deutsche Staat dabei schlecht wegkommt ist uns ziemlich egal; egal ist uns aber nicht, daß solch ein Rassismusbegriff in der Sackgasse landen muß: das beste was den MigrantInnen passieren kann ist, in Bereichen zu landen, in denen die »Inländer« nicht arbeiten wollen, und die hoffentlich mittels Regulierungen und staatlichen Gesetzen etwas erträglicher gestaltet werden. Wobei

dann schon vergessen wird, daß zwischen einem gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohn und dem, was die Leute tatsächlich bekommen, meist ein ziemlicher Unterschied besteht.

Die ArbeiterInnen aus El Ejido zeigen einen Ausweg aus der Sackgasse aus Anklage des vorhandenen Rassismus und dem Ruf nach staatlicher Regulierung: »Der Kampf der Arbeiter von El Ejido, ihre Selbstorganisation, ihr Streik sind eine würdige Antwort und ein Beispiel, wie gegen Rassismus und Ausbeutung zu kämpfen ist«, proklamierte ein Sprecher der neugegründeten Immigrantenplattform auf einer Demo in Madrid.

## **Über billiges Gemüse und Arbeitsmigration**

Vor den Berichten über die Ausschreitungen ist in Deutschland das Gemüse aus El Ejido angekommen: auch im Winter können nun relativ billige Paprikaschoten oder Tomaten aus dem Süden Spaniens gekauft werden. In den Pressemeldungen wurden neben dem Entsetzen und der Erleichterung darüber, daß es »nur« 22 Verletzte und keine Toten gegeben hat, auch schon »die Gründe« mit geliefert, die auf der Hand zu liegen scheinen: ein fast schon »historischer« Rassismus gegenüber Menschen aus dem Maghreb, der in der konkreten Situation - miese Arbeitsbedingungen und eine mit Ghettos vergleichbare Lebenssituation -zum »Ausbruch« kommen mußte.

Die Überfälle in der Provinz Almería ereignen sich am Schnittpunkt mehrerer Entwicklungen. Seit Ende der 70er Jahre wurde dort eine neue Art von Gemüseproduktion aufgebaut, die in der ehemaligen Armutsregion eine Art Goldgräberstimmung auslöst; eine Produktion, für die sich keine einheimischen ArbeiterInnen finden, die eingewanderte ArbeiterInnen benötigt. Über die Regulierung dieser Einwanderung oder Wanderarbeit streitet der spanische Staat und die spanische Gesellschaft: die Militarisierung der Südgrenze der EG und die Verabschiedung eines scheinbar liberalen Einwanderungsgesetzes im Dezember 1999 sind zwei Seiten derselben Medaille. Schon Wochen vor den Ereignissen im Februar erhalten die lokalen »Bauernunternehmer« in EL Eljido Hinweise auf einen mittelfristig beabsichtigten Austausch der bisherigen marokkanischen Arbeitskräfte (siehe unten). Die Stärke der GemüsearbeiterInnen, die sich in ihrem Streik als Antwort auf die Überfälle zeigte, deutet darauf hin, daß es bei den Angriffen gezielt darum ging, die ArbeiterInnen in ihre Schranken zu weisen.

### *Gemüseproduktion und Arbeitsmigration in Almeria*

El Ejido im andalusischen Almería: vor 20 Jahren noch ein Kaff von 500 Einwohnern, in dessen wüstenartiger Umgebung Italowestern gedreht wurden.

Wiederum 20 Jahre vorher waren aus dieser Region viele Menschen nach Deutschland, Frankreich oder in die nordspanischen Industrieregionen zum Arbeiten ausgewandert.

Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre kehrten die ersten dieser Auswanderer zurück, nachdem sie jahrelang durch ihre Geldüberweisungen dazu beigetragen hatten, daß ihre Familien den kleinen Landbesitz nicht hatten verkaufen müssen. Die Abfindungen der Rückwanderer waren das Kapital, um Wasserpumpen und Plastikhallen auf das ausgedörrte Land zu stellen: aus Arbeitern wurden landwirtschaftliche Kleinunternehmer in der Produktion von Treibhausgemüse; sie fingen bald an, Landarbeiter aus Marokko zu beschäftigen.

Heute ist El Ejido eine Stadt mit 50 000 Einwohnern: 7000 Kleinunternehmer besitzen durchschnittlich 1,4 Hektar (d.h. 14 000 qm); sie beschäftigen pro Hektar im Durchschnitt einen der in El Ejido lebenden 12.000 marokkanischen bzw. schwarzafrikanischen Arbeiter, von denen die Hälfte illegal im Land ist. Insgesamt bedecken 10.000 Treibhäuser eine Fläche von 17.000 ha. Der Umsatz mit landwirtschaftlichen Produkten beträgt 3-4 Mrd DM im Jahr, Almería/El Ejido hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen und die niedrigste Arbeitslosenquote ganz Spaniens. Gleichzeitig wird aber auch von einer hohen Verschuldung dieser »neureichen Bauernunternehmer« berichtet. Ihr Wohlstand ist von einer noch billigeren Konkurrenz bedroht: Gemüse aus Marokko – ob die wirksam wird, hängt von den EG-Einfuhrbestimmungen ab. Deshalb ist der neue Wohlstand in Almería an die Verfügbarkeit über billige ArbeiterInnen gebunden.

Die Arbeitsmigranten leben in ihrer überwiegenden Zahl in völligen Bruchbuden, Autowracks oder bloß unter Hütten aus Plastikplanen, oft ohne Wasser und Strom. Nur wenige von ihnen wohnen auf dem Grundstück ihres Patrons. Es gibt in El Ejido ein paar Straßenzüge mit marokkanischen Geschäften. Die Ghettosituation wird dadurch verschärft, daß im überwiegend »spanischen« Teil der Stadt die *moros* (Schimpfwort für die Marokkaner) nicht gerne gesehen und auch in keinem Café bedient werden.

Die meisten Arbeiter sind Tagelöhner, sie werden jeden Morgen auf einem der zentralen Plätze der Stadt neu rekrutiert, der Chef lädt sie sich auf seine Pickup. Manche bekommen auch die Zusage, für mehrere Tage bleiben zu dürfen. Ihre Löhne liegen bei 3000 und 4000 Pesetas (36–48 DM) für ca. neun Stunden Arbeit pro Tag, der offizielle Mindestlohn beträgt 4500 Pesetas (ungefähr 54 DM). Oft werden den Arbeitern noch die Kosten für eine schäbige Unterkunft vom Lohn abgezogen. Die Nähe zum Mindestlohn relativiert sich dadurch stark, daß die Arbeiter oft nur einige Tage im Monat beschäftigt werden.

*Die Situation spitzt sich zu...*

Ende Januar 2000 schnitt einer der Tagelöhner zwei Treibhausbesitzern die Kehle

durch. Die Stimmung in El Ejido war sehr angespannt, es gab eine Großkundgebung, die örtlichen Radiostationen hetzten gegen die »unkultivierten moros«. Am 4. Februar bringt ein Marokkaner, der später als psychisch krank bezeichnet wird, eine Spanierin um. In den drei darauffolgenden Tagen beginnt die Hetzjagd auf alle Tagelöhner. Viele werden verletzt. Ihre Hütten, Autos und Geschäfte werden niedergemacht, die wenigen »ausländerfreundlichen« Institutionen angegriffen. All das wird organisiert von örtlichen PP-Funktionären, ein paar bekannten Faschos der Region, sowie den örtlichen Medien. Berichte über das Ausmaß der Beteiligung der Bevölkerung bleiben widersprüchlich. Zumindest eine große Anzahl muß aktiv dabei gewesen sein, anders läßt sich nicht erklären, daß die Arbeiter sich nur vereinzelt wehren, viele von ihnen aber in die umliegenden Berge fliehen und einige bis heute nicht zurückgekehrt sind. Während der Hetzjagd halten sich die örtlichen Bullen raus, sie haben dazu sogar offizielle Anweisung von oben.

### *... Streik der ArbeiterInnen*

Aber die marokkanischen Tagelöhner sind nicht nur auf der Flucht und in der Verteidigung. Sie schlagen mit dem ihnen gebliebenen und während der laufenden Ernteperiode sehr effektiven Mittel Streik zurück. Am Tag nach dem Ende der Hetzjagd wird in den allermeisten Treibhäusern nicht gearbeitet, zur Durchsetzung des Streiks werden Posten aufgestellt. Die eher auf Integration bedachten Migrantengruppen ATIME (Asociación de Trabajadores e Inmigrantes Marroquíes en España) und AEME (Asociación de Inmigrantes Marroquíes en España) beteiligen sich an der Organisation des Streiks.

Die Streikposten sind nötig, denn die Grundbesitzer versuchen, entweder mit Familienangehörigen die Ernte einzubringen oder sie beginnen, rumänische oder russische Arbeiter als Ersatz zu rekrutieren. Inzwischen sind starke Polizeikräfte vor Ort, die mit Geländewagen auf den unzähligen Wegen zwischen den Treibhäusern patrouillieren. Streikposten werden festgenommen, wenn es zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt.

Der Streik dauert fünf Tage. Währenddessen spricht sich die örtliche PP mehrere Male für die sofortige Ausweisung aller Illegalen aus. Die marokkanischen Migrantorganisationen, Unternehmer, die Gewerkschaften CCOO und UGT sowie regionale Regierungsvertreter einigen sich nach langen Verhandlungen auf ein Abkommen zur Beendigung des Streiks:

- alle Arbeiter sollen eine sichere Unterkunft erhalten,
- alle Verluste sollen entschädigt werden (auch die der Unternehmer),
- alle *indocumentados* in Almería sollen schnell und großzügig aufgrund der besonderen Situation regularisiert werden, zu diesem Zweck sollen Büros eingerichtet werden.
- Unternehmensverbände und Gewerkschaften verpflichten sich zur Einhaltung

der Mindestbedingungen, wie sie im Tarifvertrag für die Landwirtschaft festgelegt sind,

- es wird eine Kommission zur Untersuchung der Überfälle gebildet,
- es wird eine Kommission zur Überprüfung der Umsetzung der Vereinbarung gebildet.

Am 14. Februar gehen die Arbeiter zum ersten Mal wieder in die Treibhäuser. In der ersten Woche nach der Arbeitsaufnahme zeigt sich deutlich, daß es starke Kräfte gibt, die alles tun, um die Situation weiter zuzuspitzen: das Rote Kreuz bekommt in El Ejido keine Plätze, um die verabredeten Zelte für die Notunterkünfte aufzustellen; ein Unternehmer, der privaten Boden zur Verfügung stellen will, zieht auf Druck zurück; 8500 Einwohner El Ejidos unterschreiben eine Petition gegen die Zelte in der Stadt. Schließlich werden einige von ihnen in großer Entfernung von den Treibhäusern aufgestellt, so daß die Arbeiter einen langen Anmarsch zu ihren Arbeitsorten haben. Geschäfte gibt es in der Nähe dieser Schlafplätze nicht. Viele Arbeiter weigern sich, unter diesen Bedingungen zu leben (und zu arbeiten), und die Unternehmer rekrutieren weiter neue Arbeitskräfte unter den in der Region lebenden Russen und Rumänen; das Büro zur Regularisierung der *sin papeles* (die ohne Papiere) in El Ejido wird in der Polizeistation eingerichtet!

In den überregionalen spanischen Medien wurden die Überfälle von El Ejido als ausländerfeindliche, rassistische Ausschreitungen qualifiziert. Ein ebenso wichtiger Hintergrund wurde meistens nur am Rande gestreift:

Spanien ist in den letzten 20 Jahren langsam von Auswanderungs- zum Einwanderungsland geworden. Erst im Oktober 1999 hatte die spanische Regierung einen Vertrag mit Marokko ausgehandelt, der für ein Jahr die Einreise von 300 000 Männern zwischen 18 und 45 erlauben soll. Im Vergleich zu früheren Jahren ist dieses Kontingent verzehnfacht worden.

Der Ausländeranteil ist mit einer Million von insgesamt 40 Millionen Einwohnern (also 2,5 Prozent, inklusive der geschätzten 300 000 »illegalen« *sin papeles*) im europäischen Vergleich zwar niedrig, aber die Landwirtschaft im Süden sowie die boomende Baubranche funktionieren trotz hoher Arbeitslosigkeit nicht ohne Migration: es kursieren Schätzungen, nach denen Spanien jährlich eine Million MigrantInnen für die Ernte braucht – Almería hat etwa 50 000 MigrantInnen, die Bauern forderten weitere 8200 und bekamen 3000 bewilligt. Also arbeiten die meisten illegal. Feste Jobs werden verkauft. 1000 DM zahlt der/die ArbeiterIn, der Bauer nochmal 500 DM. Auf illegale Beschäftigung stehen hohe Strafen, die aber nicht zur Anwendung kommen.

Kurz vor den Auseinandersetzungen, Ende 1999, war im Parlament ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet worden, das am 1.2.00 in Kraft getreten ist.

Es handelt sich im wesentlichen um die Fortschreibung des alten Überwachungsgesetzes, sieht aber ein Ausnahmeverfahren zur Regularisierung derjenigen Illegalen vor, die vor dem 1.6.99 im Land waren.

Gleichzeitig kommt es zu einem Ausbau der Grenzeinrichtungen im Süden, der an die Anlagen an der berüchtigten Grenze zwischen den USA und Mexiko erinnert. Allein 1999 sollen 280 Leute bei der Überfahrt umgekommen sein. Es gab Aufstände auf den »Abschiebefähren« über die Meerenge von Gibraltar.

In den Wochen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes haben die lokalen Behörden in vielen Regionen Spaniens versucht, noch möglichst viele Abschiebungen vorzunehmen. In El Ejido ging die PP-Verwaltung in dieser Phase so weit, denjenigen Unternehmern, die sich wegen der Regularisierung der marokkanischen Arbeiter erkundigen wollten, mitzuteilen, daß diese nicht mehr nötig sei, da man die marokkanischen Arbeiter bald durch Kontingente aus Osteuropa ersetzen wolle. Dieses Vorgehen war auch Thema auf einem Treffen zwischen Unternehmern und Innenminister Oreja.

Nachdem die PP landesweit am 12. März die Wahlen gewonnen hatte, machte sie sich in El Ejido (dort bekam sie über 60 Prozent) für die sofortige Reformierung des Einwanderungsgesetzes stark.

Die »Unruhen« von El Ejido waren dabei ein willkommenes Argument für die Ersetzung der »auführerischen *moros*« durch Osteuropäer. Ein regularisierter Arbeiter könnte eher seine Rechte einfordern, den Mindestlohn (s.o.) plus Sozialversicherung.

Die Fähigkeit der ArbeiterInnen, sich zumindest zeitweise zu einem Streik zusammenzuschließen, war für Behörden und Unternehmer darüberhinaus die Bestätigung, daß sie nach einer 20jährigen Einwanderungstradition rigoros rausgeschmissen werden müssen. ma./n.

Unsere Quellen waren El Mundo, El País, El Periódico, Ardi Beltza (spanisch-baskisch), Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Zeit und besonders eine Diskussionsveranstaltung in Berlin mit Leuten, die in El Ejido waren.

## Ketchup ál Ejido

In Madrid bereitet sich der konservative Wahlsieger vom 12. März auf seine zweite Amtszeit vor. José María Aznar von der Volkspartei, PP, sieht zwei große Herausforderungen für seine neue Regierung: Die Lage im Baskenland und ETA sowie die Einwanderung. So gibt es beim Run auf die hochdotierten Jobs jetzt einen Posten mehr. Eine Staatssekretärin für die Immigration wird gesucht. Sie wird direkt dem Ministerpräsidenten, also Aznar selbst, unterstellt sein. Der aktuelle Anlaß für die Aufwertung der Einwanderungskontrollpolitik sind die schwersten rassistischen Überfälle seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975.

Vom 5.-8. Februar fielen Tausende von EinwohnerInnen der südspanischen Kleinstadt El Ejido über die LandarbeiterInnen her, die mit marokkanischen Papieren nach Andalusien gekommen waren. Ihre Unterkünfte wurden abgebrannt, ihre Läden zerstört, ihre Autos zu Klump gehauen – auch wenn jemand drin saß. Drei Tage dauerten die pogromartigen Überfälle, bevor die zuschauende Gemeindepolizei zusammen mit der Guardia Civil einschritt. 55 Verhaftungen gab es – 39 MigrantInnen und 16 spanische Staatsangehörige, die festgenommen wurden, weil sie mit Eisenstangen und Baseballschlägern auch Funktionäre angriffen, die mit der Einwanderung zu tun haben. Der Staatssekretär für die Sicherheit, Ricardo Martí Fluxa, erklärte am 1. März, die verstärkte Polizeipräsenz aufrecht zu erhalten, »wegen der starken Präsenz der ImmigrantInnen«, welche die Sicherheit gefährde. Das freute den Bürgermeister von El Ejido, Juan Enciso von der PP. Bei den Überfällen im Februar waren zwei Brüder von ihm aktiv beteiligt. Mit dem Auto am Geschehen, hatten sie Megafone und Handys dabei.

Bei den Parlamentswahlen am 12. März konnte sich die PP in El Ejido von 46 auf über 64 Prozent verbessern. Und im gleichzeitig gewählten Regionalparlament sitzt jetzt Rosalia Espinosa von der PP für den Wahlkreis El Ejido. Sie sitzt auch im Kommunalparlament und dort die rechte Hand von Bürgermeister Enciso. Der hat seinen Posten seit Jahren inne. Bereits 1995 nutzte er sein Amt, um von MigrantInnen bewohnte Häuser räumen zu lassen. Die saßen danach auf der Straße und mußten sich mit notdürftigen Hütten oder verlassenen Höfen arrangieren. Die Gemeinderegierung verhindert, das MigrantInnen aus Nordafrika in den gleichen Ortsteilen wie die eingesessenen Bevölkerung wohnen. Enciso will die Niederlassung von MigrantInnen nur neben den außerhalb gelegenen Treibhäusern dulden: »So sparen sie sich das Geld für den Transport zum Arbeitsplatz.« Der Bürgermeister ist einer der neuen Agrarunternehmer, die mit dem Boom der Plastiktreibhäuser seit den 70er Jahren und den dadurch möglichen drei Ernten reich geworden sind. Auf seinen Gemüsefeldern wird besonders schlecht bezahlt. Aber Enciso ist typisch für viele Landbesitzer. Die 21000 Hektar Treibhauslandschaft erbrachten 1998 1,7 Milliarden Euro Umsatz, davon

ist die Hälfte Gewinn. In vielen neuen Häusern ist Marmor verlegt, davor parken ein BMW und ein Mercedes.

Ein Extraprofit wird mit der Beschäftigung von LandarbeiterInnen ohne Papiere erwirtschaftet. Von den etwa 19 000 MigrantInnen in El Ejido haben nur 10 Prozent eine menschenwürdige Unterkunft, heißt es in einer Mitte April veröffentlichten Untersuchung der andalusischen Regionalregierung. Jede Nacht versuchen Menschen, in kleinen Booten über die Meerenge von Gibraltar von Marokko nach Spanien zu gelangen, um in Orten wie El Ejido Arbeit zu suchen. Viele werden erwischt, verhaftet oder ertrinken. Wer es geschafft hat, muß unter prekären Bedingungen überleben und wird ausgebeutet. Wie in der BRD auch sehen sich dabei viele der Privilegierten als Opfer der MigrantInnen: »Ich bin kein Rassist, aber ich habe die Nase voll«, erklärte etwa der Bauernunternehmer Antonio Gutiérrez. Auf seinen 3000 qm Gewächshausfläche dürfen MigrantInnen in stickiger, schwüler Hitze für 50 Mark pro Tag 12-16 Stunden arbeiten. Die Löhne sind in den letzten sechs Monaten massiv gedrückt worden von 4500 auf 3800 Peseten, 47 DM - sowohl die derjenigen mit Aufenthaltserlaubnis als auch die Löhne derer ohne Papiere. Im Dezember 1999 war deswegen ein Streik geplant, der aber von den Gewerkschaften abgeblasen wurde für einen Vertrag, den die Bauernunternehmer nicht unterschrieben haben. Gutiérrez erklärt: »Sie sollen sich anpassen oder verschwinden!« Den die »Mauren« hätten seinem Bäcker Brot geklaut und ihm selbst Kaninchen und Melonen.

Darüber, daß ein Marokkaner, der ein Bier trinken will, dafür in einer Bar 100 Peseten (60 Cents) mehr bezahlen muß als ein Spanier, redet er nicht. Auch in vielen Läden wird mit so einem rassistischen Preisaufschlag ungeniert ausgegrenzt. Jetzt im März, nachdem angeblich alles besser geworden sei in El Ejido. Bereits 1998 erklärten die Gewerkschaften UGT und CCOO sowie die NGO Almería Acoge: »Die Ausländer werden wie Feinde behandelt, wie eine Gefahr für den Rest der Gesellschaft.«

Viele der LandarbeiterInnen wehrten sich im Februar mit einem Streik gegen die rassistischen Überfälle, viele flohen in die Berge. Der Streik war ein starkes Druckmittel, weil Haupterntezeit war: Die Schlacht um die Tomaten. Kosten für die Bauernunternehmer pro Streiktag: 12 Millionen Euro. Es kam schnell zu Verhandlungen. Am 13. Februar berieten Versammlungen der ArbeitsmigrantInnen über eine 9-Punkte-Vereinbarung mit dem Bauernverband und der Gemeinde: Darin wurden Entschädigungen zugesagt und der Neubau von Wohnungen. Die Organisation der Arbeitsmigranten aus dem Mahgreb in Spanien, ATIME, konnte sich dort durchsetzen und ein Ende des Streiks erreichen. Sie protestierten zwar gegen die Verhaftung von Streikposten durch die Guardia Civil, aber hofften auf die Vereinbarung. Die Vereinigung der Mahgrebmigranten in Spanien, AEME, lehnte die Vereinbarung als zu unverbindlich ab. Ihr Sprecher Mustafa Ait-Korchi, wurde deswegen isoliert. Er hat einen spanischen Pass und verlor bei den

rassistischen Überfällen seine Bar »International«, die verwüstet wurde. Auf dem Streikplenum wurde aber beschlossen, den Streik nur bis zu den Wahlen aussetzen, um ihn bei Nichterfüllung der Forderungen wieder aufzunehmen. Nach dem haushohen Sieg der PP ist davon bei ATIME keine Rede mehr. Die Plattform der Immigranten von El Ejido, ein neuer Verband von ArbeitsmigrantInnen nicht nur aus Marroko, sondern auch aus Lateinamerika und dem Senegal, ist am 14. März aus den Verhandlungen mit der Gemeinde ausgestiegen: Der Bürgermeister würde Abschiebungen nach Marokko forcieren und dafür die Ticket für die Fähre bezahlen. Für ATIME erklärte Abdelhamid Beyuki, daß die Vereinbarungen eingehalten würden und es Fortschritte gäbe beim Wohnungsbau und bei den Entschädigungen. Obwohl nur die Hälfte der Schadensansprüche vom Februar vom Staat anerkannt wurde und die Wohncontainer viel zu weit außerhalb des Ortes aufgestellt wurden, unterstützen die meisten ArbeitsmigrantInnen weiter ATIME. Die Plattform der MigrantInnen und AEME riefen zu einer Protestdemo in Madrid auf gegen die Nichteinhaltung der Vereinbarung. ATIME hielt dagegen: »Wer jetzt zum Demonstrieren aufruft, hat keinen Respekt vor der Gemeinschaft«. Am 26. März blieben die AktivistInnen von AEME und der Plattform unter sich: Hinter dem Transparent »Wir protestieren gegen die Nichteinhaltung des Vertrages vom 12.2.« liefen 600 weit angereiste Leute durch Madrid. 100 kamen aus El Ejido, der Rest von den Treibhäusern der Umgebung und aus Almería. Ein Sprecher erklärte: »Der Kampf der Arbeiter von El Ejido, ihre Selbstorganisation, ihr Streik sind eine würdige Antwort und ein Beispiel wie gegen Rassismus und Ausbeutung zu kämpfen ist.«

Anfang April wurden wieder Hütten und Autos von ArbeitsmigrantInnen in El Ejido angezündet. Es gab nur geringe Schäden: Die Plastikfolien und Kartons, aus denen die Hütten bestanden. In der Nacht darauf wurden – wahrscheinlich als Reaktion dagegen – sieben Treibhäuser in Brand gesteckt. Aber wie erklärte der am 12. März wiedergewählte Regionalpräsident Andalusiens, Manuel Chaves von der sozialdemokratischen PSOE: »El Ejido ist eine friedliche Kommune. Die fremdenfeindlichen Vorfälle kommen nur von kleinen Grüppchen.« Die Gemeindepolizei erklärte einfülsam, ArbeitsmigrantInnen hätten die Hütten selbst in Brand gesetzt – aus Frust, daß die Haupterntezeit vorbei ist und viele arbeitslos geworden sind.

*Gaston Kirsche, gruppe demontage*

# Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs

Der folgende Text will versuchen, entlang der Antisemitismus-Diskussion, die mit dem Auftreten der Intifada und dem Zweiten Golfkrieg in der Linken verstärkt geführt wurde, das herauszuschälen, was für eine revolutionäre Diskussion wichtig ist. Um letzteres geht es nämlich in der Mainstream-Linken kaum noch, "Anti-Antisemitismus" ist mehr zu einem sozialen und politischen Erkennungszeichen unter Linken geworden. Die hier angenommene Bedeutung des Antisemitismus für die Grenzen einer Klassenpolitik interessiert die Linke schon lange nicht mehr, weil der "Abschied vom Proletariat" und von der Revolution ohnehin bereits genommen wurde. Ich will aber auch nicht ein weiteres Mal das Verhältnis »Arbeiterbewegung und Antisemitismus« beschreiben<sup>1</sup>, sondern auf dem Hintergrund einer Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung und der Tradition der Kritik der Arbeit mich diesem Thema nähern. Welche strukturellen Schwächen und welche kategorialen Unvereinbarkeiten mit dem Antisemitismus gibt es für eine gesellschaftliche Kritik, die sich auf eine revolutionäre Tradition von den holländischen Rätekommunisten, dem Linksradikalismus bis zum Operaismus bezieht? Im besten Fall gelingt es mir, auf einige blinde Flecken des Wildcat-Verbundes aufmerksam zu machen.

## I.

### Die Rolle des Antisemitismus-Vorwurfs

Die Diskussion um Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken, die erst nach dem zweiten Golfkrieg richtig Verbreitung gefunden hat, hat viele Leerstellen aufgezeigt und historische Schwächen offenbart. Der Antisemitismus-Vorwurf hat sich dabei immer auf eine spezifische Haltung deutscher Linker gegenüber dem Staat Israel bezogen. Er hat über die Kritik der reflexhaften Anti-Israel-Position der deutschen Linken hinaus auch eine dem Anti-Imperialismus inhärente Denkstruktur bloßgelegt.

Der klassische Antisemitismus ist eine konformistische Revolte, die den Juden als historisch auf das Geldgeschäft verwiesene Figur angreift. Vom Stand-

---

<sup>1</sup> Hierfür hat Mario Keßler wertvolles Material geliefert: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Main 1993

punkt des Konkreten, Wertschaffenden wird das Abstrakte (Wurzellose, Intellektuelle) und Parasitäre kritisiert. Der Antisemit will den Dialog mit dem Staat, der gerne bereit ist, den Juden als Stellvertreter für die Ausbeutung und als Sündenbock zu opfern. Der linke, aus dem Antimperialismus resultierende Antisemitismus im Gewand des 'Antizionismus' zeichnet sich durch ein schwarz-weiß-Weltbild aus, das gute und schlechte 'Völker' kennt. Er ist linksnationalistisch und fußt auf einem sozialdemokratischen Imperialismusbegriff, der nicht von Ausbeutung und Kapitalverhältnis spricht, sondern in letzter Konsequenz nur Fremdherrschaft kennt (Herrschaft von Banken über die an sich gute Produktion, von 'fremden' Staaten über gute Völker).

Bereits im Freiburger Antizionismus/Antisemitismus-Streit von 1988 (dokumentiert in: blätter des iz3w Nr.150, Juni 88), der zwischen der "Nahost-Gruppe" und der "Initiative Sozialistisches Forum" ausgetragen wurde, wurden die Fallstricke des antiimperialistischen Denkens deutlich. Allerdings zeigte sich auch eine eklatante Schwäche der Kritiker des Antizionismus: zwar wurde proklamiert, »für eine andere Palästina-Solidarität« einzustehen, real wurde dies allerdings nie eingelöst. So sah ein Protagonist der Kritik am Antizionismus nur drei Möglichkeiten einer linken Position zum Palästina-Problem: »Der sozialistische Internationalismus betrachtet den Konflikt mit der Perspektive der notwendigen gegenseitigen Anerkennung der PLO durch Israel, Israels durch die arabischen Staaten und durch die PLO. Der Befreiungsnationalismus, wie er unter Freunden des bewaffneten Kampfes und anderen Antimperialisten handelsüblich ist, solidarisiert sich dagegen vorbehaltlos mit dem palästinensischen Nationalismus und kennt gute und schlechte 'Völker'. Der Ideologiekritik des antiimperialistischen Antizionismus geht es nicht um die Meinung, sondern um die Bedeutung, nicht um die Absicht, sondern um das Ergebnis und die Funktion des Antizionismus.« Hier deutet sich schon ein Grundproblem an, denn so richtig die Ideologiekritik des Antizionismus ist, so politisch im wahrsten Sinne des Wortes (d.h. etatistisch) beschreibt der zitierte Kritiker die Perspektive des sozialistischen Internationalismus. Hier ist vielleicht auch der Hund begraben, warum auch heute viele Linke, wenn sie sich nicht nur auf Ideologiekritik am Antizionismus kaprizieren, zu Hilfsdiplomaten (hier: für Israel und die PLO) werden. Und, da bekanntlich Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, im Kriegsfall auch zu Kriegsbefürwortern wurden und werden, anstatt die Verbindung von Staatlichkeit, Diplomatie und Krieg denunziatorisch offenzulegen. Keine der oben dargestellten drei Positionen wird der Realität der palästinensischen Migrationsarbeiter beispielsweise gerecht, für deren Kämpfe und Überlebensstrategien der palästinensische Befreiungsnationalismus auch keine Antworten parat hatte. Dies ist dem linken »Abschied vom Proletariat« geschuldet, der in Deutschland einmalig ist. Die Klassenstruktur Israels, an deren letztem Ende die nicht-askenaischen proletarischen Juden stehen, die palästinensischen Wanderarbeiter und die

Klassenstruktur der heutigen palästinensischen Gebiete mit der Fatah-Bourgeoisie am Ruder, ist der deutschen Linken mittlerweile vollkommen aus dem Blickfeld geraten.

Eine Katalysatorfunktion hatte dabei das Jahr 1991. Das Ende der SU, Sicherheit und Bezugspunkt für mehr Linke, als man vermutet hätte, und eine 4.Reich-Stimmung innerhalb der Linken nach der Wiedervereinigung, führte zu der Konstitution eines antideutschen Antifaschismus, der endgültig Abschied nahm vom Denken in Klassenkategorien. Flaggschiff dieser Diskussion war die Hamburger Monatszeitschrift konkret.

Dieses an sich vielstimmige Forum hat entscheidend dazu beigetragen, die Rest-Linke auf Kategorien einzuschwören, die dem Volksfront-Antifaschismus entliehen sind. Allianzen des Fortschritts gegen die deutsche Barbarei waren gefragt. Man sollte an der Seite anderer Staaten gegen Deutschland sein. Man sollte eine antideutsche *rainbow coalition* mit überzeugten, aber mahnenden Vertretern dieses Staates eingehen (z.B. mit Ignatz Bubis, der zwar erklärte, die Suppe namens Deutschland schmecke ihm ganz gut, ihn störe lediglich das Haar darin namens Rassismus und Antisemitismus; aber bei Bündnis-Politik nimmt man ja so manches in Kauf). Und man betätigte sich u.a. als alternativer journalistischer Waffenlieferant in der Frage der *patriot*-Raketen zum angeblichen Schutze Israels während des zweiten Golfkrieges.

Angesichts einer übermächtigen Situation, die durch Pogrome in Rostock und Hoyerswerda gekennzeichnet war, drohte eine Wiederholung des Fehlers von Adorno und Horkheimer in den 50er Jahren, die bürgerliche Gesellschaft auf Grund der Erfahrung mit dem Faschismus zu verteidigen, obwohl man es doch mal besser gewußt hatte. Die Kritik an der reflexhaften Wiederbelebung des Antizionismus während des zweiten Golfkrieges führt viele Kritiker des linken Antisemitismus zurück ins bürgerliche Lager (wo sich Micha Brumlik, Dan Diner und Henrik Broder schon länger aufhalten, nicht zuletzt auf Grund einer indifferenten Linken). War die Linke in den 70ern antisemitisch, so war sie in den 90ern philosemitisch. Deshalb gerät auch jüngst jede Kritik der tödlichen Schüsse auf kurdische Demonstranten aus der israelischen Botschaft nach der Verhaftung von Öcalan ersteinmal unter Antisemitismus-Verdacht (*jungle world*). Dabei ist der Antisemitismus-Vorwurf oft genug lediglich ein willkommenes Mittel, politische Gegner zu treffen, so wurde beispielsweise die kritikwürdige Existenzgeld-Forderung sogleich mit dem Antisemitismus-Vorwurf konfrontiert (baha-mas).<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Die Staatsorientierung der Existenzgeld-Forderung wurde hier ja auch an anderer Stelle ausführlich kritisiert, dennoch ist gerade die pragmatische Forderung nach mehr Geld und die demonstrativ anti-produktivistische Stoßrichtung der Existenzgeld-Forderer eine Position, die sich mit Antisemi-

## II.

Die klassische Arbeiterbewegung und ihr Marxismus hatten sich die Kritik des mühelosen Einkommens und die Affirmation der Arbeit auf die Fahnen geschrieben. Die Kritik vom Standpunkt der Produktion aus machte sich lediglich an der Person des Kapitalisten fest, der den Eigentumstitel besitzt und für die Produktion selbst nicht nötig sei. Desweiteren orientierte sich die Sozialdemokratie (gerade auch die spezifische radikalisierte in Rußland unter Lenin) positiv auf den Staat. Lenins Parole »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch« zielte auf das Konzept nationaler Befreiung. Sozialistische Entwicklung wurde so zu einer Bewegung nachholender Modernisierung. Die nationale Befreiung sollte das Ende der Fremdherrschaft bewerkstelligen, die eine erzwungene Rückständigkeit aufrecht erhielt; der Staat hatte mittels Planung den Kraftakt zu vollziehen, die Modernisierung aus dem Boden zu stampfen. Der Befreiungsnationalismus und klassische Antiimperialismus trat so auch im Mantel des ML auf. Hier wurde eine Politik des nationalen Bündnisses favorisiert, die Rhetorik von der Klasse war nur der revolutionären Dynamik der Arbeiterklasse und der Bauern-ArbeiterInnen geschuldet und wurde zum propagandistischen Appell für den produktiven Aufbau benutzt. So war die Entwicklung in Rußland ab 1917 Leitbild für viele abhängige Länder, und der Marxismus wurde zur leninistischen 3.Welt-Ideologie.

Der Antiimperialismus, selbst ein Produkt des Leninismus, mußte schon auf Grund seiner kategorialen Prämissen (nationale Befreiung, sozialistischer Staat, Volk statt Klasse) strukturell antisemitisch argumentieren. Agierte er sich an Israel aus, war der Antisemitismus vorprogrammiert. Israel wurde im Antiimperialismus der 60er/70er/80er Jahre als Verkörperung des künstlichen Staates in einer fremden Region ausgemacht. Dieses organozistische Denken läßt sich an dem ganzen Kitsch ablesen, mit dem der erträumte »natürliche Staat« Palästina verbunden war. Die beliebte Kategorie »Volk« hatte ein in die Industrienationen importierter Maoismus in die Hirne einer nach »Identität« lechzenden Linken gepflanzt (Von der Hafenstrassen-Parole »Palästina - Dein Volk wird dich befreien« bis zu den Blut-und-Boden-Bildern in der früheren Zeitschrift Al Karama aus dem Umfeld des Stalinisten Karam Khella).

---

tismus gerade sehr wenig verträgt.

Ebenso ist die Treffsicherheit, mit der die kurdische Führung ihre Leute zur israelischen Botschaft dirigiert, auf dem Hintergrund antisemitischer Positionen innerhalb der kurdischen Nationalbewegung nicht bloß solidarisch zu kritisieren, sondern zu denunzieren. Der fehlende Humanismus allerdings, sich über tödliche Kugeln im Rücken demonstrierender Kurden nicht mehr empören zu können und stattdessen linke (?) *zero tolerance* und mehr deutsche Bullen vor israelischen Botschaften einzuklagen, ist nur Ausdruck der auf den Hund gekommenen Rest-Linken (vgl. *jungle world* 47/99 und 50/99).

Die Linksradikalen hatten viele Prämissen auch der 3. Welt-Ideologie und des Antiimperialismus fundamental kritisiert. Erschöpfte sich der Antiimperialismus in der Denunziation der Fremdherrschaft, ging es dem Linksradikalismus und Rätekommunismus um die proletarische soziale Revolution, die die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft an sich zertrümmern sollte. Bündnisse mit der einheimischen Bourgeoisie wurden abgelehnt. Der Antiimperialismus des Bündnisses wurde generell als Ideologie nachholender bürgerlicher Revolution erkannt.<sup>3</sup>

### III.

Auch Wildcat vertritt gesellschaftskritische Positionen, die anti-imperialistisch-/antisemitischen Denkstrukturen, die einem Antiimperialismus geschuldet sind, gegenläufig sind. Um Völker ging es nie. Nicht die Glorifizierung der Arbeit oder Kampf der ontologisierten Arbeit gegen das Kapital, sondern Kampf gegen die Arbeit selbst als Bestandteil des Kapitalverhältnisses wurde propagiert. Wildcat kritisierte den Produktivismus der klassischen Arbeiterbewegung. Der Staat wurde als ideeller und in der Krise realer Gesamtkapitalist entlarvt, und fernab der Ambivalenzen beispielsweise der Regulationstheoretiker oder des kritischen Soziologen Bourdieu wurde auch der Sozialstaat nicht als »Errungenschaft der Kämpfe der Arbeiterklasse« sondern als Pazifizierung im Interesse reibungsloser Ausbeutung durchschaut<sup>4</sup>. Neue souveräne Nationalstaaten, wie sie dem Antiimperialismus vorschwebten, waren so auch nichts anderes als ein neues Kampfterrain der Ausbeutung.

Dennoch gibt es eine Indifferenz gegenüber Antisemitismus, die ihre Wurzeln in einem fehlenden Ideologiebegriff und einem zum reinen Prinzip erstarrten Klassenbegriff hat.

Einen ersten Vorschein, daß Wildcat ein kritischer Ideologie-Begriff fehlt, zeigte sich angesichts des Nach-Wiedervereinigungs-Rassismus in Deutschland. Wildcat wurde anlässlich der Pogrome 1991/92 kritisiert, der rassistischen Zusammenrottung in Mannheim/Schönau einen tendenziell in Richtung emanzipativer Rebellion wendbaren Kern zuzusprechen<sup>5</sup>. In der Tat wurde hier der Fehler der

---

<sup>3</sup> Zwei Beispiele rätekommunistischer Kritik seien genannt: Cajo Brendel, Thesen über die chinesische Revolution, Hamburg 1977 oder Bob Potter (von der englischen rätekommunistischen Gruppe Solidarity), Vietnam Superstar. Sieg für wen?, Berlin 1975.

<sup>4</sup> Vgl.: »Wie der Sozialstaat den Klassenkampf in Arbeiterbewegung verwandelt«, WC Nr.61/1993.

<sup>5</sup> Vgl.: beispielsweise: »Feuer und Flamme für diesen Staat! Rebellion von ganz rechts unten? Zu den Problemen des autonomen Politikverständnisses am Beispiel der rassistischen 'riots' von rechts gegen Asylbewerberunterkünfte«, in: Spezial Nr.88 Januar/Februar 1993; auch in der Ankündigung einer Arbeitsgruppe auf dem bahamas-Kongreß »Eine antideutsche Bilanz« mußte dies wider bessern Wissens aufgekocht werden. In diesen Kreisen hat man es offensichtlich nötig, abermals beweisen

Narodnaja Wolja, der Stadtguerilla im vor-revolutionären Rußland, die ebenso die antisemitischen Pogrome als Verkürzungen und Sackgassen im revolutionären Kampf verharmloste, wiederholt. Mehr noch: die damalige Situation in Deutschland wurde falsch eingeschätzt und der rassistische Massenkonsens theoretisch nicht reflektiert. Das Abstellen auf eine Strategie der Spannung, den Zusammenhang von Zoff in den Betrieben und einer rassistischen Kanalisierung, der beispielsweise in Hoyerswerda zwischen den Kontraktarbeitern aus Angola und Mosambique und der LAUBAG-Werksleitung kurz vor dem Pogrom vorhanden war, führte oft dazu, den ideologischen Kern des rassistischen Massenbewußtseins zu vernachlässigen und sich stattdessen auf simple Verschwörungstheorien zurückzuziehen. Die Frage »riots von rechts?«, die in WC 60 (Oktober 92) gestellt wurde, mußte so als Verharmlosung der deutschen Verhältnisse interpretiert werden. Dennoch übersahen die Kritiker, daß gerade Wildcat im Gegensatz zu der Ideologisierung der 80er-riots durch die Autonomen keinen riot-Mythos pflegt. Das Festhalten an einem so manchem recht orthodox anmutenden Klassenbegriff hat davor geschützt, den riot als solchen als neues Paradigma der sozialen Revolution zu behaupten<sup>6</sup>. Gerade der riot lebt von dem Angriff auf Personifizierungen der Ausbeutung, wie es Mike Davis für L.A. 92 beschrieben hat: »Kulturell spezifische 'Zwischenhändler'-Gruppen laufen Gefahr, daß sie als Verkörperung der unsichtbaren Hand angesehen werden, die den örtlichen Communities ihre wirtschaftliche Autonomie entzogen hat. Im Fall von L.A. war es das koreanische Alkoholgeschäft an der Straßenecke, das als Symbol der verhaßten 'Neuen Weltordnung' gesehen wurde, und nicht die wolkenkratzenden Konzern-Festungen im Stadtzentrum.«<sup>7</sup> Deshalb kann Revolution auch nicht als Verallgemeinerung des riots gedacht werden. Quantität schlägt hier nicht in Qualität um.

Dennoch: bei einem riot lassen sich rückschrittliche, gewalttätige, reaktionäre Momente zurückdrängen, ein Pogrom ist Rückschrittlichkeit, Gewalt und Reaktion selbst. Entscheidend ist das Verhältnis zum Staat. Greift der riot Insignien des Staates an, und beweist damit seine im Kern kommunistische Tendenz, ist ein Pogrom ein kumpelhaftes Gespräch mit dem Staat. Während eines riots können Identitäten aufgelöst, neu definiert und praktisch hinterfragt werden, ein

---

zu müssen, daß man sich einer Gemeinde, die fieberhaft an einer hieb- und stichfesten Ableitung des Rassismusbegriffs aus dem Kapitalverhältnis arbeitet, näher fühlt als den theoretisch nicht sonderlich sattelfesten Flugblattverteilern, die sich immerhin ins Handgemenge der damals keineswegs angenehmen Schönau begeben.

<sup>6</sup> In Wildcat Nr. 56/Juli/August 91 wurde auch über die antisemitische Agitation moslemischer Gruppen unter revoltierenden Jugendlichen der französischen Vorstädte berichtet.

<sup>7</sup> ak 344, 1.Juli 1992

Pogrom ist der Endpunkt der wahnhaften Suche nach Identität. Schon deshalb ist der multiethnische *riot* von L.A. 92 nicht Deutschland 92.

#### IV.

Die Antisemitismus-Diskussion müsste aufmerksam machen auf Schwächen der nicht-traditionalistischen Klassenlinken, zu der auch Wildcat zählt. So ist im klassischen Operaismus nachwievor ein recht simples Bild vom Kapital vorherrschend, das Klassenkampf als Pingpong-Spiel oder als Ringkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten darstellt. Es herrscht auch hier öfters Unklarheit über das Wesen des Kapitalverhältnis.

Personalisierung, kein Begriff von Ideologie und Fetischisierung (stattdessen die Manipulationshypothese), und ein geschichtsoptimistischer historischer Materialismus sind die größten Probleme der bei Wildcat vorherrschenden Vorstellungen über die Gesellschaft.

Dies ist vielleicht ein gemeinsames Erbe des Operaismus. Bereits die recht eigenwillige Grundrisse-Interpretation von Negri (Marx beyond Marx), lädt zu merkwürdigen Verkürzungen ein. Mit dem Statement »das Geld hat nur ein Gesicht, das des Chefs« soll propagandistisch dem Klassenhaß Nahrung gegeben werden. Das Drama des Fetischs Geld (auch in seiner Form als Lohnfetisch) wird dabei außer Acht gelassen und noch dazu einer militaristischen Personalisierung das Wort geredet. Auch wenn - typisch italienisch möchte man fast sagen und mit dem Antisemitismus unvereinbar - der Kapitalist selbst ins Fadenkreuz der praktischen Kritik genommen wird. Doch gerade der Haß auf das Geld und diejenigen, die es ohne zu rackern haben, war auch immer eine tragende Vorstellung des Antisemitismus. Der 'Unternehmer' wird dabei in der Vorstellung des nazistischen Antisemiten mit ins produktive Boot genommen:

»Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seine Profite mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder im Direktorengehalt wie heute rechtfertigte, war die Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrags und die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckte. Darum schreit man: haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden. Er ist in der Tat der Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, daß ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird. Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können: der kleinste Magnat kann über ein Quantum von Diensten und Gütern verfügen wie kein Herrscher zuvor; die Arbeiter jedoch erhalten das sogenannte kulturelle Minimum. Nicht genug daran, daß sie am Markt erfahren, wie wenig Güter auf sie entfallen, preist der Verkäufer noch an, was sie sich nicht leisten können. Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den

Arbeitern vorenthalten wird. Mit dem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die anderen auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.<sup>8</sup>

Viele Kategorien der kritischen Theorie und auch der dieser Beschreibung zugrundeliegende Begriff einer negativen Totalität können zurecht kritisiert werden<sup>9</sup>, dennoch wird hier auf das Problem der Fetischisierung der Ausbeutungsverhältnisse aufmerksam gemacht und die Frage nach dem aus der kapitalistischen Vergesellschaftung resultierenden Bewußtsein aufgeworfen.

Die Kategorie des (Klassen-)Bewußtseins wurde mit gutem Grund von undogmatischen Klassenlinken abgelehnt, weil man leninistische an-sich/für-sich-Konstruktionen, die immer eine aufklärerische Partei zwischenschalten wollen, vermeiden wollte. Vom Operaismus wurde die Klassenbewußtseinskategorie recht halbherzig mit der Terminologie (technische und politische) Klassenzusammensetzung ersetzt. Dem Problem der Ideologie als »notwendig falsches Bewußtsein«, wie Marx schrieb oder auch als situationsbedingt richtiges, wie Althusser meinte ihn korrigieren zu müssen, muß sich dennoch gestellt werden. Sonst würde man sich in die unheilige Allianz derjenigen einreihen, die die Ausführungen von Marx zum Fetischismus lediglich als philosophisches Beiwerk abtun und nicht als Kern einer radikalen Kritik sämtlicher Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung, Denkformen inbegriffen, erkennen. Gerade in klassenkampflosen Zeiten hilft eine Theorie, die als Reflexion auf den Klassenkampf selbst entstand, wenig weiter, weil ohne offenen Klassenkampf die totalisierende Bewegung des Kapitals sich auch im Bewußtsein zeigt; das Kapitalverhältnis sich auch ideologisch totalisiert und zusammenschürt.

Der aktuell - wie bei Holzmann zu sehen - anzutreffende Haß auf die Banken und Spekulanten und der Korporatismus mit der Führungsetage, das Deutschlandlied auf den Lippen, zeigt, daß strukturell der Antisemitismus keineswegs verschwunden ist und sich nicht allein in Form der Friedhofschändungen zeigt.

---

<sup>8</sup> Adorno/Horkheimer, Elemente des Antisemitismus, in: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1969.

<sup>9</sup> Woher beispielsweise der Kurzschluß kommt, es gäbe eine Akzeptanz des Prinzips der Entlohnung durch die Arbeiterklasse aufgrund der Abhängigkeit vom Lohn, müßte gefragt werden. Die Sartresche Kategorie der Totalisierung wäre der recht aussichtslosen und geschichtspessimistischen Totalitätskategorie der kritischen Theorie ebenso vorzuziehen, sie läßt wenigstens noch den nötigen Raum für die Revolte und die Weigerung auch in der Produktion selbst (auch die Kategorie der Verantwortung kann so stärker zur Geltung kommen).

## V.

Der reale Geschichtsverlauf hat auch die dem historischen Materialismus und dem Marxismus zu Grunde liegenden Annahmen nicht bestätigt, sondern beispielsweise in Hinblick auf die Klassen-Frage mit dem 1. Weltkrieg und der Nationalisierung der Arbeiterklassen eher widerlegt. Das Band zwischen der Klassenkategorie als aufgrund der Ausbeutungsstruktur vorhandene einerseits und als revolutionstheoretische Kategorie andererseits scheint zerrissen zu sein: "Klasse" kann man offensichtlich nur noch als objektives Faktum, nicht mehr als subjektive, zur Revolution drängende Bewegung fassen. Da "Klasse" *in revolutionstheoretischer Absicht* nur global gedacht Sinn macht, stellt sich die Frage, ob man *in dieser Weise* heute von Klasse sprechen kann.<sup>10</sup> Gegen 1914 hatte 1917 rebelliert und unterlag, die Nationalisierung der Massen war der größte Hemmschuh einer weltweiten Revolution. Gerade die Entwicklung des Zionismus, der als bloß bürgerliches Projekt keine Zukunft gehabt hätte, sondern seine Kraft aus proletarischer Energie zog, und die Entstehung eines Arbeiter-Antisemitismus belegen die Grenzen eines internationalistischen Klassenbegriffs sehr deutlich. Der Zionismus war eine nationale Befreiungsbewegung mit sozialistischen Hoffnungen, die aufgrund der zerschlagenen Klassensolidarität entstand.

»Der sozialistische Zionismus (Anfang dieses Jahrhunderts) fand schnell großen Zulauf in der osteuropäischen Gemeinde, weil er den jüdischen Proletariern einen politischen Ausweg anbot, der auf der Hand zu liegen schien und in ihrem sozialistischen Bewußtsein auf Widerhall stieß. Die Juden Osteuropas bildeten die bei weitem größten Bataillone, während die sozialistischen zionistischen Parteien bald die vollkommene politische Hegemonie über die zionistische Weltorganisation erwarben. (...) Die Marxisten hatten leichtes Spiel, den sozialistischen Zionismus als ideologische Abweichung anzuprangern. Das Problem war jedoch nicht rein ideologischer Natur: die jüdischen Proletarier stießen auf die strukturelle Unmöglichkeit, sich in die europäischen Kämpfe einzureihen. Da die Internationalisten dies nicht verstanden und die Lage der proletarischen Juden abstrakt betrachteten, konnten sie ihnen auch nicht aus der Klemme helfen. Bekanntlich leistete die Zweite Internationale kaum Widerstand gegen die Ausschluß-Politik der polnischen Gewerkschaften gegenüber den jüdischen Proletariern. Und die österreichische Sozialdemokratie zeigte sogar großen Gefallen am 'volkstümlichen' Antisemitismus. Dieses Scheitern des proletarischen Internationalismus öffnete den Weg für die sozialistische zionistische Lösung. Die Errichtung des Staates Israel ist die direkte Folge des Scheiterns des proletari-

---

<sup>10</sup> Das Problem der weltweiten Ungleichzeitigkeit verschwindet zwar mit der weltweiten Proletarisierung, doch der Adressat der Kämpfe ist mehr denn je der Staat, eine neue Internationale (weder als organisatorisches Projekt, noch als qualitative Gleichzeitigkeit des Kampfes) ist nicht zu sehen.

schen Internationalismus in Europa.«<sup>11</sup>

Dieses Scheitern des proletarischen Internationalismus, das hier hinsichtlich der Entstehung des Zionismus beschrieben wird, hatte 1914 seinen Höhepunkt erreicht. 1914 und 1933/39 stehen für die Auflösung einer antagonistischen Klassengesellschaft und leiteten das Ende der bisherigen revolutionären Theorie über diese Gesellschaft ein. So waren die Rätekommunisten Anton Pannekoek und Paul Mattick in ihren Ausführungen zur Krisentheorie noch in den 20er und 30er Jahren vom Glauben beseelt, daß die subjektiven und objektiven Faktoren der kapitalistischen Krise zusammenfallen müssen, die Arbeiter also die Revolution machen, wenn es ihnen stetig schlechter geht. Diese Auffassung blamierte sich an den Folgen von 1929.

Auch nach 1945 reflektierten Linksradikalismus und Rätekommunismus nie kritisch auf Auschwitz.<sup>12</sup> Innerhalb linksradikaler Gruppen herrscht immer noch das Unvermögen vor, Auschwitz einen systematischen Ort in der Reflexion auf die kapitalistische Gesellschaft zu geben. Auch bei Wildcat. Jahrelang war die bevölkerungspolitische »Erklärung« der Massenvernichtung Standard. Doch die von Susanne Heim und Götz Aly vorgelegten Erkenntnisse über die Rolle der Großraumplaner und Bevölkerungsstrategen bleiben bestimmten Fragen Antworten schuldig. Ich kann hier nur einiges anreißen. Der NS und seine Vernichtungspolitik hat mit den bürgerlichen Kategorien von rational/irrational aufgeräumt. Auschwitz war beides und doch nichts von beidem. Der Antisemitismus war konstitutiv für den NS als Bewegung und konnte die »antikapitalistischen Sehnsüchte« der krisengebeutelten Kleinbürger bedienen<sup>13</sup>. Der zentralistische

---

<sup>11</sup> Le Brice-Glace, Der Zionismus. Mißgeburt der Arbeiterbewegung, TheKLa 14. Dies ist die einzig angemessene Kritik des Zionismus als nationale Befreiungsbewegung, die mir bekannt ist, weil sie die Voraussetzungen mitdenkt. Während die Linke zu Golfkriegszeiten ihren Suchfindungsprozeß zwischen "Bellizismus" oder "Pazifismus/Antiimperialismus", Antizionismus oder Philosemitismus, "Pro- oder Contra-Israel" inszenierte, wurde von Wildcat in der TheKLa-Reihe dieser herausragende Text herausgegeben, der von der Linken kaum beachtet wurde.

<sup>12</sup> Die bordigistische Linke hat dies nur in agitatorischer Hinsicht gemacht. Auschwitz selbst wird zu einem Völkermord unter vielen erklärt. Die Schwierigkeit der bordigistischen Linken, einige Ultralinke, die in das rechte Lager der Negationisten gewechselt sind, angemessen zu kritisieren, hat ihren Grund darin, daß auch den französischen Bordigisten die Herausstellung der Einmaligkeit des NS und der Vernichtungspolitik als eine Apologie der bürgerlichen Gesellschaft erscheint. Eine Reflexion auf die Barbarei hätte darüberhinaus auch die geschichtsoptimistische Behauptung einer erst kapitalistischen, dann im Umschlag kommunistischen Aufstiegsgeschichte schmälern können. Vgl. auch die Kritik an Gilles Dauvé von T./Freiburg, Gedanken zu Gilles Dauvé »Kommunismus und Kapitalismus«, WC-Zirkular Nr.54.

<sup>13</sup> Vgl.: Moishe Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: diskus-Texte der Neuen Linken, Berlin 92. Trotz seiner generalisierten, ableitungstheoretischen Bestimmung des Antisemitismus aus der Warenform und einer Ignoranz gegenüber der Rolle des Staates wird hier die

NS-Staat und die Rolle der Bürokratie sind allerdings konstitutiv für Auschwitz. Der NS faßte beides, sowohl das Bewegungsmoment als auch das Statisch-Staatliche, zusammen: die antisemitische Leidenschaft, für die sich Goldhagen interessiert, und die bürokratischen Abläufe, die von Adorno/Horkheimer als »instrumentelle Vernunft« oder weitaus schwächer von Zygmunt Baumann in seiner Kritik der Moderne thematisiert wurden.

Generell kann der NS als ein System gesehen werden, das die Klassenverhältnisse moderierte, der Antisemitismus spielte dabei eine bedeutende Rolle. Der Nationalsozialismus der Jahre 1934-45 war die letzte Zuflucht des Kapitals in Deutschland, das die militär-keynesianische Variante der Stabilisierung und Mehrwertabpressung über Kriegswirtschaft und Expansionismus als Krisenlösung favorisierte, wobei der NS-Staat als realer Gesamtkapitalist auch gegen gewisse Interessen von Einzelkapitalen zu Gunsten der Reproduktion des Gesamtsystems verstieß.

Viele an Marx' Begriff des notwendig falschen Bewußtseins anknüpfende Erklärungen von Auschwitz wirken konstruiert. Beispielsweise Postones Versuch, aus der Warenform selbst die Vernichtung abzuleiten. Der verhasste Tauschwert sei im Juden personifiziert worden, die konkrete, gute deutsche Arbeit sei gebrauchswerthaft wahrgenommen worden. Die Vernichtung der Juden stelle demnach eine verkürzte antikapitalistische Revolte gegen den unfassbaren Wert dar. Im Gegensatz zu Postones Theorie, die im Nationalsozialismus romantizistischen »Antikapitalismus« ausgemacht haben will, faßt Enderwitz in »Antisemitismus und Volksstaat« den Nationalsozialismus folgendermaßen zusammen: »Von Staats wegen präntendiert wird ein Sozialismus im Dienste des Kapitals«. <sup>14</sup> Dadurch betritt ein Hauptakteur die Bühne, der von Postone beflissentlich unter den Teppich gekehrt wird: der militär-keynesianische Staat, der die deutsche Gesellschaft als Organisator der Verwertung total zu formieren trachtete. Wird dieser jedoch unterschlagen, so fehlt ein wesentliches Moment, das zu Auschwitz führte. Der NS-Staat trug beide Abgrenzungsmuster des Bürgers in sich, die er zur Vernichtungspraxis radikalisierte: Die rassistische Abgrenzung vom »Unwerten« und die antisemitische Abgrenzung vom unfaßbar Abstrakten. Außerdem konnte er über die Beute- und Raubzugsversprechungen eine soziale Perspektive für die Deutschen anbieten. Die »eliminatorische« Qualität des deutschen Antisemitismus - der Goldhagens Interesse gilt - erhielt dieser erst, als der Vernichtungswille zur Staatsräson wurde.

Der Nationalsozialismus war eine spezifisch deutsche, aus der Krise des

---

»antikapitalistische« Rebellion als romantizistischer Reflex gegen das Abstrakte, gegen die Börse, im Namen einer hypostasierten konkreten Arbeit richtig beschrieben.

<sup>14</sup> Ulrich Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat, Freiburg 1991.

Kapitals geborene Vermittlungsform zwischen Kapital und subalternen Klassen über den Staat.

Die Vorgeschichte des Verhältnisses der die NS-Ideologie affirmierenden und tragenden unteren Schichten zu Staat und Kapital, sowie das Verhältnis beider letztgenannten wird von Enderwitz folgendermaßen beschrieben: die preußisch-deutsche Staatsbürokratie habe sich wie keine andere schon im 19. Jahrhundert zur Treuhänderin von Kapital und Arbeit gemacht. So kann Enderwitz erklären, warum gerade in Deutschland die Wandlung vom Volkstum zum Führerstaat mit mörderischem Antisemitismus unter dem Druck der Krise erfolgte.

Erst der NS-Staat, der in seiner Funktion als Propagandist und nicht nur ideellem, sondern vielmehr realem Gesamtkapitalisten des NS-Keynesianismus ab 1933 total die Gesellschaft beherrschte, konnte den herrschaftlichen Wunsch der konformistisch revoltierenden Subjekte einlösen und die einzigartige Tat begehen, in der deutschen Nation Kapital und Arbeit dadurch zusammenzuführen, indem die als »unwert« Definierten vernichtet werden sollten, während der deutsche Arbeiter zum »Vorarbeiter Europas« innerhalb des NS-Großraums geadelt wurde. Die Juden hatten die besondere Stellung, daß sie als »Luftmenschen« und »Zersetzer« die abstrakte Seite des Kapitalverhältnisses repräsentieren sollten. Insofern war Auschwitz tatsächlich »die wirkliche 'Deutsche Revolution' - die wirkliche Schein-'Umwälzung' der bestehenden Gesellschaftsformation«, wie Postone schreibt. Die historische "Leistung" des NS war die Konstitution eines so kapitalistischen wie rassistischen Gemeinwesens, das den Klassenkampf liquidierte und einte, indem es ausgrenzte und vernichtete.

Resümee:

Die Diskussionen um die antisemitischen Implikationen des antiimperialistisch-antizionistischen Weltbildes haben gezeigt, daß der Abschied von der Analyse von Klassenbeziehungen und Ausbeutungsstrukturen die Linke nur an die Seite eines staatlichen oder para-staatlichen Gebildes führt.

In der historischen und logischen Perspektive macht allerdings ein zum reinen Prinzip erstarrtes Festhalten am Klassenbegriff wenig Sinn, wo sich Klasse nicht mehr als solche verhält. Kommunisten haben auf die vor sich gehende Bewegung zu reflektieren. Das heißt aber auch, daß sich nach Auschwitz die bisherigen Koordinaten der Gesellschaftskritik verschoben haben. Der Massenmord an den Juden beraubte die Gesellschaft ihrer Begreifbarkeit in den klassischen Kategorien der Gesellschaftskritik, also auch der Klassenkategorie. Ideologie und Bewußtseinsformen, die reale Praxis werden und sind, müssen materialistisch untersucht und kritisiert werden. Darunter ist ein kritischer Materialismus nicht zu haben.

H./Freiburg

## **Einige Gedanken zu »Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs«**

H. beabsichtigt mit seinem Text, »auf einige blinde Flecken des Wildcat-Verbundes aufmerksam zu machen«. Er bemängelt eine »Indifferenz gegenüber Antisemitismus, die ihre Wurzeln in einem fehlenden Ideologiebegriff und einem zum reinen Prinzip erstarrten Klassenbegriff« hätten. Als Beleg führt er einige Beispiele an. Zum einen die Auseinandersetzungen um die rassistischen Pogrome 1991/92 u.a. in Mannheim und Hoyerswerda, zum anderen die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den Thesen um die »Ökonomie der Endlösung«, wie sie von Susanne Heim und Götz Aly entwickelt wurden. Was zeigt sich historisch im Nationalsozialismus und im Deutschland der 90er Jahre? »Gerade in klassenkampflosen Zeiten hilft eine Theorie, die als Reflexion auf den Klassenkampf selbst entstand [gemeint ist der Operaismus; p.], wenig weiter, weil ohne offenen Klassenkampf die totalisierende Bewegung des Kapitals sich auch im Bewußtsein zeigt; das Kapitalverhältnis sich auch ideologisch totalisiert und zusammenschnürt«.

Das Problem, daß in all den Kämpfen, die in den letzten Jahren geführt wurden, kaum Ansätze zu einer revolutionären Antwort auf die kapitalistische Barbarei zu finden sind (um es positiv auszudrücken), versucht H. durch einen Spagat zwischen Klassenanalyse und Kritischer Theorie zu lösen. Mir erscheint allerdings, daß dieser Versuch lediglich zeigt, daß es fundamentale Widersprüche zwischen Adorno, Postone, ihren aktuellen neulinken Propagandisten und einem Ansatz radikaler Klassenanalyse gibt. Es wäre besser, sich diese Unterschiede klarzumachen und sich zu entscheiden, anstatt alles in einem großen Brei aufgehen zu lassen.

Vorneweg, wir müssen uns klarmachen, daß es zwei unterschiedliche Ebenen der Kritik gibt: Einmal die Frage, inwieweit wir historisch die gesellschaftlichen Entwicklungen als Ausdruck des Kampfes gegen die Arbeit und der gewaltsamen Aneignung von Arbeitskraft begreifen können. Zum anderen die nach der eigenen politischen Umsetzung in der aktuellen Auseinandersetzung. Trennen wir also mal die Kritik an dem Flugblatt in Mannheim und all den anderen Tritten in das linke Fettnäpfchen ab.

Klassenkampf kann also das »notwendig falsche Bewußtsein« durchbrechen. Stellt sich die Frage nach der Klasse (und Klassenkampf, der entscheidende Punkt) und nach dem Bewußtsein. Ideologie ist die unwillkürliche (falsche) Erklärung der gesellschaftlichen Zustände und dessen, was wir tun. Sie geht von dem aus, was wir vorfinden und knüpft an tradierte Denkmuster an. Da sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ständig ändern, ist auch das Bewußtsein dieser Veränderung unterworfen. Die Behauptung, es gebe den »ewigen Antisemitis-

mus« oder das »Deutschtum«, mag oberflächlich plausibel erscheinen, schaue ich mir immer wieder auftauchende Stereotype an. Ich denke aber, daß sich der Inhalt dessen, was sich als Antisemitismus äußert, in den letzten Jahrzehnten sehr wohl verändert hat. Um dahinter zu schauen, ist es aber unerlässlich zu betrachten, was sich historisch real an den Lebensbedingungen verändert hat. Eine »materialistische Kritik« müßte ansatzweise genau das leisten; um den von H. gewählten Ausgangspunkt zu nehmen, die »Nationalisierung der Massen« um die Jahrhundertwende als erste Ursache des Scheiterns aller revolutionären Kämpfe dieser Zeit. Wir müßten einerseits fragen, inwieweit die politischen Organisationen der »Arbeiterbewegung« die Gesamtheit der Kämpfe jener Zeit repräsentiert haben. In Polen und Rußland selber - wer waren die Träger des (auch sozialdemokratischen) Antisemitismus; spielten die russische Sozialdemokratie und der Bund in den Städten, in denen ein Großteil des jüdischen Proletariats lebte, wirklich die entscheidende Rolle; wie sahen z.B. im Londoner Eastend und in der New Yorker Lower Eastside, den Städten, in denen um die Jahrhundertwende schon Millionen jüdischer Arbeiter und Arbeiterinnen lebten, die Auseinandersetzungen um Antisemitismus aus?

Außerdem müßten wir fragen, inwieweit die Kämpfe denn real die Möglichkeit gehabt hätten, die regionalen und nationalen Schranken zu überwinden. Dies ist auch notwendig, um einer Mythologisierung der »revolutionären Klasse« vergangener Zeiten zu entgehen. Diese Frage ist auch an den von H. zitierten Artikel »Der Zionismus - Die Mißgeburt der Arbeiterbewegung« von Le Brice-Glace [siehe TheKla 14, S. 9-36] zu stellen. Abgesehen davon, daß mir die »vorkapitalistische jüdische Gemeinschaft« etwas idealisiert erscheint, problematisiert auch er nicht das Verhältnis eines vom ländlichen Handwerk geprägten Proletariats in Osteuropa zu den in die westlichen Großstädte emigrierten jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Ich denke, die »antagonistische Klassengesellschaft«, von der H. schreibt, daß sie sich 1914 und 1933/39 aufgelöst hat, können wir uns auch in der Vergangenheit nicht als zwei antagonistische Gesellschaften vorstellen. Wir können aber in Kämpfen die Momente entdecken, die über das Kapitalverhältnis hinausweisen. H. gerät hier selber in die Falle der Personifizierung, die seine Enttäuschung, daß es heute so gar nicht mehr revolutionär ausguckt, dahin bringt, daß es auch kein Klassenverhältnis mehr gibt.

Zur Geschichte des Holocaust haben S. Heim, G. Aly u.a. Ansätze geliefert für ein Verständnis dessen, was an realen Auseinandersetzungen und Kämpfen hinter dem stand, was sich als Antisemitismus geäußert hat. Sie versuchen, den Holocaust als Endpunkt eines »Klassenkriegs von oben« gegen die »Drohung der Revolution von unten« zu verstehen. Die Tatsache, daß die systematische Ermordung von Juden und der Krieg auch von Proletariern durchgeführt worden ist, steht dabei gar nicht zur Debatte. Aber daß es der »spezifisch deutsche Antisemi-

tismus« war, der den Holocaust verursacht hat. Der Nationalsozialismus und seine Vernichtungspolitik waren nicht »rational und irrational und doch nichts von beiden«. Auschwitz war die Konsequenz einer Reihe von bornierten Kämpfen, die in ihrer Gesamtheit die kapitalistische Gesellschaft zu zerstören drohten, die nur dadurch gerettet werden konnte, daß gesellschaftlich eine Hierarchie durchgesetzt wurde, die am Ende die Vernichtung der »Überflüssigen« durchführte. Daß sich dies so durchführen ließ, hat natürlich auch mit der Tradition des Antisemitismus in Europa und der Stellung der allermeisten Juden gerade in Osteuropa zu tun. (An dieser Stelle: Der Begriff »Luftmenschen«, den Susanne Heim zitiert, entstammt einer »soziologischen« Beschreibung der Lebensweise der polnischen Juden durch einen NS-Funktionär, der damit ausdrücken wollte, daß die Mehrheit der Juden in Polen ohne Subsistenzmittel, von der Hand in den Mund als städtische Armutsbevölkerung (einschließlich Handwerkern und Kleingewerbetreibenden) lebte. Es ist kein Begriff, der Juden als die Abbildung der »abstrakten Seite des Kapitals« bezeichnen sollte)

Schließlich noch zur Kritik an politischen Auseinandersetzungen. Es ist falsch, bei dieser Kritik nur einen Part zu betrachten und anzuklagen; ich muß mir klarmachen, welches die Gegenpositionen sind, auf die geantwortet wurde. Im Falle der radikalen Linken und ihrer Auseinandersetzung nach 1945 mit Auschwitz stimmt es nicht, daß der »Linksradikalismus« »nie kritisch auf Auschwitz (reflektiert)« hat und es immer einen Reflex gegen Israel gegeben hat, um das eigene Versagen »wiedergutzumachen«. Bis Ende der 60er Jahre war nach allem, was mir bekannt ist, bei aller Kritik an der Politik des Staates Israels eine »Reflektion auf die eigene Rolle als Linke in Deutschland« relativ gängig. Die Begeisterung vor allem von Anarchisten für die Kibbuz war ja auch von dem Gedanken getragen, daß die Überlebenden des Holocaust eine bessere Gesellschaft schaffen würden.

Daß sich seit Ende der 60er Jahre eine Form des Antimperialismus als »Antizionismus« entwickelt hat, hängt auch mit dem staatlichen Umgehen mit dem Holocaust zusammen. Die Leute, die z.T. persönlich an dem Massenmord beteiligt waren, setzten in den 60er und 70er Jahren zynisch den Vorwurf des Antisemitismus gegen die ein, die versuchten, die Gesellschaft zu stürzen, die Auschwitz möglich gemacht hat. Daß manche sich hilflos gewehrt haben, indem sie die Kritik noch weiter überzeichneten (um den Zusammenhang von Faschismus damals und dann Springer, Schleyer deutlicher zu denunzieren), zeigt politische Schwäche und tatsächlich eine nicht begriffene und aufgearbeitete Vergangenheit; aber keinen »strukturellen Antisemitismus«. Ebenso wäre zu fragen, was denn die Kritik an dem Flugblatt zu den Ausschreitungen in Mannheim sein soll. Vielleicht könnte ich einen Versuch, in einer Situation einzugreifen, der sich im nachhinein als aussichtslos erweist, als hilflos und in der Situation als Legitimation des Geschehens kritisieren.

Wenn ich aber gleichzeitig jeden Versuch, zu analysieren, was tatsächlich passiert ist, als »Verschwörungstheorie« abtue, dann drehe ich mich im Kreis. Was ist denn der Unterschied zwischen einem *riot* und einem Pogrom, die H. blumig als »Angriff auf die Insignien des Staates« bzw. »kumpelhaftes Gespräch« beschreibt, wenn nicht der Unterschied zwischen einem spontanen Aufstand und einer bewußten staatlich und unternehmerisch aktiven Kanalisierung der Wut der Menschen?

Die entscheidende Frage, die H. stellen will, wie es möglich wird, als Klasse die Formen gesellschaftlichen Bewußtseins zu durchbrechen, kann ich leider auch nicht theoretisch beantworten. Aber, um mal ein Marx-Zitat anzubringen:

(»Resultate aus der [im Text bis hierher] entwickelten Geschichtsauffassung:)  
»4. daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer *Revolution* vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die *herrschende* Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.« (Dt. Ideologie, MEW 3, Dietz 1962, S. 70)

Klar ist, daß es eine reine Anklage des falschen Bewußtseins nicht bringen kann. Das führt, daß hat H. ja richtig dargestellt, an die Seite des Staates.

p., HH.

### »Pogrom

[russ., eigtl. >Verwüstung<, >Unwetter<] *der*, auch *das*, -s/-e, Bez. für mit Plünderungen und Gewalttaten verbundene Ausschreitungen gegen Juden, im MA. von Kirche und Staat toleriert oder angestiftet, auch später meist vom Staat gebilligt oder initiiert, so im zarist. Russland seit den 1880er-Jahren (v.a. in der Ukraine) und im natsoz. Deutschland (>Reichspogromnacht<, 9./10.11.1938); i.w.S. (im 20. Jh.) jede Ausschreitung gegen Angehörige nat., religiöser oder rass. Minderheiten«

*Brockhaus 1998*

## Denunziation statt politischer Auseinandersetzung

### »Antisemitismus« und »Relativierung von Auschwitz«

Eine wirkliche Debatte über »Antisemitismus« findet in der linken Öffentlichkeit nicht statt. Der Begriff wird bevorzugt im politischen Meinungsstreit eingesetzt. Er scheint als Schlüssel zu funktionieren, über den man sich die Welt erklärt und Gegner einordnet. Darin hat er andere Begriffe abgelöst, die diese Funktion in den 80er und 90er Jahren hatten: Sexismus, Rassismus oder in den 70er Jahren Imperialismus... Die Begriffe selbst erklären nichts. Sie funktionieren auf einer moralischen Ebene und dienen der eigenen Positionierung, nicht der Untersuchung. Sie werfen keine Fragen auf, sondern täuschen das Wissen um die Antwort vor.

Wenn Moral ins Spiel kommt, wenn sie wirksam werden kann, ist das ein Zeichen dafür, daß es bei einer Frage um etwas Wichtiges geht, um den Grundkonsens der bestehenden Gesellschaft: Antifaschismus und Demokratie. Es geht nicht mehr um eine konstruktive Auseinandersetzung, um Untersuchung, um Kritik, sondern um die Verteidigung des Bestehenden seitens einer Linken, der jede Hoffnung auf revolutionäre Veränderung abhanden gekommen ist.

Was historische Wahrheit ist, wird heute vor Gericht festgestellt. Dagegen haben sich in Frankreich Ende der 70er Jahre einige Linksradikale gewandt, die dem bürgerlichen Staat jegliches Recht dazu absprachen. In der Folge sind sie selbst der Unterstützung des »Negationismus«, d.h. der Leugnung der Massenvernichtung in Auschwitz bezichtigt worden. Dazu beigetragen hat die Tatsache, daß ehemalige Genossen von ihnen heute bei rechtsextremen Positionen gelandet sind und z.T. die Partei Le Pens unterstützen.

Gegen den Vorwurf des »Antisemitismus« oder der »Relativierung von Auschwitz« ist Gegenwehr schwer. Denn die politischen Gegner wollen meist gar nicht inhaltlich darüber reden, der Grund für den Vorwurf ist ein anderer: das Festhalten an einer revolutionären Position, an einer Kritik an Demokratie und Antifaschismus. Der Text »Le Fichisme ne passera pas« ist deshalb keine Verteidigung gegen den Vorwurf des Negationismus, sondern er begründet erneut die Kritik an der Demokratie.

# »Le fichisme ne passera pas« oder »The X-Filers«

Diejenigen, die Akten [frz. *fiche*, engl. *file*] über andere anlegen, werden nicht durchkommen.

*Der folgende Text basiert auf der französischen Version vom Oktober 1999. Wir haben sie mit der englischen Version »THE X-FILERS« vom Januar 2000 verglichen und diese in vielen Punkten übernommen, weil die Argumentation verständlicher ist.*

*Die Originaltexte sowie auch anderes Material in englisch und französisch sind auf <http://www.geocities.com/Paris/chalet/6118/> nachzulesen.*

*Kontakt: AREDHIS, BP 306, F-60203 Compiègne Cedex, Frankreich.*

»(..) Die IS darf nicht nach den vordergründig skandalösen Aspekten bestimmter Formulierungen in ihren Veröffentlichungen beurteilt werden, sondern nur nach ihrer zentralen und ihrem Wesen nach skandalösen Wahrheit.«

*Situationistische Internationale*

»Zu unserem Unglück hatten wir recht.«

*Amadeo Bordiga*

Gegenüber dem Staatsanwalt Pinard berief sich Flaubert auf die grundsätzliche Moral von *Madame Bovary*. In dieser Rolle wären wir wenig glaubhaft.<sup>1</sup>

»Man kann wohl kaum unschuldig und Schriftsteller sein«, sagte schon 1950 die Schriftsteller-Internationale zur Verteidigung eines der ihren, der des Diebstahls angeklagt war. So unerträglich es ist, als Schuldiger behandelt zu werden, so absurd ist es, seine Unschuld zu beschwören, wenn man einen Artikel »Für eine Welt ohne Unschuldige« veröffentlicht hat.

---

<sup>1</sup> Der Leser, der diesen Text mit meinem Beitrag zu dem Sammelband *Libertaires et Ultragauches contre le négationnisme* (Ed. Reflex, 1996) vergleicht, wird feststellen können, daß *Le Fichisme ne passera pas* eine Selbstkritik ist an meiner Verteidigung gegen den Angriff vor drei Jahren. Die passende Antwort auf die Verleumdung wäre gewesen, entweder zu schweigen oder ein Gegenangriff - und nicht eine Rechtfertigung, die die Konfusion noch verstärkte. (Gilles Dauvé)

Armand Robin, der Autor von *La Fausse Parole* [Das falsche Wort], verlangte seine Aufnahme in alle schwarzen Listen.

Leugnen heißt gestehen. Wer sich verteidigt, klagt sich an.

Fast dreißig Jahre waren wir aktiv tätig und haben Ideen entwickelt. Unsere Taten drückten aus, was wir waren.

Plötzlich warf man uns vor, nicht das zu sein, was wir getan hätten. Die uns besser Gesonnenen meinten, wir hätten unklugerweise dem Revisionismus Vorschub geleistet. Andere, ob Phantasten oder Lügner, gingen weiter: für sie sind wir schändliche Negationisten, Leugner des Holocaust, und um es deutlich zu sagen: mehr oder weniger Faschisten. Müssen wir erklären, daß wir **nicht** das sind, was man von uns behauptet? Ein »negativer« Beweis ist ein Un-Sinn.

Wir können nichts tun für die Irregeleiteten, die sich nie für die Tausende von Seiten interessiert haben, die wir geschrieben oder veröffentlicht haben und jetzt ihr Urteil darüber fällen im kümmerlichen Licht von fünfzig Zeilen, die fürsorglich für sie ausgesucht wurden.

Wir haben auch nichts mehr zu diskutieren mit Spürhunden und Gelegenheitsforschern, die an der »Ultra-Linken« nur interessiert, ob sie etwas mit der Ultra-Rechten zu tun hat. Was würde man zu einer Geschichtsschreibung der deutschen kommunistischen Linken sagen, in deren Mittelpunkt jene ihrer Mitglieder gerückt wären – und es waren nicht die schlechtesten –, die zum Nationalbolschewismus übergetreten sind? Ähnlichen Wert haben Arbeiten, die etwa Nerval [frz. Dichter] unter psychiatrischem Blickwinkel beurteilen, Marx über sein Verhältnis mit seinem Hausmädchen neu interpretieren oder den Anarchismus allein von den in die libertären Reihen infiltrierten Provokateuren ausgehend untersuchen.

Was diejenigen anbelangt, die mit unseren Schriften und Aktivitäten vertraut sind, weil sie häufig mit uns verkehrten – manche gewiß zwanzig oder dreißig Jahre lang – und plötzlich außer sich sind über einige herausgesuchte Zitate, so disqualifiziert sie eine derartige Haltung auf allen Ebenen und besonders auf der intellektuellen.

Die Verleumdung war, soweit sie es sein konnte, ein Erfolg: Also in den Medien, als Skandal. Aber genauso schnell, wie der Denunziant freudig begrüßt wird, wechselt das Spektakel das Thema. Eines Tages wird jeder mal eine Viertelstunde berühmt. Vorhang.

Der lächerliche Charakter der Kampagne gegen die Ultra-Linke und ihr magerer Realitätsgehalt zeigt sich darin, wie wir die Rolle des Bösewichts im Krimi zugewiesen bekamen. Aus der Verleumdung wird Fiction – ein Zeichen dafür, daß sie in die Schlußphase eintritt.

Einen Skandal kann man nicht widerlegen. Presse und Verlage machen nicht

die Meinung, sie spiegeln sie wider, sprechen von dem, wozu der Leser schon ein Verhältnis hat, was schon gefiltert ist.

Wenn die Medien ein unbekanntes Thema aufgreifen (im vorliegenden Fall *La Banquise*), mag der Leser davon beeinflusst werden. Wenn es aber keinerlei Bezug zu seinem Leben hat, wie tief geht dann dieser Einfluß? *La Banquise* hat dann dieselbe Bedeutung wie ein Zugangsglück in China: wie hundertfünfzig toten Chinesen räumt man ihr ein paar Spalten ein und für dreißig Sekunden Aufmerksamkeit.

Der französische Leser, der an einem Abend des Jahres 1984 nach dem Mord an G. Lebovici seine Zeitung aufschlägt und überhaupt nichts von der IS weiß, erfährt, daß ein gewisser Guy Debord angeblich Verbindungen zum internationalen Terrorismus habe. Bevor er das in der nächsten Minute wieder vergißt, schließt er daraus das, was er schon vorher dachte: Mit der extremen Linken sollte man so wenig wie möglich zu tun haben.

Eine ganze Seite in *Le Monde*, die auf anständige Weise das kommunistische Denken darstellt, wäre bar jeden Sinnes, sie wäre allenfalls ein Symptom für etwas. Hat also eine Seite, die demselben Denken feindselig gegenübersteht, in derselben Zeitung mehr Bedeutung?

Ein Sympathisant der Kommunistischen Partei, der in den fünfziger Jahren bei Mattick oder »Socialisme ou Barbarie« herumgeblättert hätte, würde indigniert gesagt haben: »Wer sowas schreibt, kann nur von den Amerikanern bezahlt sein!« Und der Käufer des »Parisien Libéré« hätte stirnrunzelnd gesagt: »Ich verstehe zwar nicht viel davon, aber zumindest geht es gegen die Russen!«

Unsere Texte von 1970, 1979 oder 1983 können nur von ihren Lesern verstanden werden und nicht von denjenigen, die sie **heute** durchgehen auf der Suche nach unserem »Revisionismus« – und schon gar nicht von denen, die sich für oder gegen das *Schwarzbuch des Kommunismus* begeistern und für die die Geschichte Kriminologie ist und Politik Denunziation.

Man kann sich nur in den Augen derer in Verruf bringen, für die und mit denen man lebt. Die öffentliche Meinung betrachtet die Individuen oder Gruppen mit radikalen Absichten als Träumer, Verrückte oder Unruhestifter. Für den durchschnittlichen Abonnenten von *Le Monde* oder *Le Figaro* ist es genau so schwierig zu verstehen, daß *La Banquise* nie mit dem Faschismus liebäugelte, wie die historische Vision dieser Zeitschrift zu akzeptieren. Daß es diesen Flirt nicht gab, ergibt sich aus der Gültigkeit der Vision. Einen anderen »Beweis« gibt es nicht.

Weil wir Revolutionäre sind, haben wir mit dem Faschismus so wenig zu schaffen wie mit dem Stalinismus. Das Problem (dessen Lösung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird) besteht darin, daß dieser Satz für diejenigen nahezu sinnlos ist, für die das Wort »Revolution« keinen Inhalt hat. Es wäre sinnlos, von Leuten, die für unsere Gedanken generell nicht zugänglich sind, zu erwarten, daß

sie uns in einem speziellen Fall (wir haben den Gaskammer-Leugner Faurisson nie unterstützt) verständen, besonders wenn die Denunziation gegen uns dabei eine Kritik am Antifaschismus als Beweis für Kumpanei mit dem Faschismus nimmt: Anti-Anti-Faschismus = profaschistisch! Klar wie das Glas von Lenins Mausoleum.

Möglicherweise hätte die in die Augen springende Logik eines so schönen Syllogismus in anderen Bereichen bei den Linken die minimale kritische Reaktion ausgelöst, die sie eigentlich von der Rechten und ihrem extremen Flügel unterscheiden sollte. Aber diesmal war der Angriff gleichbedeutend mit einer demokratischen Widerlegung der revolutionären Theorie und zwar über die Konfrontation Negationismus/Antinegationismus, die der Zeitgeist in Frankreich heute als Jahrhundertkonflikt darstellt.<sup>2</sup>

Wir sind schuldig. Nicht im Sinne der Anklage, aber es gibt Gründe, warum man uns anklagt. Die Ankläger befassen sich mit unserem starken Punkt, nicht mit unseren möglichen Schwächen, Vereinfachungen oder Provokationen. Guter oder schlechter Geschmack stehen hier nicht zur Debatte. »Genau besehen ist das Gespür für Provokationen immer noch der am meisten begrüßenswerte Aspekt des ganzen. Eine Wahrheit wird immer davon profitieren, wenn sie auf verletzende Weise ausgedrückt wird.« (Breton, Konferenz vom 17. November 1922) Die Neigung einer Gesellschaft, von einer einzelnen Handlung oder isolierten Äußerung geschockt zu sein, entspricht ihrer Toleranz gegenüber ihren eigenen Unmenschlichkeit, die sie Jahr für Jahr in rosigen Farben darstellt. »Wenn mein Theater stinkt, dann nur deshalb, weil andere Stücke so gut riechen.« (Genet, *L'Étrange Mot d'*, 1967) Die Gesellschaftskritik hat noch kein Mittel gefunden, sich mit Vorsicht auszudrücken.

Wir sind schuldig, weil wir denken, der Nazismus war ein Konzentrat des Kapitalismus; um ihn zu »vermeiden«, wäre nicht weniger als eine Revolution notwendig gewesen, und die Menschheit wird sich zukünftige blutige Diktaturen nur ersparen, wenn sie die kapitalistische Gesellschaft hinter sich läßt.

Ist es nur eine Frage des Vokabulars? Gewiß nicht. Wenn wir, um den Gebrauch des Wortes **Kapitalismus** zu vermeiden, sagen würden: Die bestehende Gesellschaft, das zwanzigste Jahrhundert, die moderne Welt, ... haben Auschwitz gemacht, würde sich die Inquisition genau so entfesseln. Sie akzeptiert nicht, die

---

<sup>2</sup> Der einzige Revisionismus der Geschichte, bei dem es wirklich um etwas ging und der daher für die Theorie von Interesse ist, war der, der vor hundert Jahren die Zweite Internationale spaltete und seither als Modell des Reformismus und ebenso als Inspiration für eine reaktionäre Politik diente : klassenübergreifendes Bündnis, die Reintegration des Proletariats in die Nation, Tarifgemeinschaft unter der Ägide des Staates, sowie Zustimmung zum Imperialismus. Kurz, die Ehe von Nation und Arbeiterbewegung, etwas später von G. Valois, dem Begründer des Faisceau (faschistische franz. Organisation) zusammengefaßt in der Formel »Nationalismus + Sozialismus = Faschismus«.

Nazi-Schreckensherrschaft auf ihren Ursprung zurückzuführen: eine auf dem Kapitalismus basierende globale Ordnung/Unordnung. Zu viele Leute haben ein starkes Interesse daran, daß sich der Nazismus vor allem durch seinen Haß auf das andere erklärt, durch seinen Antisemitismus, seine Ausgrenzung, kurz, durch die Nazis. Infolgedessen wollen sie heute, in Frankreich, daß Le Pen nicht dadurch bekämpft wird, daß man die Gesellschaftsordnung bekämpft, die ihn hervorbringt, sondern indem man eben diese Gesellschaftsordnung gegen ihn verteidigt, also die Linke unterstützt und sogar die Mitte und gemäßigt rechte Politiker, solange sie gegen die extreme Rechte sind.

Diejenigen, die den Begriff »Kapitalismus« seiner Bedeutung entleeren, sind die Gleichen, die »die Revolution« als einen Slogan behandeln. Uns unterscheidet von den Denunzianten, daß sie die Gesellschaft letztendlich gar nicht so schlecht finden. Sie denken, daß man heute »freier« ist als 1950, die Anti-Terror-Einheiten »trotz allem« besser sind als die Armee und die Jugend auf dem Berufsgymnasium doch besser aufgehoben ist als im Bergwerk oder auf der Straße. Genau da liegt unser Verbrechen: Wir weigern uns, Vergleiche zu ziehen.

»Die Konzentrationslager sind die Hölle einer Welt, deren Paradies der Supermarkt ist.« (*La Banquise*, Nr. 1, 1983) Es ist klar, daß es für uns weder Paradies noch Hölle gibt. Eine schreckliche Wirklichkeit hat ihr infernalisches Abbild geschaffen. Die Schrecken des modernen Konsums erzeugen ihre paradiesischen Bilder. In beiden Fällen behandelte der Satz in *La Banquise* sie als Abbilder, und weder verglich noch negierte er die Realitäten, die ihnen zu Grunde liegen.

»Der Natur nach gibt es keinen Unterschied zwischen dem 'normalen' Regime der Ausbeutung des Menschen und dem der Lager. Das Lager ist einfach das unverstellte Bild der mehr oder weniger verschleierte Hölle, in der noch so viele Menschen weltweit leben.« (Robert Antelme, *Pauvre-Proletaire-Déporté*, 1948) Gewiß, die Endlösung ist in diesem Satz nicht explizit enthalten, denn Antelme spricht von Konzentrations- und nicht von Vernichtungs-Lagern. Aber wer würde Antelme den Prozeß machen wegen der Absicht, die Grauenhaftigkeit der Lager bagatellisieren zu wollen? (Er war kein Ultra-Linker, eher ein radikaler Humanist, der 1946 der KPF beitrug und vier Jahre später ausgeschlossen wurde.) Unser einziger Fehler ist die Überlegung, daß die Vernichtung die Zuspitzung der Konzentration ist.

Die Konzentrationslager sind die Hölle einer Welt, deren Paradies der Supermarkt ist. Warum ist dieser Satz unzulässig? Warum vergißt der Linke alles, was wir gerade gesagt haben, sogar was er vielleicht bei Antelme gelesen haben mag, und liest daraus eine schändliche Gleichsetzung der Gaskammer mit einer Warteschlange im Supermarkt? Weil er, ohne für den Supermarkt zu schwärmen, darin nichts von Grund auf Schreckliches sieht. Ebenso wie er einen demokratischen Staat und keine Niedriglöhne möchte, träumt er von einer großen men-

schengerechten Welt, selbstverwaltet, stadtteilbezogen organisiert und mit dem Fahrrad erreichbar, wo weniger Barbie-Puppen verkauft werden und mehr pädagogisch wertvolle CD-ROMs, wo in recycelter Verpackung Kaffee angeboten wird, für den dem bolivianischen Erzeuger sein »gerechter« Preis gezahlt wird. Für den, der keine Kritik des Supermarktes durchführt als Handelskonzentration und Ort der Beraubung in allen ihren Formen, scheint die Formel aus *La Banquise* bestenfalls ein abgedrehtes Paradoxon zu sein, im schlimmsten Fall eine Infamie.

Für uns wie für unsere Ankläger bestimmt das Verständnis des Supermarktes (und folglich der Gesellschaft) das Verständnis der Lager und nicht umgekehrt. Es wäre also sinnlos zu hoffen, wir könnten die Ankläger entwaffnen, indem wir uns in Bezug auf Auschwitz verteidigen; es geht vielmehr darum, sie in Bezug auf den Supermarkt anzugreifen. Bei dieser Affäre ging es niemals um die Analyse des Nazismus oder des Völkermords, sondern um eine Art, hier und jetzt gegenüber dieser Gesellschaft Stellung zu beziehen. Im Grunde hat sich nichts geändert, seit 1968 ein republikanischer Polizist einem von uns vorwarf: »Mit eurem Quatsch werdet ihr uns den Faschismus bringen!« Dreissig Jahre später, wegen Auschwitz oder nicht, kommt die gleiche Erpressung.

Die Anschuldigungen gegen uns beruhen auf dem Skandal. Aber die Realität erweist sich Tag für Tag als skandalös bis zur Karikatur. Es ist die Wirtschaft, nicht *La Banquise*, die plante, in Oswiecim/Auschwitz einen Supermarkt zu errichten. Skandal ist der plötzliche Schock für eine Welt, die den Anblick ihres eigenen Spiegelbilds nicht erträgt. Die Ware ist das eigentlich Erniedrigende, sagt ein Text, der 1998 sein 150. Jubiläum feierte.

Unsere Zivilisation ist zu reich an Abscheulichkeiten, als daß ihr das intellektuelle oder moralische Recht zugestanden werden könnte, die Hierarchie ihrer eigenen Untaten festzulegen und zu entscheiden, welche Verbrechen das Gesetz autorisiert und welche es ahndet. Diese Welt erklärt sich nicht über ihre Extreme, sondern über das Alltägliche. Der Gulag liefert nicht den theoretischen Schlüssel für die UdSSR und die Vernichtungslager nicht den für den Hitlerismus. Krisen, Kriege und Massaker sind Ausdruck für die Krämpfe, die die Gesellschaft schütteln, erhellen aber nicht die Logik, die zu ihnen führt. Trotzdem wirft die Demokratie dem Nazismus vor allem den **geplanten** Mord vor, und die Revisio-nisten bleiben dabei, das sei nicht geplant gewesen. Was hätten wir in dieser Debatte im Jahr 2000 mehr zu sagen als 1980 oder 1983? Uns empört das tägliche Verbrechen, das diese Gesellschaft darstellt, in der wir leben, und von diesem Verbrechen ausgehend kann man sie begreifen.

In den 70ern ersetzten die »neuen Philosophen« in Frankreich und die Bewunderer Solschenizyns Auschwitz durch den Archipel Gulag. Zwanzig oder dreißig Jahre später ziehen einige Linke einen Minikrieg auf gegen eine revolutionäre Kritik, in der sie die Förderung des Neonazismus erkennen wollen. Der

demokratische Befehl hat sich nicht geändert: Wenn ihr den Totalitarismus nicht als öffentlichen Feind Nr. 1 anerkennt, seid ihr seine Komplizen. Wer darauf besteht, von Kapitalismus zu reden, wenn allgemein dazu aufgefordert wird, den Blick auf die »wahren« Prioritäten zu richten, als da seien Diktatur, Vormachtstellung, Rassismus, Intoleranz – verliert jegliche Anerkennung und wird für die Hetzjagd freigegeben.

Diese kleine Kampagne hatte zumindest den Verdienst, daran zu erinnern, daß nicht alles vereinnahmt werden kann und daß die Gesellschaft des Spektakels Kritik manchmal schlecht verdaut, wenn sie ein bißchen radikaler ist. Gewiß würde sich jedes Individuum oder jede Gruppe mit revolutionären Absichten wünschen, wenn man sie in die Öffentlichkeit zerrt, daß man sich dort wegen dem, was sie ist, mit ihr befaßt. Aber die Betroffenen wissen, daß die Fabrikation von Monstern nicht erst zum Ende des 20. Jahrhunderts erfunden wurde. Thiers massakrierte die Aufständischen von 1871 nicht für ihr demokratisches Kommune-Programm, sondern als Mörder oder Brandstifter. Die III. Republik in Frankreich warf die Anarchisten nicht in ihrer Eigenschaft als Individualisten oder Kollektivistens ins Gefängnis, sondern als Bombenleger. Lange Zeit haben die »anerkannten« Zeitungen Marx als einen Agenten Bismarcks oder Lenin als einen deutschen Spion demaskiert. *La Banquise* versuchte zu erklären, warum es keine Monster gibt. Es wäre lächerlich, wenn wir zu beweisen versuchten, daß wir keine solchen Monster sind, indem wir beweisen, daß wir keine Negationisten sind.

Erst der Stalinismus machte aus der Verleumdung eine Gewohnheit für einige und eine Zwangsvorstellung für viele. Einige Jahrzehnte später können die Wyschinskis aus Aubervillier [Aubervillier: Vorstadt von Paris, traditionell von der KPF regiert; Wyschinskij: Chefankläger bei stalinistischen Säuberungsprozessen in den 30ern] immer noch lästig werden, weil sie gesunden Menschenverstand mit Moral verknüpfen, und sie tun das mit der tugendhaften Selbstgerechtigkeit derer, die stets unter dem Banner des Guten kämpfen. Mit dem populären Umfeld vertraut vergessen sie niemals, sich als Söhne des Volkes oder als Widerstandskämpfer zu geben. Sie haben eine *Familie*, sie *arbeiten* und sie schreiben und das sind gewiß keine pornographischen Romane. Sie haben auch ein Publikum, und Buch um Buch beruhigen sie es. Sie sind Freunde der guten Sache und modern genug, um die altmodische Militanz zu meiden, sie sind nicht sektiererisch, sie frühstücken mit einem Gewerkschaftsführer und lassen ihn dann stehen und marschieren mit den Trotzlisten. Während ihrer gesamten stalinistischen Vergangenheit waren sie Dissidenten und bei Mao äußerst kritische Reisende. Sie verkörpern den rebellischen Geist der 68er, der zum Realismus gefunden und keine Angst hat, einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen: Der Selbstgerechte respektiert, was es zu respektieren gilt. Ihre Bücher sind keine Bücher, sondern gute Taten. Wie sollten sie unrecht haben? Sie haben von

vornherein recht: Was vom Guten angeprangert wird, das kann nur das Böse sein.

Doch nicht jedermann trägt das Zeichen des Guten: Wer die Demokratie kritisiert, verliert die Anerkennung. Wenn es gegen uns geht, reicht es, wenn die Denunzianten ihre Entrüstung äußern. Die Lektüre von *La Banquise* ruft bei unseren Anklägern nicht Meinungsverschiedenheiten hervor, sondern Übelkeit. Gibt es ein besseres Argument als das Leiden? Solch starker Schmerz und Zorn können nicht lügen. Die emotionale Erpressung macht den Gegner zum Monster. Die netten Jungs gegen die Dreckskerle, mehr steckt da nicht dahinter.

Jeder politische Prozeß ist ein Prozeß mit bestimmten Absichten. Aus diesem Grund würde es nichts bringen, die Anklage gegen ihre Urheber umzukehren. Gewiß, die Demokratien ließen den Judenmord geschehen. Natürlich wurden die höheren Ränge des französischen Faschismus nicht mit »Bordigisten« besetzt, sondern eher mit Führern, die aus den ex-sozialistischen und ex-stalinistischen Reihen kamen. Gewiß, diejenigen, die uns als angeblich versteckte Antisemiten angreifen, stützen eine PCF, deren ehemalige und *gegenwärtige* russische Genossen sich fließend einer heftigen antijüdischen Rhetorik bedienen, der gegenüber die Phrasen *Le Pens* noch zurückhaltend erscheinen. Gewiß, die Ex-Gaullisten, die sich auf uns stürzen, priesen dreißig Jahre lang eine Dritte-Welt-Politik, die dem Nationalbolschewismus in nichts nachstand und schüttelten mehr als eine Foltererhand. Gewiß juckt uns der Wunsch, allen diesen Aktivisten, Journalisten und Akademikern, die eine Linke unterstützen, die sich seit mehr als einem Jahrhundert an das Vaterland anschließt, zuzurufen: Der **nationale Sozialismus** ist **eure** Politik. Das alles ist wahr, aber sich **damit** aufzuhalten, würde einmal mehr dem Gegner das Kompliment zurückgeben – »Der Faschist, das seid ihr!« – wo es doch gerade darum geht, mit jeder Stigmatisierung zu brechen. Im Gegensatz zu unseren Feinden haben wir keinen Feind. Wir sind nicht gegen das Lohnverhältnis, weil der Boss ein Nummernkonto in der Schweiz hat. Es bedeutet wenig, ob diejenigen, die uns als Feinde behandeln, schmutzige Hände haben oder solche, die weiß sind wie der Schnee Sibiriens. Lassen wir sie doch ihre Ehrbarkeit steigern, die ihnen Lebensinhalt und Broterwerb ist.

Jede Politik muß nach ihren Methoden beurteilt werden. Während sich die Gesellschaftskritik mit der Lebensweise oder den Institutionen befaßt, tut die Politik der Denunziation das genaue Gegenteil: verbissen führt sie den Kampf gegen Individuen, sanftmütig dagegen ist sie gegenüber gesellschaftlichen Zusammenhängen. Sie ruft zur ethischen Säuberung auf, zur Reinigung, zur Ausrottung aller Bösewichte. Sie liefert selbst Namen und verlangt, daß man ihr welche liefere. Sie geht davon aus, daß die Gesellschaft gut wäre ohne die Profiteure, die den Reichtum für sich beanspruchen, ohne die Nazis, ohne Pädophile und mehr noch ohne die, die sich weigern, das falsche Ziel zu wählen, nämlich uns. An die Stelle einer historischen Sichtweise, wo sich gesellschaftliche Kräfte

gegenüberstehen, tritt eine Gegenüberstellung von herrschender Figur und unterdrückten Personen, von Henkern und Opfern, deren Ursprung man nicht wahrnimmt, außer in der Ideologie, im Haß, im Willen auszuschließen, zu herrschen – ein Wille, der eben so gut den Finanzhai, den Nazi, den Vergewaltiger, den Negationisten und gewiß auch seinen ultralinken Komplizen antreibt. Wichtig ist, sich auf der Seite des Guten zu positionieren und das Volk mit geheimen Insider-Informationen zu füttern.

Revolutionäre haben immer schon versucht zu sagen: So stehen die Dinge, und so könnten sie verändert werden. Die Wahrheit ist niemals ein Geheimnis, es geht darum zu verstehen, nicht zu demaskieren. Sie nimmt dem Experten sein Privileg. Sonst hätten nur die Physiker das Recht, über Atomkraft zu reden oder die Biologen über Gentechnik, und der einfache Mensch wäre auf ewig gezwungen, die Sichtweisen der Spezialisten gegeneinander abzuwägen, die ihm immer um eine Entdeckung voraus sind. **Ein** Kriterium einer revolutionären Kritik ist das Voraussetzen von Gleichheit – nicht weil sie davon ausgeht, daß der erstbeste in der Lage ist, in sechs Monaten genau so viel zu wissen wie ein Nobelpreisträger, sondern weil sie andere Fragen stellt. Die Gesellschaftskritik gründet auf Gegebenheiten, die – ohne evident zu sein – fundamental und für alle begreifbar sind. Das »Geheimnis« besteht darin, daß es kein Geheimnis gibt.

Der schlimmste Experte ist der für das Verdeckte. »Glaubt das Unmögliche!« Die Verschwörungstheorie geht davon aus, daß sich hinter allem, was gesagt wird, das Gegenteil verbirgt. Sie nimmt eine manipulierte Wahrheit an und also Manipulierer. Nicht in der Lage zu verstehen, was die Grundlage unserer Gesellschaft darstellt – arbeiten, kaufen, verkaufen, dorthin gehen, wohin uns der Gesetzesvertreter schickt – gräbt sie das Dokument aus, das die Raffgier des Bosses, die Korruption des Bürgermeisters, den Justizirrtum, die bewegte Vergangenheit des Politikers, das unerhörte Geschlechtsleben des Milliardärs, die Intrigen, die Einflußnahme, die Verflechtung, die schwarze Kasse usw. beweisen soll. Ob sie die »wahren« Herren der Welt aufdeckt oder die Mafia, das Gold Moskaus, die Trilaterale, die Moon-Sekte oder Opus Dei, Big & Small Brothers, Mossadagenten oder Stasi-Maulwürfe – diese Sichtweise bringt zerstreute Fakten miteinander in Zusammenhang. Genau diese armselige Sichtweise ist es, die im jüngsten inquisitorischen Delirium den Gipfel der Karikatur erreichte. Wenn das Hirn an okkulte Mächte glaubt, schließt es sich kurz.

Seit zweihundert Jahren gibt es eine verbreitete reaktionäre Position (u.a. im Faschismus), die Gesellschaft als verfault, doch in ihren Fundamenten gesund zu beschreiben, das gute Korn durch Ausreißen des verdorbenen finden zu wollen und zu diesem Zweck die Einflüsse aufzudecken, die umso unheilvoller sind, je verdeckter sie sind. Die Politik als Denunziation setzt eine aufgeklärte Elite voraus, die fähig ist, dem gewöhnlichen irregeleiteten Sterblichen diejenigen aufzuzeigen, die ihn verderben. Was ist der Unterschied zwischen »Das Parla-

ment in den Händen der Banken«<sup>3</sup> und »Die Ultra-Linke spielt das Spiel des Neonazismus«, außer daß die Informationsinflation heute Henri Coston<sup>4</sup> für das CNRS (Centre national de la recherche scientifique, Nationales Forschungszentrum) arbeiten läßt.

Der Unterschied zwischen uns und denen, die uns anklagen: Wir führen keine Akten über sie.

*Ehemalige Mitglieder von La Banquise: J.-P. C., G. D., J. H., D. M.*

»Das Proletariat fragt nicht, was die Bourgeois bloß *wollen*, sondern was sie *müssen*.«

*(Karl Marx, Deutsche-Brüsseler Zeitung, 12. September 1847, MEW 4, S. 193)*

»Es gibt nichts, das nicht zu verstehen ist.«

*Isidore Ducasse, Poésies, 1870*

»Das sagt das, was es sagt, buchstäblich und in jeder Hinsicht.«

*Rimbaud an seine durch die Lektüre von 'Une saison en Enfer' bestürzte Mutter*

»Ich betrachtete ihn mit gewissem Interesse, denn zum ersten mal hatte ich einen Menschen getroffen, dessen Beruf es war, Lügen zu verbreiten - wenn man von Journalisten absieht.«

*Orwell, Mein Katalonien, 1938*

»Deutschland hat die Krise, die es zur Welt der Konzentrationslager führte, mit der seiner Geschichte eigenen Originalität interpretiert. Aber die Existenz und der Mechanismus dieser Krise sind auf ökonomische und gesellschaftliche Grundlagen des Kapitalismus' und des Imperialismus' zurückzuführen.«

*D. Rousset, L'Univers concentrationnaire, 1946*

---

<sup>3</sup> »Le Parlement aux mains des banques«, erschienen im November 1956 in Contre Courant; der Autor war Paul Rassinier, einer der Gründerväter des Gaskammer-Revisionismus.

<sup>4</sup> In mehr als fünfzig Jahren produzierte H. Coston eine lange Reihe von Büchern, vollgepackt mit detaillierten unwichtigen Daten, die alle zu dem Schluß führen, daß das französische Volk von einer außenstehenden Minderheit beherrscht wird, seien es die Freimaurer, die Protestanten, das internationale Bankenwesen oder, als Krönung, die Juden.

# Zu Kurz gedacht - Krisis zwischen Arbeit und Staat<sup>1</sup>

## Warum setzen wir uns mit Krisis auseinander?

Bei der Auseinandersetzung mit Krisis geht es uns nicht darum, uns in die Debatte um die 'Zukunft der Arbeit', wie sie in den letzten Jahren geführt wird, einzumischen und so in einen (mehr oder weniger) kritischen Dialog mit den Verwaltern der Arbeitsgesellschaft zu treten, wie er derzeit von Figuren wie André Gorz, Ulrich Beck, Antonio Negri, Arranca! oder eben auch Krisis geführt wird.

Die Aufhebung des Bestehenden setzt eine radikale Kritik der Arbeit voraus. Diese Kritik muß wesentlich praktisch sein – Kommunismus gefaßt als die wirkliche Bewegung heraus aus natürlichen und sozialen Zwängen. Sie muß die Arbeit als *Arbeit*, als zwanghafte und unfreie Verausgabung menschlicher Geistesenergie und Körperkraft, kritisieren – samt ihrem bornierten *Inhalt* – und nicht bloß in ihrer *Form* als kapitalistische Lohnarbeit. An der Aufhebung der Arbeit scheiden sich Reformisten von Revolutionären. Wer Arbeit für eine unumstößliche Notwendigkeit menschlicher Existenz hält, bleibt auch in irgendeiner Form am Staat kleben, der die Verteilung der Arbeit organisieren muß. Wenn es um eine wirklich freie Gesellschaft geht, muß die gesellschaftliche Aufhebung der Arbeit auf die Tagesordnung.

Deshalb ist Krisis, die mit dem Anspruch antreten, eine Kritik der Arbeit zu formulieren, für uns interessant gewesen. Und deshalb ist Krisis sicher auch für viele andere interessant gewesen. In der Auseinandersetzung mit dem *Manifest gegen die Arbeit*<sup>2</sup>, war unsere Frage deshalb vor allem die, ob der von Krisis vertretene Ansatz etwas taugt, um eine gesellschaftliche Bewegung zur Aufhebung der Arbeit vorwärtszutreiben. Aber wir mußten feststellen, daß sie eben genau das nicht leisten können, bzw. eine solche Kritik eher verhindern als stärken.

---

<sup>1</sup> Dieser Text basiert auf einem Veranstaltungsreferat, wurde aber für die Veröffentlichung im Zirkular noch einmal überarbeitet.

<sup>2</sup> Kritik am *Manifest gegen die Arbeit*; Wildcat Zirkular 54.

## Abschied vom Klassenkampf - zurück zum Staat

Der Marx'sche Satz *"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen"* ist den allermeisten Linken wohl zumindest bekannt. Allerdings ist es heute absolut nicht üblich, sich auf die dahinter stekende Idee zu beziehen. Im Gegenteil läuft, wer sich heute auf Klassenkämpfe bezieht, Gefahr von der Linken dafür angegriffen zu werden.

Während es früher Rolle der Linken war, den Klassenkampf in gesellschaftlich geordnete Bahnen zu organisieren, als Partei, Gewerkschaft oder Betriebsrat – also immer im Dialog mit dem Staat oder dem Unternehmer, haben sich Leute, die sich heute als Linke verstehen oder verstanden werden, in kritischer Auseinandersetzung mit der 'traditionellen Linken' vom Bezug auf die Klassenkämpfe verabschiedet. Der Bezug auf den Staat ist dabei oftmals übriggeblieben.

Wer die entscheidende Frage, ob eine Selbst-Emanzipation der Menschen von den sie umgebenden Verhältnissen möglich ist, nicht konsequent bejaht (und weder die 'alte' Arbeiterbewegung noch die moderne Linke haben das getan), dem bleiben erstens die Beteiligung am Staat oder parastaatlichen Institutionen, auf daß sich dadurch das Schlimmste verhindern lasse, oder zweitens das Bauen auf eine Elite, die die unbewußten Massen aus der kapitalistischen Hölle führen soll. Die dritte (und nicht selten wahrgenommene) Möglichkeit ist die Flucht in nackten Zynismus. Krisis schaffen es, alle drei Elemente in ihren Schriften zu vereinigen und damit auf dem Markt der Meinungen ein breites Spektrum abzudecken.

Weil für Krisis die gesellschaftliche Realität aus "seelenlosen Zombies der Warenproduktion", aus "feixenden Globalisierungsgewinnlern" und "Humanmüll"<sup>3</sup> besteht, aus Menschen, die in ihrer "kollektiven Verhaltensstörung" allerhöchstens Objekte einer Therapie sein können, nicht aber Subjekte einer Umwälzung, verlegen sie sich darauf, den Therapeuten das Handwerkszeug zu geben, indem sie über Begriffe schwadronieren. Es geht ihnen nicht um die Arbeit, sondern um den 'Arbeits-Begriff', also um das, was sich die Menschen zu ihrer Arbeit denken (sollen). Diese besondere Form elitären Denkens, bei dem die vorantreibende Avantgarde durch den therapierenden Philosophen ersetzt wird, ist die Konsequenz ihrer Wahrnehmung der wirklichen Menschen. Im Gleichklang der zynischen Beschimpfungen des Proletariats, wie sie von vielen Seiten zu vernehmen ist, versuchen Krisis mit der Hoffnung auf eine erfolgreiche Therapie des

---

<sup>3</sup> Krisis treiben in diesem Begriff die von ihnen gesehene gesellschaftliche Funktion der so Bezeichneten auf die Spitze. Es handelt sich also hier nicht, wie eventuell falsch verstanden werden kann, um eine sozialdarwinistische Abqualifizierung. Gleichwohl äußert sich in der Übernahme des Begriffes die Ansicht, die Elendsbevölkerung wäre ohne Funktion für die kapitalistische Verwertung.

'Arbeitswahns' wohl noch so etwas wie einen positiven Akzent zu setzen. Dabei schreiben sie in schlechtester philosophischer Manier gegen die falschen Gedanken an, um die schlechte Wirklichkeit zu verbessern. Ihr Bezug auf die Wirklichkeit geht allerdings durch die Kolumnen der Wirtschaftszeitungen und die Sorgen, die sich bürgerliche Soziologen um die Arbeits-Demokratie machen.<sup>4</sup>

Die Frage, ob sich die Fetischformen der bürgerlichen Gesellschaft durchdringen und als verkehrt erkennen lassen, ist für uns weniger die Frage nach der intellektuellen Leistung kleiner Gruppen als vielmehr die Frage nach historischen Situationen und kollektiven Lernprozessen.

Krisis' Verhältnis zum Staat ist auf den ersten Blick nicht zu verstehen. Verbal wenden sich Krisis gegen den Staat, bezeichnen die Kritik der Arbeit als 'antipolitisch', und meinen damit eine Abkehr von allen Vermittlungsversuchen mit dem Staat. Das wird z.B. auch darin deutlich, daß sie sich ausdrücklich gegen eine reformistische Existenzgeldkampagne wenden. Diese 'Antistaatlichkeit' fällt zunächst angenehm auf, vor allem angesichts der zahlreichen aktuellen Bezüge auf den Staat, sei es in Form von Existenzgeld, Forderungen nach konsequenter Strafverfolgung nationalistischer und faschistischer Gruppen oder der Forderung 'friedensstiftender' Einsätze von UNO-Friedenstruppen.

Wenn man sich allerdings genauer ansieht, was Krisis tut und auf wen sie sich beziehen, wenn sie den Versuch wagen, ihre Überlegungen in die Wirklichkeit zu tragen, kommen die Ungereimtheiten zutage. Etwa wenn Robert Kurz für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich plädiert<sup>5</sup> – wobei es nicht nur darum geht, daß hier direkt der von den Unternehmern gewollten Flexibilisierung das Wort geredet wird, sondern daß hier *überhaupt* Vorschläge zur Regelung

---

<sup>4</sup> Norbert Trenkle offenbarte bei einer Veranstaltung, auf der er sich über die kürzeren Produktionszyklen an den Bändern der japanischen Automobilindustrie äußerte, daß er überhaupt nicht verstanden hatte, daß diese kürzeren Montagezyklen vor allem auf einer geringeren Fertigungstiefe basierten - vielmehr mußte er eingestehen, nicht zu wissen, was mit 'Fertigungstiefe' gemeint sei; aktuell weiß er von der Faszination der Alternativökonomie zu berichten, ohne die negativen Erfahrungen, die diese Projekte vor allem in den 80er Jahren gemacht haben, zu reflektieren; Krisis' Thesen vom Verschwinden der Arbeit sind weit davon entfernt, aktuelle Untersuchungen zum Arbeitsvolumen oder des realen Produktionsprozesses zur Basis zu haben; ihre Betrachtungen zum Arbeitswahn stellen in letzter Instanz nur die links gewendete Wiedergabe des selbstgefälligen Gelabers kapitalistischer 'Human Resource Manager' dar.

<sup>5</sup> " ...Der Kampf um die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich könnte also nur der Einstieg in eine neuartige Systemveränderung sein, die über die Logik von Erwerbsarbeit, Geldverdiensten und fordristischem Konsum hinausführen muß. Ein Ansatz dazu wäre die Besetzung der gewonnenen »disponiblen Zeit« (Marx) nicht mit Freizeitkonsum, sondern mit Elementen von Selbstversorgung und Selbstverwaltung in vieler Hinsicht; also sozusagen die Entkoppelung einiger Lebens- und Reproduktionsbereiche von Ware-Geld-Beziehungen ..."; Robert Kurz, Die vier letzten Tage der Gewerkschaften - Feierabend, Konkret 01/94, S. 24

kapitalistischer Verhältnisse gemacht werden. Die Politikberatung, die Krisis für die deutschen Gewerkschaften leistet, ist alles andere als 'antipolitisch'. Das *Bündnis gegen die Arbeit*, das sich Krisis herbeiwünscht, zeichnet sich hier ganz nebenbei schon als *Bündnis gegen bezahlte Arbeit* ab.

## **'New Work' – in der Umarmung des Staates**

In seiner Propaganda für 'New Work', die sogenannte 'Neue Arbeit' oder den 'dritten Sektor' bringt Robert Kurz dieses Bündnis gegen bezahlte Arbeit auf den Punkt:

*"... Es handelt sich bei diesem dritten Sektor keineswegs nur um graue Theorie. Überall auf der Welt ist in den vergangenen 10 bis 20 Jahren die Bedeutung eines diffusen gesellschaftlichen Raumes zwischen Markt und Staat gewachsen. Dabei handelt es sich nicht in erster Linie um die 'Schattenwirtschaft', die oft nichts anderes als ein illegaler und brutalisierter Markt ist. Im Gegensatz dazu setzt sich der dritte Sektor aus einer Vielzahl von freiwilligen Vereinigungen zusammen, die sich gegen soziale Misere und ökologische Zerstörung organisieren. Die meisten von ihnen legen großen Wert auf Selbstverwaltung. Praktisch stoßen sie in die Räume vor, aus denen sich der Markt mangels Rentabilität und der Staat mangels Finanzierungsfähigkeit zurückgezogen haben. [...]"*

*Aus diesen Gründen ist schon jetzt absehbar, daß der dritte Sektor zu einem großen politischen Faktor aufsteigen wird; vielleicht sollte man besser sagen: zu einem antipolitischen oder postpolitischen Faktor, denn die neuen Initiativen lassen sich nicht mehr in die alten Kategorien der modernen Politik einsortieren. Diese Tendenz ist an der Oberfläche noch wenig sichtbar [...] Das liegt freilich auch daran, daß diese Bewegungen bis jetzt allzu bescheiden, ohne übergreifenden gesellschaftskritischen Anspruch und ohne eigene Theorie sind. Sie haben sich selbst noch nicht als neue historische Kraft erkannt ..."*<sup>6</sup>

Hier offenbart sich Krisis' Vorschlag an ihr Klientel: dritter Sektor, NGO, 'New Work'. Um diesem Sektor zum Durchbruch zu verhelfen, ist man bei Krisis letztlich sogar bereit, *"zumindest auf der kommunalen Ebene ... sogar mit einer antipolitischen Ausrichtung am politischen Geschäft zu partizipieren und parlamentarisch mitzumischen."*<sup>7</sup> Krisis denkt sich offensichtlich in die Rolle, die angeblich fehlende Theorie für den dritten Sektor zu liefern. Was Kurz an den

---

<sup>6</sup> Robert Kurz; *Jenseits von Markt und Staat - Transformation der Ökonomie durch eine neue genossenschaftliche Produktionsweise* (1995)

<sup>7</sup> Ernst Lohoff; *Krise und Befreiung - Befreiung in der Krise*; Krisis Nr.18

vorherigen Theoretikern des dritten Sektors, wie Rifkin und Gorz, zu kritisieren hat, ist, daß diese immer noch meinen, den AktivistInnen des 'Non Profit Sector' stünde zumindest so etwas wie eine Aufwandsentschädigung zu.

Wenn Krisis ihre eigenen Kategorien ernstnahmen, hätten sie feststellen müssen, daß der Rückzug 'des Marktes' und des Staates aus bestimmten Sektoren etwas damit zu tun hat, daß sich in diesen nunmehr von NGOs (Non Government Organisations) oder NPOs (Non Profit Organisations) beackerten Bereichen das Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeit fürs Kapital ungünstig gestaltet, gerade weil hier die Anwendung menschlicher Arbeitskraft keinen Mehrwert schafft. Daß sich das Kapital und der Staat aus der Organisation dieser Art der Arbeit zurückziehen, bedeutet noch nicht, daß wir in denen, die aus katholisch motivierter sozialer Verantwortung oder ökologisch begründeter Weltuntergangsanst aus dieser *Arbeit* machen, nun eine kommunistische Tendenz sehen können. Mit *Abschaffung* der Arbeit hat dieser Sektor, der vor allem aus der *Not* geboren ist, ohnehin wenig gemein. Im Gegenteil werden durch diese NGOs und NPOs Gesellschafts- und Staatskritik zu nützlichem sozialen Kitt für die gewachsenen Spannungen umgedreht. Sie liefern die Vermittlung der Klassegegensätze billiger und können sich mit ihrem zivilgesellschaftlichen Anspruch besser als 'staatsferne' Organisationen legitimieren und so das gesunde Mißtrauen gegenüber dem Staat ausgleichen.<sup>8</sup> Das Schlimme bei Krisis ist, daß sie diese Mystifizierungen nicht zerstören, sondern sie mit ihrer Verklärung noch verstärken.

Wie es die von Krisis umworbenen 'New-Work'-Projekte dann nämlich wirklich mit der Antipolitik halten, zeigt ein offener Brief des Kölner Institutes für Neue Arbeit (INA) an die damals noch junge rot-grüne Bundesregierung.<sup>9</sup> In diesem Brief spricht sich das Institut dafür aus, "*die Sackgasse der tendenziell ausufernden Kosumtivförderung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern allmählich zu verlassen und statt dessen den [...] Pfad einer Investivförderung zu begehen...*". Es soll endlich Schluß sein damit, daß den Arbeitslosen und Sozialhifempfängern weiter Geld gegeben wird, vielmehr solle das Geld in die An-

---

<sup>8</sup> So begründet die Weltbank letztlich ihre Unterstützung für NGOs und mit dieser Begründung werden alternative Projekte in die Kommunalpolitik einbezogen. Als die Kölner Sozialdezernentin Christiansen im Mai 1997 zur Einbeziehung lokaler Vereine und Initiativen in die kommunale Arbeitsvermittlung sagte: "*Wenn auch nur ansatzweise der Eindruck entsteht, sie [die Initiativen - d.A.] würden durch ihre Mitwirkung an dem Programm zu einer Art Sozialpolizei, zum verlängerten Arm einer Kontrollbehörde, dann kommen wir hier nicht weiter.*", machte sie damit nur klar, was diese Einbeziehung *tatsächlich ist* und als was sie auf gar keinen Fall erscheinen darf: die Verschleierung der sozialen Kontrolle.

<sup>9</sup> Offener Brief des INA an die Bundesregierung vom 21.12.1998; unterschrieben ist das Papier von Heinz Weinhausen, dessen Texte sich auch auf den Krisis-Webseiten (<http://www.magnet.at/-krisis>) finden.

wendung dieser brachliegenden Arbeitskraft investiert werden. 'Supply Sided' oder 'angebotsorientiert' nennt die Wirtschaftstheorie diese Politik. Daß das INA die richtige Adresse für solcherart staatliche Investitionen ist, wird in dem Brief ein paar Zeilen weiter unten klargemacht.

Gerade das INA muß bei Krisis als Beispiel für die angeblichen emanzipatorischen Teile der 'New Work'-Bewegung herhalten. Auch im 1999 veröffentlichten Buch *'Feierabend – Elf Attacken gegen die Arbeit'* findet sich kein Millimeter Kritik am INA und ihrem staatsfixierten Versuch, die Neue Arbeit 'jenseits von Markt und Geld' zu organisieren. Im Gegenteil wird dem INA bescheinigt, ein *'marktwirtschaftskritisches'* Projekt zu sein, und damit der positiven, emanzipatorischen Seite der 'New Work'-Bewegung zuzurechnen zu sein.<sup>10</sup> Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Rest der 'Bewegung'. Wenn das Kriterium für ein emanzipatorisches Projekt, die bloße *Absichtserklärung* ist, "*selbstbestimmtes, gemeinwesenorientiertes, umweltverträgliches Wirtschaften und Arbeiten jenseits von marktwirtschaftlichen Zwängen, staatlicher Bevormundung und patriarchaler Arbeitsteilung*" zu fördern, bleibt zu fragen, was denn bitte diese 'Emanzipation' mit der *Befreiung von Arbeit* zu tun haben soll.

Auf EU-Ebene laufen große Untersuchungsprojekte und Programme zur Nutzung des Potentials dieses Sektors. Hier wird in knallharten Kategorien der Verwertung der Arbeitskraft gerechnet: *"Mit Projekten, die gemeinhin den Wohlfahrtsverbänden oder anderen Stellen des dritten Sektors zugeordnet werden, können Unternehmen nicht nur ihr Ansehen erhöhen, sondern in Ballungsräumen, die durch hohe Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen gekennzeichnet sind, zu stabileren Verhältnissen beitragen. [...] Der globale Markt der 'Non-Profit'-Dienste [entspricht] einem Gesamtwert von 1100 Milliarden Dollar. In Europa sind 19 Millionen Menschen in dieser Branche tätig. [...] Rund fünf Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts und vier Prozent aller Stellen entfallen auf den 'dritten Sektor'. Mit zehn Prozent aller in den vergangenen Jahren geschaffenen Arbeitsplätze gilt er als Wachstumsbranche."*<sup>11</sup> Indem sich Krisis in der Debatte um den dritten Sektor verorten, machen sie sich nicht nur für viele interessant, sondern übernehmen mit ihrer speziellen Interpretation der 'Möglichkeiten' dieses Sektors, genau die grenzgängerische Funktion zwischen

---

<sup>10</sup> Es darf an dieser Stelle der Vollständigkeit halber die Debatte, die der offene Brief des INA, innerhalb des Krisis-Umfeldes ausgelöst hat, nicht unerwähnt bleiben. Natürlich ist es auch Krisis unmöglich, über derartige Verletzungen dessen, was sie für 'Antipolitik' halten, einfach hinwegzugehen. Aber daß sich ein im Jahr nach dem Erscheinen des Briefes von eben dieser Debatte nichts in den Krisis-Positionierungen zum INA findet, zeigt zumindest, daß Krisis auch keine besseren Kandidaten für die Umsetzung ihrer 'Kritik der Arbeit' haben als eben jene Alternativprojekte, die letztlich am Tropf der Arbeitsgesellschaft hängen.

<sup>11</sup> Mit sozialen Projekten die Bilanz verbessern; FAZ 20.04.1999

radikaler Gesellschaftskritik und Modernisierung des Bestehenden, die traditionell die Sozialdemokratie innehatte. Während Krisis uns glauben machen will, mit einem Kampf der Ideen sei das Ruder der 'New Work'-Bewegung herumzureißen, rechnen die Kapitalisten schon in Mark und Pfennig, was ihnen die Einbeziehung der Projekte des dritten Sektors – sowohl in die Politik als auch in die Produktion – bringt.

## **Krisis' Arbeitsbegriff und die Schlußfolgerungen**

Das alles ist nicht voraussetzungslos. Der Arbeitsbegriff, den Krisis in ihren Schriften präsentieren, bleibt auf der begrifflichen, abstrakten Ebene. Also passiert auch ihre Kritik der Arbeit vom Kopf her, die Arbeit wird historisch, etymologisch und abstrakt in ihrer wertschaffenden kapitalistischen Form betrachtet. Eine Kritik des konkreten Produktionsprozesses, der Arbeitsrealität und der Inhalte der Arbeit findet sich bei Krisis kaum.

Natürlich geht eine radikale Kritik der Arbeit davon aus, daß nicht jede menschliche Tätigkeit 'Arbeit' ist, daß die Arbeit nur eine historisch spezifische Form produktiver Tätigkeit ist. Das ist um so wichtiger, weil die Arbeit für die Bürgerlichen nicht kritisierbar ist, weil sie einfach jede zielgerichtete menschliche Tätigkeit zur 'Arbeit' erklären. In diesem undifferenzierten Brei menschlicher Tätigkeit, wo sich Klavierspielen mit Wäsche waschen und Fließbandproduktion mit Sex vermischt, ist es freilich schwer, die Arbeit zu kritisieren.<sup>12</sup> Ebenso wichtig ist es, zu verstehen, daß es nicht zu vernachlässigende Unterschiede zwischen verschiedenen Organisationsformen der Arbeit gibt, etwa der unentlohten Hausarbeit in der Familie und der fabrikmäßig organisierten Lohnarbeit. Diese Unterscheidungen sind nicht nur für unsere Überlegungen zur kapitalistischen krisenhaften Entwicklung wichtig, sondern – und vielleicht ist das sogar wichtiger – auch für das Verständnis verschiedener Widerstandsformen.

Krisis allerdings werfen in dieser Debatte einfach alles über Bord, was nicht direkt Wert produziert. Von der Wertkritik her kommend, kritisieren sie auch die Arbeit vom Wert her - sie können überhaupt nur das Abstrakte an der Arbeit erfassen (und tatsächlich noch nicht einmal das):

---

<sup>12</sup> Die Frage, ob dann eine Kritik der Arbeit unmöglich sei, soll hier allerdings dahingestellt bleiben. Doch ist zu bedenken, daß selbst Menschen, die ihren Sonntagnachmittag im Kleingarten als 'Arbeit' bezeichnen, eine recht genaue Vorstellung von dem Unterschied zwischen *dieser* und *jener* 'Arbeit' haben.

*"...Was haben Brötchen backen, Straßen kehren, Gefangene beaufsichtigen, Kranke pflegen, Obst verkaufen, Kühe melken, Artikel schreiben, Geld transportieren und Bomben werfen gemeinsam? Daß sie eben als entlohnte Arbeit anerkannt sind, daß es Geld für sie gibt. Alle können in Euro ausgedrückt werden. Können sie es nicht, dann sind sie trotz aller Mühe und Anstrengung keine Arbeit gewesen, weil sie eben vom Wesen der Verwertung nicht erfaßt worden sind. [...] Gegen den gesunden Menschenverstand gilt es festzuhalten: Arbeit ist auf den Markt bezogene Tätigkeit zum Zwecke der Verwertung. Arbeit muß sich für den Markt qualifizieren und quantifizieren..."<sup>13</sup>*

Bei Krisis erscheint nur jene Tätigkeit als Arbeit, die mit dem Makel behaftet ist, abstrakt gesellschaftliche Arbeit zu sein, oder übersetzt: die für Geld geleistet wird. Dabei geht ihnen völlig abhanden, das Geld aus dem abstrakten gesellschaftlichen Charakter herzuleiten, den die Arbeit im Kapitalismus annimmt. Das Abstrakte an der Arbeit ist ihnen schon, daß sie für Geld geleistet wird. Selbst die abstrakteste, monotonste, und nur gesellschaftlich geleistete Arbeit erscheint für Krisis nicht mehr als Arbeit, wenn es, aus welchen Gründen auch immer, kein Geld dafür gibt. Die einfache Wahrheit, daß all diese Tätigkeiten Verausgabung menschlichen Geistes und Körperkraft sind, und daß diese aus der Notwendigkeit der eigenen Reproduktion heraus getan werden und nicht aus dem freien Bedürfnis, kreativ zu sein oder Spaß zu haben, kann oder will Krisis nicht sehen. Eine solche Sichtweise hätte ihnen wohl gezeigt, daß natürlich Hausarbeit *Arbeit* ist, und deshalb als *Arbeit* zu kritisieren ist - und nicht lediglich als gesellschaftliches Spaltprodukt der Arbeitsgesellschaft.

Krisis liefern das beste Beispiel dafür, wo man landen kann, wenn man die Realität aus den Augen verliert, wenn man die Theorie nicht aus der Erforschung der Wirklichkeit, aus den historischen Erfahrungen konkreter Menschen gewinnt, sondern aus philosophischen Überlegungen über die Revolution der Ideen. Wer aber die Realität nicht zur Grundlage seiner Theorie macht, sieht sich irgendwann gezwungen, die Realität gewaltsam der eigenen Theorie anzupassen. Wenn dann einer durch die zurechtgestutzte Brille die Wirklichkeit nicht mehr erkennen kann, muß der wohl irgendwie 'verhaltensgestört' sein.

---

<sup>13</sup> Franz Schandl; Vom Verwesen der Arbeit; in Feierabend - Elf Attacken gegen die Arbeit; Dieses Zitat steht hier nur beispielhaft für den Arbeitsbegriff in den Veröffentlichungen von Krisis, ähnliche Stellen finden sich z.B. bei Norbert Trenkle und Roswitha Scholz. Wenn es - tief in den Schriften von Krisis verborgen - noch eine andere Benennung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Geld geben sollte, zeigt das nur entweder die Inkonsistenz ihrer Theorie oder die Geringschätzung ihrer Leser, denen die Theorie zusammengefaßt und auf den Kopf gestellt präsentiert wird, weil sie diese anders nicht verstünden. Das letzte paßt allerdings gut zur Auffassung der Krisis-Gruppe über die Menschen und deren Fähigkeit, die sie umgebende und von ihnen produzierte Welt zu erkennen.

Weil Krisis die Arbeit nicht als *Arbeit* sondern als *Lohnarbeit* kritisieren, ist ihre Perspektive nicht die Befreiung aus dem bornierten 'Reich der Notwendigkeit', in dem die Arbeit immer eingeschlossen bleibt. Ihre Perspektive ist die Arbeit ohne Lohn - weil diese dann hoffentlich keinen Wert mehr produziert.

An dieser Stelle wird klar, warum sich so viele bei Krisis wiederfinden können (und wer): hier wird die aus der Not geborene Suppenküche ebenso affirmiert wie NGOs oder Hausbesetzer mit Volkküchenambitionen. Was hier kritisiert wird, ist nicht der zerstörerische Charakter der Tätigkeit, also ihr Inhalt, sondern nur die Form, in der sie geleistet wird: abstrakt, gesellschaftlich, marktbezogen.

Deshalb kann Norbert Trenkle auch öffentlich über die spannende Welt der Alternativökonomie plappern, ganz so, als hätte es die Erfahrungen, die diese Bewegung in den 80er Jahren gemacht hat, nicht gegeben. Weil sich die Philosophen zuerst ihre Kategorien basteln und dann mit diesen auf die Wirklichkeit losgehen, interessieren sie diese Erfahrungen auch nicht wirklich. Deshalb finden sich dann letztlich auch INA und Krisis. Krisis sieht im INA genau die Realisierung eines Projektes jenseits vom Markt, das sie sich fern von der 'New Work'-Realität herbeiphantasieren. Das INA findet in Krisis die affirmative Theoretisierung ihrer Praxis. Krisis präsentieren nicht nur im *Manifest gegen die Arbeit*, sondern vor allem mit ihren weiterführenden Texten die angeblich fehlende Theorie für den dritten Sektor.

Man kann den Arbeitern nicht nur in diesem Lande einiges vorwerfen. Aber angesichts der bitteren Realitäten in dritten Sektor sicher nicht, daß sie sich lieber an der Lohnarbeit festhalten, statt sich auf die 'freie und selbstbewußte' Tätigkeit im Non-Profit-Bereich einzulassen, der am Tropf der Arbeitsgesellschaft hängt. ■

*H./Leipzig*

Unser Schwerpunkt zu Krise und Krisentheorie ist ein Blick in die Werkstatt:

Ein Veranstaltungs-Referat, Materialien (Übersetzung), ein Fremdbeitrag, eine Rezension/Zusammenfassung.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Wir haben nicht deswegen einen Schwerpunkt zu Krise gemacht, weil in den letzten Wochen die Aktienkurse ein bißchen gebröckelt sind. Das muß noch nicht der Zünder für die weltweite Depression sein, das kann auf der Ebene der »gesunden Korrektur« bleiben. »Es war kein Crash; die befürchtete Kettenreaktion ... blieb aus. ... Aber der Volkswirtschaft tut es gut, wenn das Kapital nicht auf jeden prasselt, der die Hand aufhält.« (Die ZEIT vom 19.4.00)

Seit dem letzten Einbruch in der inzwischen 30jährigen Stagnationsphase des Kapitals beschäftigen wir uns mit der Krise. Bereits im ersten Heft des WC-Zirkulars (Februar 1994) waren zwei Beiträge zu Krise und Krisentheorie. Wir wußten von Anfang an, daß das schon insofern ein längerfristiges Unterfangen werden würde, als unsere eigenen theoretischen Grundlagen in diesem schärfsten Kriseneinbruch des Jahrhunderts nicht mehr ausreichten. »Die Arbeiterklasse produziert die Krise« reichte als Erklärung nicht mehr aus in einem Jahrzehnt mit den wenigsten Streiks und der tiefsten Krise des Jahrhunderts. In den sechs Jahren Zirkular hatten wir immer mal wieder einen Beitrag zum Thema drin, so z.B. im letzten Heft einen Artikel von Fred Moseley, der aufgrund der nach wie vor niedrigen Profitrate der US-Wirtschaft eine Depression voraussagt.

Der folgende Artikel ist die überarbeitete Fassung eines **Referats zur Krise**. Er soll nur mal einen roten Faden in die Debatte ziehen. Da für unsere eigene Aufarbeitung die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Klassenkampf und kapitalistischer Krise im Zentrum steht, wird vor allem die Krisenentwicklung verfolgt und auf hingetupfte »Zusammenhänge« zwischen Klassenhandeln und Krise, wie sie v.a. im amerikanischen Operaismus der 70er und 80er Jahre üblich waren, verzichtet. Ausarbeitungen zu Einzelfragen werden folgen.

Im Artikel »**Spekulatives Wachstum**« versucht Paolo Giussani auf unsere Bitte hin, die Entstehung der spekulativen Blase und den Zusammenhang von spekulativem und produktivem Kapital zu erklären. Insbesondere geht er auf den angeblich längsten Boom in der Geschichte der USA ein.

Seit 25 Jahren findet die marxistische Debatte über die Krise des Kapitalismus in Englisch, Italienisch und Französisch, ggf. in Spanisch statt, aber nicht mehr in Deutsch. »**Addressing the World Economy: Two Steps**

**Back**« ist die Zusammenfassung eines Texts von Ben Fine, Costas Lapavistas und Dimitris Milonakis. Es ist eins von sehr vielen Papieren, die zu Robert Brenners "The Economics of Global Turbulence" (*New Left Review* 229) geschrieben worden sind. Fast alle Beiträge waren kritisch bis vernichtend – und unserer Ansicht nach zurecht; aber etwas ganz wesentliches hat Brenner mit seinem Beitrag geleistet: Er hat die Krisen-debatte neu entfacht. Wir haben ihren Artikel so zusammengefaßt, daß ihr nicht Brenners Buch lesen müßt, um die Argumente zu verstehen. Aber schaden kann das sicher nicht: Brenner hat sehr viel empirische Recherche in sein Buch gesteckt.

Wir haben bei der Zusammenfassung die Kapitelaufteilung des Artikels beibehalten, aber besonderes Gewicht auf das siebte Kapitel gelegt, weil sich hier zwei Achsen schneiden: Zum einen unsere eigene Beschäftigung mit der Krisentheorie der Operaisten und allgemein mit Krisentheorien, die in den Kämpfen der ArbeiterInnen die direkte Ursache für kapitalistische Krisen sehen. Zweitens streifen Fine/Lapavistas/Milonakis hier nocheinmal die erste Brennerdebatte, in der Brenner ganz deutlich Stellung bezogen und historisch die Bedeutung der Klassenkämpfe im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus herausgearbeitet hat – eine Debatte, die für die heutige Diskussion um die weltweiten Proletarisierungstendenzen nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist.

»**Ökonomisches Gesetz und Klassenkampf**« wurde 1980 geschrieben und ist auf Englisch und Italienisch erschienen. Ron Rothbart faßt darin die damalige linksradikale Debatte um Krise(ntheorie) von ihren zwei Polen her zusammen: einerseits Paul Mattick, andererseits *Socialisme ou Barbarie* und der amerikanische Operaismus. Er versucht, zwei linksradikale Varianten von Krisentheorien, welche in den Kämpfen der Arbeiterklasse (bzw. in den daraus folgenden höheren Löhnen) die direkte Krisenursache sehen, mit dem Ansatz von Paul Mattick zu vermitteln. Allerdings läßt Rothbart gerade die Strömungen, die uns an *Socialisme ou Barbarie* und dem Operaismus interessieren, völlig außen vor, indem er die Geschichte von SoB nur anhand ihres prominentesten Vertreters Castoriadis (der in den letzten 20 Jahren seines Lebens ein überzeugter Anhänger der parlamentarischen Demokratie wurde) diskutiert und den Operaismus mit der US-amerikanischen Variante des *angenommenen* Klassenstandpunkts »abdeckt«. Aber wichtig ist, daß Rothbart damit beginnt, die Marx'sche Methode auf die »marxistischen« Krisentheorien selbst anzuwenden und bestimmte »Einsichten« des Operaismus mit der Klassengeschichte in Italien in Verbindung bringt.

# Vom schwierigen Versuch, die kapitalistische Krise theoretisch zu bemeistern

## 1) Was bringt uns eine Theorie der Krise?

Es ist erstmal einfacher zu sagen, was uns die Krisentheorie *nicht* bringt: Sie bedeutet nicht, daß wir uns ein Bild malen vom ›kapitalistischen System‹, das an seinen eigenen Widersprüchen zugrundegeht und wir brauchen nur abwarten. Krisentheorie heißt *auch nicht*, daß ›wir Theoretiker‹ genau rausfinden könnten, welchen Stöpsel wir ziehen müssen, damit ›das System‹ zusammenbricht. Mit einer solchen Betrachtungsweise würden wir unsere eigene Rolle gnadenlos überschätzen.

Krisentheorie ist zunächst ganz banal für uns selber als Analyse wichtig: wo stehen wir, wie schätzen wir die Lage ein? Erleben wir gerade den Durchmarsch des Kapitals oder reichen alle ihre Maßnahmen von Umstrukturierung nicht hin, um zugrundeliegende Probleme zu lösen und zu einem »langanhaltenden, selbsttragenden Aufschwung« zu kommen, wie das immer genannt wird? Zweitens ist sie wichtig für die politische Auseinandersetzung und für unsere Argumentation. Wir müssen aufzeigen können, daß der Kapitalismus endlich ist – und wie er es heute ganz konkret ist! Das ist keinesfalls trivial in einer Zeit, in der man den Kapitalismus als ›Ende der Geschichte‹ hinzustellen versucht (hat)! Eine gute Krisentheorie erforscht die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise und ihre erkennbar bevorstehenden Entwicklungstendenzen. Daraus können wir sehr begrenzte, aber für die praktische Aktion ausreichende Zukunftsaussagen machen. Natürlich ist marxistische Krisentheorie zur Zeit eine recht minoritäre Angelegenheit. Es kann aber ganz schnell gehen, daß ›die Leute‹ von uns wissen wollen, was das ist »Krise« und wie wir die Lage sehen (siehe Indonesien!) ...

## 2) Warum sollte man sich Gedanken über die Krise des Kapitals machen?

Für uns Revolutionäre ist es von entscheidender Bedeutung, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht nur ungerecht ist, sondern instabil. Ja, daß sie sogar

instabil sein *muß*! Marx hat gezeigt, wie gerade ihre Antriebskraft zum tendenziellen Fall der Profitrate führt: Indem der lebendigen Arbeit ein immer größeres Quantum an toter Arbeit entgegengestellt wird (Fabriken, Maschinen, Wissenschaft ...), fällt die Profitrate. Ricardo hatte noch versucht, den historisch zu beobachtenden Fall der Profitrate auf äußere Faktoren zurückzuführen, auf die unproduktiver werdende Landarbeit. Demgegenüber hatte Marx gezeigt, daß die Ursache im Kapital selber liegt – und zwar gerade darin, daß die (Industrie-) Arbeit produktiver wird!

Das Gesamtkapital kann diese Schere letztlich immer nur durch periodische Entwicklungssprünge überwinden, in denen sich die massive Entwertung der Arbeitskraft mit einer Steigerung der Gebrauchswertseite verbindet – also kurz gesagt: intensivierete Ausbeutung und besserer Lebensstandard. In der Geschichte des Kapitalismus setzte das immer voraus, daß die Wertmassen entscheidend gesteigert werden konnten und das hieß immer: frisches Fleisch vom Land und aus dem Ausland in die industriell organisierte Produktion reinzuholen.

Seit etwa drei Jahrzehnten ist diese Quelle in Westeuropa, Japan und den USA erschöpft. Leute wie der Historiker Wallerstein gehen davon aus, daß weltweit die Möglichkeit, Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in industrielle Prozesse zu rekrutieren, zwischen 2020 und 2030 erschöpft sein wird. Wir können daraus nicht ableiten, daß der Kapitalismus damit automatisch verschwinden wird – aber man kann sicher sein, daß der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, danach nicht mehr existieren wird. Und daß wir damit gerade in den Jahrzehnten leben, wo das entschieden wird.

### **3) Was ist Krise?**

Krise heißt vom Wortstamm her und in der Medizin ›Wendepunkt im Krankheitsverlauf, an dem sich das Schicksal des Patienten entscheidet‹. Unter Krise stellt man sich Firmenzusammenbrüche, massive Geldentwertung, Panik usw. vor – sie hat also was dramatisches und plötzliches. Zweitens gibt es im Kapitalismus ein konjunkturelles Auf und Ab mit einer Periode von etwa sieben Jahren, das ebenfalls als »Krise« bezeichnet wird. Drittens gibt es im modernen Kapitalismus Stagnationsphasen, die sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken können. Solche Phasen gab es bisher drei, zur Zeit erleben wir die längste seit 200 Jahren.

Die Merkmale der aktuellen Stagnationsphase sind:

- \* die Akkumulationsrate hat sich im Vergleich zur Phase des Nachkriegsbooms halbiert;
- \* die Zusammensetzung der Investitionen war im Nachkriegsboom 2 zu 1 Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen; seit Mitte der 70er ist dieses Verhältnis 1 zu 2;

- \* jeder konjunkturelle Kriseneinbruch war tiefer, die darauf folgende Erholung schwächer als der/die vorhergehende;
- \* es kommt zu einer riesigen Ausweitung des Geldvolumens durch einen letztlich kreditfinanzierten Aktienboom.

## 4) Geschichtlicher Abriss unter dem Gesichtspunkt der Krise

### 4.1 *Goldene Jahre?*

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in den meisten Ländern zu Aufruhr und Streikbewegungen. Soweit diese in den drei Kontinenten stattfanden, wurden sie gnadenlos massakriert, das berüchtigtste Beispiel hierfür ist Algerien im Mai 1945, wo die französische Kolonialmacht einen Aufstand militärisch niederschlug und dabei 40 000 Menschen ermordete. In den USA führten die Streikbewegungen (v.a. der Ford-Streik 1944) zur endgültigen Anerkennung der Gewerkschaften und zur Etablierung eines Sozialstaats mit hohen Arbeiterlöhnen. In Japan und der BRD wurden die Streiks in die Zange zwischen Wirtschaftskrise und politischer Repression genommen. Die Währungsreform führte in der BRD zu einer scharfen Erhöhung der Arbeitslosigkeit und zu Hunger und Elend (Arbeitslosigkeit 1948: 4,5%, 1950 12%). Niederschlagung der Streiks, Schüsse in Demos, KPD-Verbot sind Stichworte für die politische Repression (die Entwicklung in Japan war noch deutlich repressiver, es würde aber in diesem Zusammenhang zu weit führen, darauf einzugehen). Dies machte die Arbeiterklasse, die sich mit zwölf Millionen Flüchtlingen aus den verlorenen Ostgebieten und in den 50er Jahren aus der DDR neu zusammensetzte, gefügig zum deutschen Wirtschaftswunder auf der Basis von Niedriglöhnen; ein Industriearbeiter in der BRD verdiente in den 50er Jahren ein Fünftel seines US-amerikanischen Kollegen. (Bereits Ende der 50er Jahre wurde der Zustrom aus dem Osten durch die Anwerbung von »Gastarbeitern« in Süd-Europa ergänzt und später dann weitgehend ersetzt.)

Das, was die *mainstream* Linke heute als »das goldene Zeitalter des Fordismus« u.ä. hochleben läßt und hypostasiert, dauerte in der BRD nicht mal ganz 15 Jahre: von Anfang der 50er bis Mitte der 60er Jahre. Erste Krisensymptome in den Abschwungphasen 1962/63 und vor allem 1966/67 werden von den Unternehmern benutzt, um die »Störenfriede« aus der Produktion rauszusäubern, wie sich der BDI damals ausdrückte.

### 4.2 *Die erste Abschwungphase*

Die Phase von Mitte der 60er bis Ende der 70er (also weitere 15 Jahre) kann man als Kampf darum sehen, ob die Kapitalisten ihre Krise auf die ArbeiterInnen

abwälzen können – die ArbeiterInnen blieben in diesem Kampf siegreich: die Reallöhne stiegen weiter, und zwar in einer Phase, in der die Arbeitslosigkeit sprunghaft zunahm, viele ArbeiterInnen »entdeckten« die Arbeitslosigkeit. (Der *mainstream*-Linken ist gar nicht bewußt, daß erst jetzt – im Ergebnis der Kämpfe – das Bild der Wohlstands- und Konsumgesellschaft zutrifft! Erst 1969 hatten über 80 Prozent aller Haushalte einen Kühlschrank; bei Waschmaschinen werden die 80 Prozent Mitte der 70er Jahre erreicht; und beim Auto beginnt das »goldene Zeitalter« noch später.)

Es kommt in dieser Phase zu zwei Krisenmaßnahmen, die bis heute fortwirken:

#### 4.2.1. 15.8.1971 Nixon-Schock (Ende von Bretton Woods)

Von heute aus gesehen markiert das den Übergang von der zyklischen Rezession zur historischen Krise: In einem überraschenden Zug löst der damalige US-Präsident Nixon den Dollar von seiner Goldparität, wertet ihn gegen den Yen und die DM ab, erhebt Sonderzölle von 10% auf Importe in die USA *und verhängt einen »Lohn- und Preisstopp«* (5%). Allein von 1969 bis 1971 hatten sich die an den weltweiten Finanzmärkten gehandelten Dollarströme verdoppelt und damit in drei Jahren soviel zugenommen wie in den vorhergehenden Jahrhunderten (allerdings geht es hierbei um Summen, die uns heute lächerlich vorkommen).

Durch die Lösung der Goldbindung und die freigehandelten Währungen müssen international tätige Unternehmen ihre (zukünftigen) Investitionen vor Währungsschwankungen absichern; aus dieser Unsicherheit entsteht der Derivathandel (wodurch die Finanzströme um so stärker anwachsen). Die Abkoppelung des Dollars vom Gold wirft aber auch krisentheoretisch das Problem auf: was ist dann noch das Geld? Vor allem ehemals operaistische Theoretiker wie Negri, Montano, Marazzi und Cleaver, die diesen Schachzug theoretisch mitvollziehen wollten, verloren den Kopf und brabbeln seither was vom Ende des Wertgesetzes, denn offensichtlich sei die Stärke des US-Dollars nur noch auf die Stärke seiner Kampfbomber gegründet. In Wirklichkeit passiert etwas, das in allen kapitalistischen Stagnationsphasen passiert ist: der Kredit ändert seine Form, um den Kriseneinbruch zeitlich dehnen zu können. Dabei wird Geld scheinbar ex nihilo geschaffen.

4.2.2. *Im Herbst '73 nehmen die Ölmultis den Yom-Kippurkrieg und das dadurch ausgelöste Öl-Embargo der OPEC zum Anlaß, die Erdölpreise zu vervierfachen. Diese »Ölkrise« hat vor allem drei Auswirkungen:*

\* unmittelbar auf die Arbeiterklasse

Energiepreis-Erhöhungen schöpfen zwangsweise Kaufkraft der ArbeiterInnen ab: die Preise steigen gerade in den Sektoren massiv, die den Hauptteil des Arbeiterkonsums ausmachen: Heizöl, Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Benzin, Wasch-

mittel, Brot, Medikamente usw. Das heißt, es ist ein Angriff gegen die Arbeiterklasse insgesamt, vor allem aber gegen Arbeitslose, Rentner usw., also speziell gegen die ärmeren Schichten der Arbeiterklasse.

\* Euro-Dollars werden zu Petro-Dollars

Das gegen die Arbeiterklasse durchgesetzte »Zwangssparen« führte zur Anhäufung riesiger Geldsummen in den Erdölstaaten, die diese über die Großbanken wieder in den internationalen Finanzkreislauf einspeisten. Und dort blieben sie weitgehend auch – sie flossen nicht (ausreichend) in produktive Investitionen, um den Verfall der Akkumulationsrate aufzuhalten.

\* Kriege ums Öl

Daß Kriege um die Energieressourcen geführt werden, ist nichts Neues, bereits Stalingrad ging um den Versuch Deutschlands, Zugriff auf die Erdöl-Reserven Bakus zu kriegen. Seit 1973 wurden immer wieder Kriege um das Erdöl und seine Transportwege geführt (Irak, Horn von Afrika, Kosovo, Tschetschenien ...).

#### *4.3 Das weltweite Abbremsen*

Ende der 70er kommt es zur größten, weltweiten Rezession seit 1929. Erst jetzt sprechen auch die bürgerlichen Theoretiker von einer tiefen Krise. In diesen Jahren kommen Reagan und Thatcher an die Macht, die vor allem für eine neue Wirtschaftspolitik (»supply side«, Angebotspolitik) und verschärften Klassenkampf von oben stehen: Reagans erste Amtshandlung bestand darin, daß er streikende Fluglotsen in Handschellen abführen ließ. Die Niederlage der Fiat-Arbeiter 1980, der Stahlarbeiter und 1984 der Bergarbeiter in Großbritannien machten deutlich, daß eine Epoche zuende gegangen war. In der BRD leitete die SPD/FDP-Regierung mit ihrer »Operation '82« einen verschärften Krisenkurs ein, den die Kohlregierung danach nahtlos fortsetzen konnte.

Allerdings geriet »supply side« und verschärfte Krisenpolitik schnell an die Grenzen, da sie nicht selektiv genug wirkte (Schulden-Krise in den drei Kontinenten, in den USA häuften sich die Unternehmenszusammenbrüche), die Arbeitslosigkeit schoß auf Levels wie in den 30ern hoch, die sozialpolitischen Folgen drohten unkontrollierbar zu werden. In einem dramatischen Schwenk senkte die amerikanische Bundesbank die Zinsen, und Reagan wurde zum größten Keynesianer des Jahrhunderts, sein Rüstungskeynesianismus brachte die höchsten Staatsdefizite, die es in der Geschichte bis dahin gegeben hat. Das führte dazu, daß sich alle verschuldeten: sowohl die Unternehmen als auch die Privathaushalte häuften die bis dahin höchsten Schulden auf.

#### *4.4 Die dritte Abschwungphase*

Um den scharfen Kriseneinbruch zu Beginn der 90er Jahre deutlich zu machen und sich ins Gedächtnis zurückzurufen, wie stark seine Auswirkungen auf die Klassensituation waren, muß man sich kurz die Situation in Westeuropa Ende der

80er Jahre vergegenwärtigen. 1988/89 war es ausgehend von Frankreich zu einer europaweiten Krankenschwesternbewegung gekommen. In einer Mischung aus sozialem Protest und Arbeiterkampf hatte sich diese Bewegung überallhin ausgebreitet und sehr schnell Zugeständnisse erkämpft. Ebenfalls in dieser Zeit kam es zu wilden Streiks in der Metallindustrie, darunter zum erstenmal auch in der berühmten Halle 54 bei VW. Im Winter 1989/90 streikten die Kita-ErzieherInnen in Westberlin 10 Wochen lang – es war der längste Streik in der Nachkriegsgeschichte in Berlin und einer der längsten in der BRD – praktisch ohne Ergebnis, denn nun war die Mauer gefallen und andere Themen wurden angesagt. Vom Streik der ErzieherInnen nahm fast niemand Notiz.

#### 4.4.1 *Sonderboom und Sonderkrise: die Situation in der BRD*

1989/1990 beginnt international der nächste Kriseneinbruch, der wiederum tiefer ist als der Einbruch Ende der 70er Jahre. In der BRD kommt es durch die Wiedervereinigung zunächst zu einem Sonderboom (fast 1 Million Menschen werden zusätzlich vom Arbeitsmarkt aufgesogen) bis etwa in den Herbst 1991. Dann wird diese Sonderentwicklung durch eine Zinserhöhung der Bundesbank brüsk abgedreht. Ab Januar '93 fallen sämtliche Wirtschaftsdaten (Produktion, Konsum usw.) rapide nach unten, vor allem aber fällt der Kampfgeist: Es ist atemberaubend, wie widerstandslos diesmal die Unternehmer ihre Krisenprogramme durchziehen können. Es gibt einige Kämpfe, die fallen aber eher durch ihre Nichtradikalität auf, als daß sie der Entwicklung wirksam entgegengetreten würden. Von heute aus gesehen würde ich fast sagen: im Gegenteil! die Welle von defensiven Kämpfen, wo um Arbeitsplätze gebettelt oder sogar für Arbeitsplätze hungergestreikt wurde, hat die Unternehmerdrohung mit dem »Standort Deutschland« sogar noch medienwirksam in Szene gesetzt!

Irgendwie kam alles zusammen: Anfang des Jahres griffen die USA den Irak an und veranstalteten eines der brutalsten Massaker. Im Herbst '91 kam es in Hoyerswerda zum ersten Pogrom gegen ausländische ArbeiterInnen, nachdem diese ausstehende Lohnzahlungen gefordert hatten. Im Jahr darauf kam es in Rostock und vielen anderen Städten zu Angriffen auf eingewanderte Menschen.

Innerhalb von kürzester Zeit war eine neue Situation entstanden, die gerade für jüngere GenossInnen vielleicht das einzige ist, was sie kennen: untertarifliche Bezahlung, Arbeiterkämpfe nur noch in Form von gewerkschaftlich kontrolliertem Betteln um Arbeitsplätze, der Rassismus nimmt in seiner gesellschaftlichen Bedeutung gewaltig zu, die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich erneut auf offiziell mehr als 4 Millionen.

Das muß man im Auge behalten, wenn man die Situation in der BRD einzuschätzen versucht: der scharfe Kriseneinbruch hat in vielen Ländern dazu geführt, daß die Arbeiterkämpfe defensiv(er) wurden (in Italien gingen die Kämpfe fast immer gegen den staatlichen Versuch, die Renten zu kürzen, in Frankreich gegen

Arbeitsplatzabbau usw.), aber in der wiedervereinigten BRD kam dazu, daß die Jugendrevolten, die sich bisher immer links organisiert hatten, ausblieben bzw. vielerorts eine rechte Jugendkultur vorherrschend wurde (in England gab es 1990 den Poll tax riot, in Frankreich im Frühjahr '94 eine breite, militante Jugendbewegung usw.).

Summasummarum waren wir also mit dem tiefsten Kriseneinbruch in diesem Jahrhundert und einer sehr desolaten Situation auf seiten der Klasse konfrontiert.

#### 4.5 *Neuer Einbruch?*

Seit der Asienkrise 1997 und der »Rubelkrise« 1998 entfaltet sich der bisher schärfste Kriseneinbruch in der langen Stagnationsphase. In **Japan** droht die wirtschaftliche Entwicklung von der Rezession in Depression umzukippen. Unter den Herrschenden mehren sich die Stimmen, daß die Situation in **China** sozialpolitisch nicht mehr handlebar ist und das Regime möglicherweise sogar einen Krieg vom Zaun brechen wird, um an der Macht zu bleiben. Der Boom in den **USA** beruht auf einer historisch beispiellosen Kreditausweitung (*pro Kopf!*) sind die Amis im Moment mit 1000\$ verschuldet, mit denen sie Aktien auf Pump gekauft haben!), ein Crash an den Börsen könnte die tiefste Krise des Jahrhunderts auslösen [siehe den nächsten Artikel]. Diese Entwicklung ist entscheidend dafür, ob die Kriseneinbrüche 1997 in Asien und 1998 in Rußland lokal begrenzt bleiben, oder ob es synchron zu einer weltweiten Krise kommt. Der letzte weltweit synchrone Kriseneinbruch war 1973/74. Die Krisen seither waren zwar tiefer, aber sie waren zeitlich verschoben, so daß sich die nationalen Ökonomien jeweils am Schopf des anderen aus dem Sumpf ziehen konnten. Ein gleichzeitiger weltweiter Kriseneinbruch würde eine ganz andere Dramatik entwickeln.

## 5) **Ende eines Gesellschaftssystems – unsere Rolle**

### 5.1 *Unsere Vorstellungen*

Es gibt grundsätzlich zwei Vorstellungen davon, wie wir zu einer Revolution kommen, die mit dem Kapitalismus wirklich Schluß macht: die eine ist voluntaristisch, sagt also in letzter Instanz: es hängt vom Willen der Menschen ab; die andere ist materialistisch, sagt also in letzter Instanz: es hängt von den materiellen Bedingungen ab. Die zweite Vorstellung ist in der deutschen Debatte in den letzten Jahren oft mit dem Label »deterministisch« totgeschlagen worden. Das hängt auch damit zusammen, daß die zwei »materialistischen Schulen« im traditionellen Marxismus stark diskreditiert sind. Die erste Schule bestand in den Versuchen der Zweiten und Dritten Internationalen, aus geschichtsphilosophischen Bemerkungen im Werk von Marx geschichtsdeterministische Vorhersagen

zu machen, eherne Gesetze der Geschichte, wo die Arbeiterklasse unter der Führung der Partei ihre »materialistisch« vorgegebene historische Mission abarbeitet [siehe dazu die sehr gute Kritik von Loren Goldner in der Beilage zu Zirkular 46/47]. Die zweite, wesentlich ernsthaftere Debatte entspann sich um diverse Versuche, die Marx'schen Reproduktionsschemata auf die Wirklichkeit zu beziehen bzw. den tendenziellen Fall der Profitrate auf den realen historischen Verlauf "umzurechnen" (Grossmann) [darauf wird noch einzugehen sein; siehe auch »Ökonomisches Gesetz und Klassenkampf« in diesem Zirkular!].

Im Verlauf dieser Debatten sind zwei Schlagworte gegen den Marxismus eingeführt worden, die nicht widerlegt werden können: Zusammenbruchstheorie und Determinismus. Der Terminus »Zusammenbruchstheorie« wurde zuerst 1887 von einem bürgerlichen Kritiker des Marxismus verwandt. Der Revisionist Bernstein nahm ihn wieder auf, weil es für Reformisten immer sehr wichtig ist, die Stabilität und letztlich die mögliche Ewigkeit des Kapitalismus zu »beweisen« – und sich diesbezüglich gegen den Marxismus abzugrenzen. Natürlich könnte man den Marxismus als Zusammenbruchstheorie bezeichnen, wenn man darunter versteht, daß er die Historizität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Grenzen, innerhalb derer kapitalistische Produktion allein möglich ist, beschreibt. Ganz ähnlich steht es mit dem Determinismus-Vorwurf: Marx ist »deterministisch«, indem er immer wieder beschreibt, wie bestimmte Produktionsweisen und bestimmte Gesellschaftsformen zusammengehören. Er ist *nicht* deterministisch, weil er an keiner Stelle behauptet, der geschichtliche Verlauf sei vorgegeben. In der Regel werden gegen den Determinismusvorwurf seine Briefe an Vera Sassulitsch angeführt, wo er von der Möglichkeit sprach, daß die russische Revolution den Kapitalismus überspringen könne; und gegen den Vorwurf der »Zusammenbruchstheorie« läßt sich anführen, daß das Wort im Werk von Marx an keiner Stelle vorkommt. Wichtiger für unsere Debatte ist aber zu begreifen, daß es manchmal gar keinen Sinn macht, sich gegen die »Vorwürfe« zu wehren – und man sich zuweilen lieber fragen sollte, was denn daran falsch ist, wenn der Marxismus zeigt, daß der Kapitalismus letztenendes zusammenbrechen muß.

Zusammenbruchs- und deterministische Theorien sind aber auf jeden Fall zu kritisieren, wenn sie den Menschen die Möglichkeit absprechen, im historischen Verlauf zu selbstbestimmten Subjekten ihrer eigenen Geschichte werden zu können. Als Passepartout-Vorwurf gegen jede materialistische Analyse schüttet der Determinismusvorwurf das Kind mit dem Badewasser aus und stellt dem unhistorischen, strukturalistischen Determinismus spiegelbildlich einen genauso unhistorischen und philosophischen Begriff der »Freiheit« oder der historischen Beliebigkeit (»Kontingenz«) entgegen.

Das Determiniertsein der Menschen durch strukturelle Gesetzmäßigkeiten ist für Marx eine Kritik an einer »Gesellschaftsformation, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert«.

Ironisch spricht er im Zusammenhang des Kapitalismus von den »Naturgesetzen« der Produktion, was sowohl die strukturalistischen Marxisten wie die Kritiker des Determinismus wörtlich nehmen, ohne die darin enthaltene Kritik zu sehen. So wie Marx es faßt, ist es zugleich eine Kritik des bürgerlichen zeitlosen Freiheitsbegriffs, der auf dem Besitzindividualismus beruht – und den unreflektierten Ausgangspunkt der heute modischen Kritik an »Determinismus« bildet. (zur Kritik am »vor-kantianischen Determinismus« des offiziellen Marxismus siehe auch die Beilage im Wildcat-Zirkular 46/47; dort z.B. S. 29)

## 5.2 *Unsere Chancen*

Materialistisch gesehen gibt es nur dann eine ernsthafte Aussicht auf eine den Kapitalismus radikal umstürzende Revolution, wenn der Kapitalismus an seine Grenzen gekommen ist. Denn der Kapitalismus zeichnet sich gerade dadurch aus, daß er seine Grenzen quantitativ ständig verschieben muß – und daß er sie in der Geschichte auch qualitativ verschieben konnte, wenn sein Ende gekommen zu sein schien. Und er kann die Revolte der Ausgebeuteten zum Motor seiner Entwicklung machen (die Umdrehung, das Kapital sei in der Krise, weil ihm niemand mehr durch Kämpfe Flöhe ins Ohr setzt, gilt *nicht!*). Ob die Menschen sich erheben, hat letztlich was damit zu tun, ob sie das gegebene System für »erträglich« halten im Sinne von »das beste aller denkbaren Systeme«. Natürlich weiß jemand, der morgens um 4 Uhr aufstehen und zur Arbeit gehen muß, daß hier etwas nicht »gerecht« zugeht; solange er aber nicht die Möglichkeit sieht, etwas Besseres zu erkämpfen, bekommt das System, gegen das er *nicht* rebelliert, eine gewisse Legitimation. Solange die ArbeiterInnen daran glauben konnten, daß es zumindest ihren Kindern besser gehen wird, konnten sie der Plackerei ein Quentchen Sinn verleihen. Solange die Menschen nicht kollektiv handeln, müssen sie Vorstellungen entwickeln, warum die Welt so ist, wie sie ist, und warum sie selber sich so verhalten, wie sie sich verhalten. Und diese Mythen und Rationalisierungen sind dann oft das größte Hindernis für gemeinsame Kämpfe.

Auch deshalb sind die Debatten um »Globalisierung«, den angeblichen »Boom in den USA« usw. so stark aufgeladen. Es geht auf der ideologischen Ebene darum, eine inzwischen dreißigjährige weltweite Stagnationsphase des Kapitalismus als Triumphzug (»Globalisierung«) zu verkaufen, oder zumindest die Behauptung aufrechtzuerhalten, man wisse den Ausweg (»wir müssen es nur so wie die USA machen!«).

## 5.3 *Die Vorstellungen der Menschen*

Die weltweiten Aufstände zwischen 1905 und 1917/18 hatten keine klare Vorstellung vom Kommunismus – und wenn, dann waren das Vorstellungen, an denen heute sicherlich nicht mehr anzuknüpfen ist. Die Leute hatten in ihrer Mehr-

heit die Schnauze voll vom Krieg, vom Hunger ... und sie hatten eine Vorstellung davon, daß etwas Besseres möglich sei.

Aber sie haben mit ihren Kämpfen – trotz der Bolschewiki könnte man sagen! – ein weltweites Gesellschaftssystem in die Krise gebracht. Das gleiche gilt für die Kämpfe in den 60er und 70er Jahren. Und wenn heute Millionen von Menschen versuchen hierherzukommen, heißt das ja erstmal, daß sie hier für sich selber relativ die besten Chancen sehen. MigrantInnen wollen »mehr Geld« und ein »besseres Leben« ... auch daran läßt sich nur anknüpfen, wenn man in den dahinter liegenden Bedürfnissen der Menschen die eigentliche Triebkraft der Geschichte sieht, »das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung [führt] zu neuen Bedürfnissen«, wie es Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* ausgedrückt haben.

#### 5.4 Resümee

Im Verlauf der Beschäftigung mit Krisentheorien und historischen Krisenverläufen sind wir immer mehr von unserer ursprünglichen Ansicht abgekommen, hinter der Krise des Kapitals *immer* den offenen Klassenkampf aufzuspüren. Solche Positionen des »immer« sind entweder unhistorisch und unmaterialistisch à la Holloways Anleihe bei Hegel (»reine Unruhe des Lebens«), oder es sind dialektische Spielereien à la Mattick: »Die Bewegungsgesetze des Kapitals sind nach Marx die ökonomisch verkleidete Form der Entwicklung der aktuellen Klassengegensätze innerhalb der warenproduzierenden Gesellschaft, so daß es dasselbe ist, ob man von der proletarischen Revolution oder dem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitals spricht.« (*Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt*; Berlin 1973; Vorwort von Paul Mattick (Dez. 1972); S. 17)

Aber natürlich bleibt es immer der Kern einer marxistischen Krisentheorie, die Krisenentwicklung mit dem Antagonismus zu verbinden, d.h. mit dem schon im Begriff des Kapitals enthaltenen Klassenverhältnis, das sich durch alle Lebensbereiche hindurchzieht und gerade nicht »immer« als offene Revolte erscheint.

In der Krise des entwickelten Kapitalismus schimmert auch immer die Möglichkeit eines besseren Gesellschaftssystems auf: denn Krisen sind nicht mehr wie in den Jahrhunderten zuvor Ausdruck des Mangels, sondern des Überflusses: es gibt zuviel Waren, zuviel Arbeitskräfte, zuviel akkumuliertes Kapital:: Überproduktion, Arbeitslosigkeit, Konkurse ... D.h. in der Krise wird handgreiflich klar, was »das Kapital« eigentlich ist: die Entfremdung der produktiven Möglichkeiten (!) der vergesellschafteten Menschen zu einer ihnen feindlichen, destruktiven und sie beherrschenden Macht... ■

J./Berlin

# Spekulatives Wachstum

von Paolo Giussani, Mailand, April 2000

Die noch immer auf vollen Touren laufende Spekulationswelle übertrifft an Ausdehnung und Dauer alles, was wir aus der jüngeren Geschichte kennen. Es handelt sich auch nicht einfach um eine – wenn auch ungewöhnlich große – »Blase«, sondern um die Veränderung der gesamten Physiologie des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sie ernährt das spekulativ investierte Kapital, das mit dem Kauf und Verkauf von Titeln, hauptsächlich Aktien, die positiven Preisdifferenzen realisiert, die sich kontinuierlich auf dem ganzen Globus zeigen. Heute ist praktisch das ganze existierende Geld auf die eine oder andere Weise mit der Spekulation verbunden; entweder, weil es automatisch in Pensionsfonds oder Investmentfonds gesteckt wird, oder weil es dem *private banking* anvertraut wird, oder weil die größeren Firmen des Produktions- oder Handelssektors ihre flüssigen Mittel ihren eigens gegründeten Finanzunterfirmen überlassen, damit diese es in irgendeiner Form spekulativ anlegen. Bargeld (Cash) scheint verschwunden zu sein und vom schwarzen Loch der Finanz verschluckt: *cash is trash!* ist das hysterische Motto unserer Zeit, und Geld, das nicht immer wieder in Titel verwandelt wird, scheint nicht einmal existieren zu können.

Aber die Geschichte hat nicht gestern begonnen, sondern vor ungefähr 25 Jahren, Mitte der siebziger Jahre, im Bereich der Währungsspekulation, um sich dann Anfang des darauffolgenden Jahrzehnts auf die Börse auszudehnen. Der *Standard & Poor's Composite 500-Index* der Börse von New York, der ca. 85 Prozent des Aktienmarktes enthält, ist von 1980 bis heute inflationsbereinigt auf ungefähr das Zehnfache gewachsen bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von fast 14 Prozent, das in den letzten fünf Jahren auf 25 Prozent gestiegen ist; damit beschämt er sogar die außerordentliche Performance des Spekulationsjahrzehnts *par excellence* in der Geschichte des zeitgenössischen Kapitalismus, die zwanziger Jahre nämlich, in denen die Aktienpreise im Jahresdurchschnitt um etwas mehr als 12 Prozent stiegen – bis zum großen Crash vom Oktober 1929. Gleichzeitig ist der jährliche Umsatz an der Wall Street, also die Summe der jährlichen Aktientransaktionen, im Verhältnis zum amerikanischen Bruttoinlandsprodukt von durchschnittlich 25 Prozent im Zeitraum 1933-1982 in den letzten drei Jahren nacheinander auf Werte von 150, 220 und 330 Prozent gestiegen; das bedeutet, der Jahresumsatz an der Wall Street hat annähernd dreißig Trillionen Dollar erreicht. Ein Teil dieser unglaublichen Größe ist der deutlichen Beschleunigung der Transaktionen geschuldet; aber der weitaus

überwiegende Anteil des Wachstums von 25 auf 330 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in ca. 20 Jahren ist auf die Netto-Immission von Geld in den Markt zurückzuführen: heute ist schätzungsweise das Fünf- bis Sechsfache der Geldmenge im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt angelegt als vor den achtziger Jahren.

Selbstverständlich widerspricht die Anlage von spekulativem Kapital nicht im geringsten dem allgemeinen Prinzip des Kapitals, sich zu erweitern, von dem es vollständig reguliert und beherrscht wird. Im Geldwesen erscheint die Sache nur klarer, da man es mit reinen Zahlen zu tun hat, die beständig wachsen, ohne die lästige Vermittlung irgendeiner Art von Produktion. Gleichwohl muß bedacht werden, daß das Ansteigen der Aktienpreise, die in zusammengefaßten Markt-Indizes ausgedrückt werden, nicht der Realisierung eines Profits für diesen bestimmten Titel gleichkommt, so wie der Verkauf einer Ware zu einem Preis oberhalb ihrer Produktionskosten für den Verkäufer/Produzenten Profit einbringt. Im letzteren Fall werden die Waren im Austausch gegen Geld produziert und verkauft; danach enden sie im produktiven oder unproduktiven Konsum, wo sie ihre materiellen Eigenschaften verlieren, um etwas anderes zu werden. Ihr Preis existiert nicht mehr, er ist als Teil des Preises einer anderen Ware übertragen worden oder ist ganz einfach zerstört worden, während das Geld weiterhin zirkuliert und produzierte Waren ihren Herrn und ihren Ort austauschen läßt. In der Zirkulation des spekulativen Kapitals bewegen sich die Dinge anders. Die Waren selbst, die Aktientitel zum Beispiel, zirkulieren auf Ewigkeit weiter, indem sie um das Geld kreisen, mit dem sie sich tauschen, welches seinerseits genau dasselbe macht. Solange bis zusätzliches Geld in den spekulativen Kreislauf eintritt, steigen die Preise und erzeugen Geldgewinne bei Aktien, die verkauft/gekauft werden, bzw. rein nominelle oder ideelle Gewinne bei Aktien, die im Portfolio bleiben und nicht eingetauscht werden. Wenn all die Aktien, die den nominell bestehenden Kapitalstock bilden, gleichzeitig verkauft würden, würde man bemerken, daß die Gewinne, die man am Vortag auf der Basis der vorangegangenen Preisbewegungen berechnet hatte, rein nominell sind und nicht in Geld realisiert werden können.

Der Grund dafür, daß Geld in spekulative Anlagen fließt, ist darin zu sehen, daß die Titel nicht reproduzierbare Waren sind, die direkt oder indirekt verbunden sind mit Aktivitäten bzw. mit Kapitalen, die Profit produzieren – ein Umstand, der dem investierten Geld eine *doppelte* Funktion zuzuweisen scheint: zusätzlichen Profit zu schaffen, wovon sich ihr Inhaber mittels der Dividende einen Teil aneignet, *und* augenblickliche Profite zu ermöglichen in Form von Preisanstiegen, den sogenannten *capital gains*. Davon leitet sich die Theorie ab, die Aktienpreise würden die zukünftig zu erwartenden Renditen des von ihnen repräsentierten produktiven Kapitals widerspiegeln – eine Theorie, die sich auf eine leere Banalität reduziert in nicht spekulativen Zeiten, wenn neue Aktien vor-

wiegend zur Finanzierung neuer Investitionen d.h. der Akkumulation ausgegeben werden (*Primärmarkt*), und die vollkommen falsch ist, wenn vorwiegend *existierende* Aktien verkauft/gekauft werden (der sogenannte *Sekundärmarkt*), und die Preise im Durchschnitt weit über die Niveaus steigen, die vom Wachstum des fixen Kapitals der an der Börse gehandelten Firmen bestimmt werden.

## Die Ursprünge

Einer der größten frommen Wünsche des durchschnittlichen linken Denkens ist die Vorstellung, es gäbe eine Art Gegensatz zwischen Spekulanten und produktiven Kapitalisten. Für gewöhnlich wird diese Vorstellung noch angeheizt durch die Empörung gegen die Spekulation als unzüchtiger und parasitärer Verirrung. Schon die Vorstellung, es gäbe »Spekulanten«, ist eine der fast unendlichen metropolitanen Legenden, die im Umlauf sind; vielleicht hat sie ein calvinistischer Moralist in Umlauf gesetzt, der harte körperliche Arbeit liebte.

Das Auftauchen des spekulativen Kapitals in unserem Zeitalter hat seinen Ursprung genau im produktiven Sektor, und um noch genauer zu sein: bei den Großunternehmen in Japan, dem weltweit größten Land des Industrialismus. Diese Unternehmen verfügten Mitte der siebziger Jahre über flüssige Überschüsse und begannen mit den Wechselkursen der Devisen zu spekulieren; dabei nutzten sie die wachsende Stärke des Yen im neuen Regime der flexiblen Wechselkurse im Gefolge des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems; außerdem verliehen sie nach allen Seiten Geld, auch ins Ausland. Von hier dehnte sich die Spekulationsbewegung auf die Börse aus, ihr natürliches Zentrum, und auf die Vereinigten Staaten, wo sie allmählich eine historisch beispiellose Ausdehnung und Bedeutung annahm.

Heutzutage sind spekulatives Kapital und produktives Kapital dermaßen miteinander verflochten, daß es unmöglich ist zu sagen, welches real überwiegt. Alle Großunternehmen der Welt spekulieren mit ihren liquiden Mitteln. Häufig kaufen sie damit auf dem Markt ihre eigenen Aktien auf und weisen die Preiserhöhungen des eigenen Aktienpakets als Profit aus (*non operating income*); sie bezahlen ihre Beschäftigten, vor allem die Manager, in wachsendem Maß mit *Optionen* auf die eigenen Aktien; sie ersetzen allmählich die Techniker und Manager traditionellen Typs durch Experten in Finanztechnik; sie ändern die eigene Unternehmensform, indem sie sich in verschiedene Segmente aufspalten, um zu Spekulationszwecken Aktien auszugeben. Die steigenden Aktienkurse machen ein solches Vorgehen gleichzeitig attraktiv und zwingend erforderlich, weil sie nicht nur gigantische Gewinne versprechen, sondern *shareholder* dazu treibt, ihre Aktienpakete aufzulösen, um die *gains* einstecken zu können, was dazu führen kann, daß die kapitalistische Unternehmenseinheit selbst aufgelöst wird.

## Das Geld

Verantwortlich für die große Aufwärtsbewegung des spekulativen Kapitals sind die institutionellen Anleger, Investmentfonds und Pensionsfonds; das erklärt auch die größere Ausdehnung des amerikanischen Aktienmarkts im Vergleich zum europäischen. Im Verhältnis zu diesen immensen Kanälen, die Gelder von vielen zusammenlegten und ein vergesellschaftetes spekulatives Kapital schufen, sind die Privatanleger eine recht kleine Fraktion, die ihrerseits von der Tätigkeit der Banken, d.h. anderen institutionellen Anlegern, beherrscht wird. Das ist aber bei weitem noch nicht alles. Einen beträchtlichen und *beständig* wachsenden Bestandteil des spekulativ investierten Kapitals bildet eigens für diesen Zweck geschaffenes Kreditgeld. Diese Bewegung hat in den letzten Jahren einen wahren Boom durchgemacht: 1985 machte dieses Geld 30 Prozent des gesamten geschaffenen Kredits aus, heute sind es 75 Prozent des neu geschaffenen Kredits. Nicht nur die traditionellen Banken (die Handelsbanken) schaffen diesen Kredit; ihnen hat sich eine Pletora von Institutionen zugesellt – *Money Market Funds*, *Government Sponsored Enterprises*, usw. –, die die Arbeit der Banken schneller und mit weniger liquiden Reserven erledigen können.

Wesentlich zur Ausweitung des Kredits beigetragen hat das unglaubliche Wachstum der *Derivate* in den letzten zehn Jahren, die wirklich große Neuheit beim Siegeszug des spekulativen Kapitals. Sie haben den bestehenden Anlagenwert von ca. 600 Milliarden US-Dollar im Jahre 1986 auf 17 Billionen im Jahr 1999 erhöht, das ist das 28fache. Nasser Saber scheint gute Gründe zu haben, wenn er in seinem äußerst interessanten Buch *Speculative Capital* (Verlag Prentice Hall – Financial Times, London 1999) behauptet, daß die Derivate die funktionale Form des spekulativen Kapitals sind, da sie gestatten, das Geldkapital auf absolut angemessene Weise anzulegen, um von den Preisdifferenzen zu profitieren, die die unaufhörlichen Schwankungen des Weltfinanzmarkts ständig hervorbringen.

Die offizielle Theorie sieht in den Derivaten ein vernünftiges Mittel zur Risikoabsicherung (*risk hedging*), weshalb ihr Wachstum ein Index für ein geringeres allgemeines Risiko sei. Diese Theorie ist natürlich lächerlich, wenn man bedenkt, daß die Derivate zwar eine Absicherung gegen das Risiko sind, aber nur weil sie es auf jemand anderen verlagern, und sicherlich nicht, indem sie es eliminieren. Sie lassen es sogar allgemein stark anwachsen, weil sie eine größere Verschuldung ermöglichen, wie sie der *leverage*-Grad anzeigt, das Verhältnis zwischen Verschuldung und Eigenkapital, das bei den größeren amerikanischen Banken, die im Spekulationsgeschäft mit Derivaten engagiert sind, inzwischen den sciencefictionmäßigen Wert von 100 erreicht hat, während ein Wert oberhalb von 1 in jedweder produktiven Tätigkeit als untragbar angesehen wird.

Wie läuft denn nun aber normalerweise die Spekulation mit Derivaten? Es gibt unzählige Arten von Derivaten, doch grundlegend teilen sie sich in zwei große Kategorien auf: *options* und *forwards*. Die *options* bestehen in dem *Recht*, nicht der *Pflicht*, ein bestimmtes Finanzinstrument zu einem bestimmten Preis an einem vorher festgelegten Datum zu verkaufen (*put option*) oder zu kaufen (*call option*). Die *forwards* hingegen bestehen aus der *Pflicht*, ein bestimmtes Finanzinstrument zu einem bestimmten Preis an einem vorher festgelegten Datum zu kaufen oder zu verkaufen.

Da die Summen, um die es dabei geht, recht klein sind – der Preis des Derivats beträgt ein Bruchteil des Aktienpreises – ist leicht zu sehen, wie einfach es für den Anleger ist, Kredite auf *options* und *forwards* zu erhalten. Diese Summen können jedoch augenblicklich riesengroß werden, wenn der Spieler unvorhergesehenen Richtungsänderungen des Marktes nachkommen muß, die ihn zu Sofortkäufen oder -verkäufen zwingen, wenn er *long* bei Titeln und *short* bei flüssigen Mitteln ist, oder umgekehrt.

Ein typischer spekulativer Gebrauch von *options* ist die bei amerikanischen Firmen immer gebräuchlichere Praxis, den eigenen Angestellten als Gehaltsbestandteil Optionen auf Firmenaktien zu geben. Wenn bis zur Fälligkeit der Option zum Erwerb der Firmenaktien der Preis der Aktien im Vergleich zum in der Option angegebenen Preis angestiegen ist, wird der Angestellte natürlich sein Erwerbsrecht ausüben, um die Titel im selben Augenblick wieder zu verkaufen und somit einen sofortigen Profit ohne Risiko einzustreichen. Das Risiko wird somit auf die Firma selbst übertragen, die gegebenenfalls nicht die liquiden Mittel hat, um die Aktien am Markt zurückzukaufen und sie dem Angestellten unter Preis weiterzuverkaufen, um so ihrer Verpflichtung nachzukommen, die sie mit der Ausgabe der Optionsscheine eingegangen ist. Und wenn sie doch über die liquiden Mittel verfügt, muß sie einen immer größeren Teil davon aufwenden, um sie dem Angestellten zukommen zu lassen. Sollte sich der gegenwärtige Trend fortsetzen, dann müßten die amerikanischen Unternehmen in vier bis fünf Jahren fast 100 Prozent ihres akkumulierbaren Nettoprofits für die *buybacks* ihrer eigenen Aktien aufwenden.

## Die Grundlagen

Da nun aber wohlbekannt ist, daß die Börse Profite von einem Sektor in den anderen und von einem Individuum zum andern übertragen kann, aber natürlich keinen gesellschaftlichen Zusatzprofit schaffen kann, mußte die Finanzexpansion der letzten 20 Jahre auf einem außerordentlichen Wachstum der den Lohnabhängigen abgepreßten Profite basieren – ein Phänomen, das in den Statistiken der nationalen Buchführung ganz klar zum Ausdruck kommt. Im Nationaleinkommen

der Vereinigten Staaten ist das Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen von 1981 bis Ende 1999 von 0,41 auf ca. 0,6 gewachsen. Dieses Wachstum um ca. 50 Prozent macht praktisch den gesamten Fortschritt der Lohnquote gegenüber den Profiten im Lauf der vorangegangenen 30 Jahre – von 0,6 im Jahre 1952 auf 0,41 im Jahre 1981 – zunichte. Eine Verminderung der Lohnquote im National-einkommen in solchen Proportionen, deren Ursache im Sinken der Reallöhne und der unglaublichen Erhöhung der Intensität des Arbeitsprozesses liegt, ist ein in der zeitgenössischen Geschichte weithin unbekanntes Phänomen.

Daraus erklärt sich der größte Teil des außergewöhnlichen Wachstums der allgemeinen Profitrate der amerikanischen Ökonomie in den letzten 20 Jahren. Die Profitrate, die sich bemißt aus dem Verhältnis zwischen dem jährlichen Fluß an Bruttoprofiten und dem Nettostock an fixem Kapital (ohne Grundstücke), das im Privatsektor investiert ist, ist von einem Wert von 0,08 im Jahre 1981 auf 0,15 im Jahre 1999 gewachsen oder um 87,5 Prozent in 18 Jahren, eine Veränderung, die einen Gutteil ihres Falls in der Nachkriegszeit aufholt; sie erklärt sich zu 75 Prozent aus der Verschlechterung der relativen Position der Lohnabhängigen und zu 25 Prozent aus der Intensivierung des Arbeitsprozesses, was die Rationalisierung und höhere physische Ausquetschung der Anlagen, Strukturen und Maschinen erlaubt hat. Parallel zu dieser reinen Umkehrung der Tendenz der Profitrate gab es keinerlei Entsprechung in Form einer Anstiegstendenz der Akkumulationsrate (Rate der Erhöhung des fixen Kapitalstocks), sondern ihr unerbittlicher Fall hat sich fortgesetzt. Dieser Fall hat schon in den siebziger Jahren begonnen, als sich die typische Anstiegstendenz im *golden age* des Kapitals in der Nachkriegszeit umkehrte. Die sinkende Akkumulationsrate markiert die fortschreitende Abnahme der Akkumulation von produktivem Kapital, die durch die Akkumulation von fiktivem Nominalkapital ersetzt wird, dank dessen beständiger Preissteigerung.

Es ist klar, daß es an diesem Punkt keinerlei Entsprechung mehr gibt zwischen dem Geldwert des fixen Kapitals und dem Geldwert der Eigentumstitel auf dieses selbe fixe Kapital – obgleich das Kapital natürlich nicht *zweimal* existieren kann und der Aktienhalter nichts anderes ist als der Inhaber des Anteils an fixem Kapital einer bestimmten Firma, dermaßen, daß wenn es vorkommt, daß der Preis der Aktien einer solchen Firma, die ihr Kapital bilden, verfällt, sie augenblicklich auf Null abstürzt. Einigen Schätzungen zufolge ist der gesamte Stock an nominellem Kapital, das im *Standard & Poor's* Index der New Yorker Börse enthalten ist, ungefähr zweimal so viel wert wie der entsprechende gesamte Stock an fixem Kapital, und der viel kleinere *Dow Jones Industrial Average* (ca. 21 Prozent des Marktes) sogar viermal soviel, ein wahrhaft phantastischer Anstieg von annähernd gleichen Niveaus Mitte der siebziger Jahre. Von einem anderen

Beobachtungspunkt aus stellt sich ein solches Phänomen dar als gigantisches Wachstum des Verhältnisses *Price/Earning (P/E)*, d.h. des Verhältnisses zwischen den Aktienpreisen und den Profiten der Firma, das vom Wert 6,7 im Jahr 1980 auf den Wert 37,2 Anfang diesen Jahres gestiegen ist (S&P-Index) und damit um 2,6 Mal größer ist als der Mittelwert der Nachkriegszeit, der bei etwa 14 lag. Eine Entwertung wäre nötig oder ein *Crash* um ungefähr 45 Prozent des Gesamtwerts der an der Wall Street notierten Aktien, um den P/E auf seinen Durchschnittswert aus fünfzig Jahren zu bringen. Das ist offensichtlich mit dem Verhältnis *Dividend/Price (D/P)*, auch *dividend yield* genannt, bereits geschehen. Es entspricht der Profitrate aus Sicht des Aktionärs, der mit Dividenden einen Anteil am Unternehmensprofit einzustreichen will. Dieses Verhältnis ist auf ein ganz tiefes Niveau gefallen, nämlich von 0,05 im Jahre 1975 auf 0,012 Ende 1999, so daß die Dividenden zu einem praktisch unerheblichen Bestandteil der gesamten Börsengewinne geworden sind (*capital gains* + Dividenden), deren Gesamtrate sich aus der Formel  $(\Delta P + D)/P$  ergibt.

Es ist sehr schwierig, eine vertretbare Schätzung der *effektiven* Finanzprofite der letzten 20 Jahre abzugeben. Die klassischen Ökonomen haben sie mit Bezug auf die Theoretiker des Merkantilismus des 17. Jahrhunderts *profits upon alienation* genannt, um sie von mittels Warenproduktion realisierten Profiten zu unterscheiden. Sie entspringen aus der definitiven Monetarisierung der Zuwächse der Aktienwerte und stellen die Materialisierung des Bluttransfers aus den Arterien der Arbeiter zum spekulativen Nosferatu dar. Solche Gewinne machten einen Teil des (Pseudo-)Booms der amerikanischen Wirtschaft aus.

Ein Teil dieser monetarisierten Profite ist im Finanzsektor selbst reinvestiert worden, um Ausrüstungsgegenstände zu erwerben (Computer und Kommunikationselektronik aller Art), Büros einzurichten, usw..

Ein weiterer Teil ging in höhere Gehälter und verschiedene Prämien an die Manager und Funktionäre des Finanz- und anderer Sektoren – Geld, womit sich dieses dreckige Lumpenpack Luxusgüter und Luxusdienstleistungen gekauft hat.

Einen dritten Teil sackte der Staat in Form von erhöhten Steuereinnahmen ein, womit die Regierung einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Verschuldung abgebaut hat; das sollte dazu dienen, Raum für die private Verschuldung zu schaffen, um die Investitionen in Aktien statt in *Bonds* zu fördern. Der Gebrauch dieser *profits upon alienation* zusammengenommen mit der Wirkung der vulgären Statistiktricks, die von der Clinton-Administration seit 1995 eingeführt wurden, um die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Produktivität (Nettoprodukt pro Arbeitsstunde) künstlich anwachsen zu lassen, macht 100 Prozent des amerikanischen Wachstums der letzten fünf Jahre aus, bei dem alles eine Rolle gespielt hat – nur nicht die Kapitalakkumulation.

## Der Boom in den USA

Die fanatischen Bewunderer von Informatik und Videogames haben nicht völlig unrecht. Die heutige Realität wird tatsächlich immer virtueller. Ein gutes Beispiel dafür ist der zur Zeit angeblich ablaufende Boom der amerikanischen Wirtschaft. Er gab Anlaß zum lächerlichen Etikett *New Economy*, das der pathetische Scharlatan Greenspan erfunden hat, um eine Ökonomie zu beschreiben, die ohne Inflation wachsen kann. Dies sei möglich aufgrund der fantastischen Produktivitätszuwächse durch die *neuen Technologien*. Gleichzeitig mache es das explosive Wachstum der Finanzströme möglich, Manna vom Himmel an all diejenigen zu verteilen, die so mutig sind, ein geringes Risiko einzugehen.

Wenn wir die Daten der amerikanischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt nach Sektoren zerlegen, so gehen mehr als 60 Prozent des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts auf die Computerproduktion zurück, während in dieser Branche gerade mal zwei Prozent der lohnabhängig Beschäftigten der USA arbeiten. Wir haben es offensichtlich mit einem Wunder zu tun, vor dem alle Wunder der Heiligen Schriften verblassen! Aber das Wunder hat nicht in der Wirklichkeit stattgefunden, sondern in ihrem virtuellen Gegenstück, den vom *Bureau of Economics Analysis* ausgearbeiteten Statistiken, dem Büro des Handelsministeriums der US-Regierung. Dieses (bis dahin) unschuldige *BEA* wurde angewiesen, eine neue Methode zur Berechnung der Inflation anzuwenden, um die virtuellen oder propagandistisch erwünschten Ergebnisse zu erhalten. Herauskam die *chained method*, eine Anwendung des *hedonic price index*, der wiederum eine ideologische Konstruktion der neoklassischen Wirtschafts»theorie« ist, die sich bekanntermaßen auf die Berechnung des subjektiven Nutzens der Güter stützt. Im Computersektor berechnete die neue Methode nicht mehr die Menge physischer Produkte pro Arbeitsstunde (1, 2 ... n Computer), sondern von Einheiten an *computing power*, die mit der Einführung neuer Prozessortypen maßlos ansteigt, auch wenn sich in Wirklichkeit wenig oder nichts ändert. Das Ergebnis war, daß im Zeitraum 1995-99 die Hardwarebranche eine durchschnittliche jährliche Produktivitätssteigerung von 42 Prozent auswies, was fast eine Versechsfachung der Produktivität in fünf Jahren bedeutet! Durch diesen Kniff verwandelte sich die Inflation in der Hardwarebranche in ihr genaues Gegenteil, nämlich eine Disinflation (Sinken des Preises im Vergleich zu dem als »real« angenommenen Preis) von 1:14 im Jahr 1999. Um diese Disinflation rauszurechnen – die natürlich die BEA selbst erfunden hatte – multiplizierte man den Gegenwert der Computerproduktion in US-Dollar mit 14. Dadurch sprang nicht nur das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von bescheidenen 1,7 Prozent (was un-

terhalb des gleichzeitigen Wachstums in Deutschland liegt!) auf 4 Prozent (also in Bereiche des Nachkriegsbooms!), sondern der tendenzielle Verfall der Produktivität, der natürlich aus dem chronischen Verfall der Investitionen in fixes Kapital herrührt, kehrte sich plötzlich um: Der Produktivitätszuwachs gewann somit im Zeitraum 1995-99 zirka 85 Prozent von dem zurück, was er von 1970 bis 1995 im Vergleich zum goldenen Zeitalter 1950-72 verloren hatte.

Wenn wir statt der *chained method* die traditionelle *fixed price*-Methode anwenden, um aus dem Geldwert der produzierten Computer und aus dem Gesamtprodukt die Inflation herauszurechnen, hat sich der Fall des Produktivitätszuwachses sogar noch weiter beschleunigt. Natürlich sind die *anderen* Branchen, die keine Computer produzieren, selbst dann (noch) nicht in der Lage, größere Zuwächse in der Produktion oder in der Produktivität auszuweisen, wenn wir auf sie ebenfalls die neue Methode anwenden. Dieser Umstand macht deutlich, daß der Produktivitätszuwachs der Hardwarebranche nicht nur ein lediglich scheinbarer ist, sondern auch ein Phänomen um seiner selbst willen: *außerhalb* der Hardwarebranche gibt es keinerlei größeres Wachstum, auch die verbreitete Anwendung der Computer in der Produktion hat zu keiner Verbesserung der Produktivität in bezug auf den seit fast 25 Jahren rückläufigen Trend geführt. Daß die *chained method* ein Betrug ist, zeigt sich auch daran, daß trotz der Schönrechnerei des *BEA* sowohl der Gesamtproduktion der Hardwarebranche wie ihrer Produktivität, die Profite der Branche und ihrer großen Firmen in den letzten Jahren keineswegs gestiegen sind, wie man aus Branchenberechnungen und aus den Bilanzen von Microsoft, IBM, Intel usw. sehen kann. Natürlich müßten sich deutlich überdurchschnittliche Produktivitätszuwächse direkt auf die Brutto- und die Nettoprofite auswirken – aber diesesmal vollzieht sich das umgekehrte Wunder, und wir finden keine Spur eines solchen Ereignisses. Somit scheint es völlig sinnlos zu sein, solche Produktivitätszuwächse zu erzielen!

Außer der Tatsache, daß er zu einem Gutteil auf virtuellen Berechnungen beruht, läßt sich der Boom der amerikanischen Ökonomie mit folgenden grundlegenden Merkmalen charakterisieren, die alle zu bizarr sind, um Bestandteile einer tatsächlichen ökonomischen Expansion zu sein. Zudem sind sie den Charakteristiken des letzten tatsächlichen Wirtschaftsbooms in der langen Nachkriegsexpansion von 1947 bis 1973, die von den Historikern das *goldene Zeitalter* des modernen Kapitalismus genannt wird, völlig entgegengesetzt:

1. Die Akkumulationsrate stagniert oder geht sogar tendenziell zurück, während der Konsum von hauptsächlich importierten Luxusgütern geradezu explodiert.
2. Die private Sparquote fällt in bezug auf das verfügbare Einkommen steil ab, in den letzten beiden Jahren ist sie sogar *negativ* geworden (-2 Prozent im Jahr 1999).

3. Die Verschuldung wächst im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stark an; allein in den letzten zehn Jahren um 60 Prozent.
4. Die Reallöhne stagnieren – seit Mitte der siebziger Jahre – und die ungleiche Einkommensverteilung in der Gesellschaft hat stark zugenommen.
5. Die USA sind vom weltweit größten Kreditgeber zum weltweit größten Schuldner geworden.
6. Nach einem starken Anwachsen sowohl der Profitrate wie der Profitmasse hat letztere erst stagniert und ist dann in den letzten drei Jahren leicht gefallen – ein Schlag ins Gesicht für die angeblichen außergewöhnlichen Produktivitätszuwächse.
7. Mit Ausnahme der großen Depression in den dreißiger Jahren haben wir es mit einem historischen Rekord an Bankrotten und Firmenzusammenbrüche, sowie an nicht zurückgezahlten Bankkrediten zu tun.

Wenn wir die statistischen Manipulationen korrigieren, haben wir das Gesamtpanorama eines Wirtschaftssystems, das tendenziell in den parasitären Verfall übergeht und wo der Finanzsektor als System der sozialen Ausplünderung funktioniert, das anstößige Luxuskonsumgüter für die *neue Gentry* beschafft. Das Produktionssystem wird einzig und allein dazu ausgebeutet, solche Konsumgüter und die Ausrüstung des Finanzwesens zu produzieren, während alle anderen Sektoren sich mehr oder weniger langsam auflösen.

## Letzte Neuigkeiten

Nach dem Rekordwachstum der Börsenindizes seit 1995 zeichnet sich seit der zweiten Jahreshälfte 1998 eine Veränderung ab. Die breiteren Indizes wie der traditionelle *Standard & Poor's 500* und der *Wilshire 5000* (92 Prozent des Marktes) haben ihr Wachstum deutlich verlangsamt, das gleichzeitig volatil geworden ist. Ein wachsendes Geldvolumen hat sich auf den Nasdaq verlagert. Dieser stellt das spekulativere Segment des Marktes dar, er vereinigt alle Internetfirmen und all jene, die lediglich versprechen, *in Zukunft* irgendetwas technologisch Augenfälliges herzustellen (wie z.B. der gesamte *Biotech*-Bereich). Diese Firmen haben wenig Startkapital und mikroskopisch kleine tatsächliche Einkünfte, was so weit geht, daß das *P/E*-Verhältnis der an der Nasdaq notierten Firmen zu Beginn des Jahres auf den *science fiction*-mäßigen Wert von 115 gestiegen ist (dreimal so hoch wie der selbst schon sehr hohe *P/E*-Wert der *S&P*-Werte). Alle anderen Indikatoren des Wall Street-Markts haben eine negative Wendung genommen: das Verhältnis zwischen der Anzahl der Aktien, die an einem Tag steigen, zu denen, die am selben Tag sinken, ist zurückgegangen; die Anzahl der Aktien, die das durchschnittliche Wachstum der Märkte zu eigenen

Preissteigerungen ausnutzen können, ist gesunken; somit hat sich ebenfalls das Verhältnis zwischen neuen historischen Höchstständen und historischen Tiefständen verschlechtert. Zur selben Zeit bedeutete die Verlagerung von Fonds auf Nasdaq-Titel eine starke Ausweitung der Kreditierung [die Leute verschulden sich, um Aktien zu kaufen; d. Übers.], was zu einem wesentlich höheren, sich progressiv akkumulierenden, allgemeinen Risiko führt. In letzter Zeit hat die spekulative Kreditausweitung selbst begonnen, ihre Form zu ändern, da sie nunmehr gezwungen zu sein scheint, mit kürzeren Rückzahlungsfristen und mit *steigenden* Zinssätzen zu arbeiten, da nunmehr die lange Zeit gegebene Möglichkeit erschöpft zu sein scheint, sinkende Zinssätze auszunutzen.

Theoretisch können wir die Möglichkeit, daß es demnächst zu einem Crash kommt, daran erkennen, daß sich eine Differenz zwischen dem Wachstum des spekulativen Kredits und den Gewinnen an der Börse entwickelt. Denn diese Differenz zeigt an, daß zukünftig die Einkommen aus dem Verkauf der Titel nicht ausreichen werden, um die aufgenommenen Kredite zu begleichen. Da sie aber eine Funktion des neu auf den Markt kommenden Nettogeldvolumens sind, hängen die Gewinne an der Börse ihrerseits von der Ausweitung des Kredits ab. Somit kommen wir zur offenkundigen Schlußfolgerung, daß die Ausweitung des Kredits im Moment  $t$  von der Ausweitung des Kredits im Moment  $t-1$  abhängt. Aber die Ausweitung des Kredits selbst hängt davon ab, wieviel Nichtkredit-Geld ins Banksystem kommt, und das ist weitgehend ein Ergebnis nicht des Finanz-, sondern des Produktionssektors. Die allgemeine theoretische Schlußfolgerung, die wir auf die gegenwärtige Dynamik anwenden können, ist, daß das ungestörte Wachstum des *Börsenumsatzes* in letzter Instanz von der Masse der tatsächlichen Profite abhängt, die im Nicht-Finanzsektor realisiert werden, und die natürlich nicht exponentiell wachsen können, so wie es die gegenwärtige Dynamik an den Finanzmärkten erforderlich machen würde – in Wirklichkeit fallen sie in den USA zur Zeit sogar leicht. Wirklich zum Lachen sind die Besserwisser, die das immense aufgehäufte Risiko, das einer Wasserstoffbombe mit Zeitzünder gleicht, kleinreden wollen und emsig erklären, daß der Umfang der Verschuldung irrelevant sei, weil er vom Nominalwert der Aktien im Besitz der Schuldner gedeckt sei. Sobald die institutionellen oder die privaten Spekulanten vor der Notwendigkeit stehen, den Wert ihrer Aktien in klingende Münze zu verwandeln, weil sie ihre Kredite zurückzahlen müssen, würden die Abflußkanäle von der Börse verstopfen. Dies würde zu einer plötzlichen und heftigen Verringerung des Nominalwerts der Aktien führen, *während das Volumen der zurückzahlenden Kredite natürlich unverändert bleibt*, eine tödliche Differenz, die einen beträchtlichen Teil des intern bei den Banken angehäuften Kreditgeldes verschlucken würde, genauso wie es 1930 nach dem Crash im Jahr zuvor geschah. ■

# **Addressing the World Economy: Two Steps Back**

**(Zur Debatte der Weltwirtschaft: Zwei Schritte zurück)**

*aus: Capital & Class Nr. 67, Frühling 1999 S. 47-90*

Im folgenden wird Brenner hauptsächlich an vier Punkten kritisiert:

- 1) sein Konzept der innerkapitalistischen Konkurrenz steht eher in der Tradition von Smith als der von Marx;
- 2) er übersieht die Bedeutung des Kredits;
- 3) er berücksichtigt die Internationalisierung von Produktion und Finanzströmen nicht;
- 4) er ist nicht werttheoretisch fundiert.

## **1. Einführung**

Als bekannt wurde, daß *New Left Review* ein Sonderheft rausbringen würde, in dem Robert Brenner zur aktuellen globalen Ökonomie schreibt, waren die Erwartungen groß. Nach seinem wichtigen Beitrag zur Debatte über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus erwarteten viele, daß er ein analytisches Vakuum füllen könne, das in der politischen Ökonomie seit über 20 Jahren herrscht und das weder von den Regulationisten noch von den Post-Fordisten hatte gefüllt werden können.

Zusammengefaßt argumentiert Brenner folgendermaßen: Überkapazitäten und Überproduktion haben zu einem Rückgang der Profitraten geführt. Die zurückgehende Profitabilität resultierte in einem reduzierten Investitionswachstum in Produktionsanlagen. Als Folge daraus sind seit den 70er Jahren Produktivitätswachstum und Lohnsteigerungen zurückgegangen. Damit diese Argumentation überhaupt trägt, muß Brenner eine Erklärung dafür finden, warum die kapitalistische Umstrukturierung in einer so langen Periode die Überkapazitäten nicht beseitigen konnte. Er füllt diese Lücke im wesentlichen mit dem Argument des »sunk capital«: Unternehmer, die hohe Investitionen in fixes Kapital getätigt ha-

ben, können potentielle Konkurrenten dadurch abblocken, daß sie sich mit einer geringeren Profitrate zufrieden geben – damit bleiben sie im Geschäft und die Umstrukturierung wird verhindert.

Alles in allem ist Brenners Beitrag sehr informativ, aber theoretisch sehr enttäuschend. Er nimmt die Debatte in Britannien Anfang der 70er Jahre zum Ausgangspunkt und er hat sehr viel mit dem 'Profit Squeeze'-Ansatz gemein, obwohl er sich explizit von dessen zentraler Aussage distanziert, die Ursache der Krise seien die zu hohen Löhne.

## **2. Affinitäten zu den britischen Debatten in den 70ern über Profitabilität und Krise**

Brenner geht nicht über die stagnierende Debatte hinaus, im Gegenteil: er führt uns in die frühen 70er Jahre zurück, als die Linke das Ende des Nachkriegsbooms zu verstehen versuchte. Damals herrschte der *profit squeeze*-Ansatz von Glyn und seinen Mitstreitern vor: Lohndruck durch die Arbeiter in Verbindung mit der internationalen Konkurrenz auf Warenmärkten führten zu einer fallenden Profitabilität. Dies wurde durch eine Keynesianische Nachfragetheorie vervollständigt, wonach das Nationaleinkommen sich in Profite und Löhne aufteilt (und Regierungseinnahmen und wie sie ausgegeben werden), und nach der zu niedrige Löhne zu einer Realisierungskrise führen. Tatsächlich hat man es hier mit einem linken Keynesianismus zu tun.

Genauso wie die 'Profit Squeeze'-Theoretiker geht Brenner in seinem neuen Buch von Spekulationen darüber aus, was hinter der fallenden Profitrate steckt. Von da aus kommt er zur Frage, warum die Produktivität nicht schnell genug steigt. Der 'Profit Squeeze'-Ansatz ging strukturell genau so heran, er gab lediglich andere Antworten.

Für beide Ansätze gibt es keine Vermittlung zwischen dem Produktionssystem und dem Marktsystem, oder wie Marx es ausdrückte, zwischen dem produktiven und dem Warenkapital. Und wie der 'Profit Squeeze'-Ansatz so ist auch Brenner Keynesianer, insofern er die ökonomischen Aktivitäten durch Regierungspolitik vorgegeben sieht, und überhaupt den Nationalstaat als Hauptbezugspunkt hat.

## **3. Horizontale Erklärung der zurückgehenden Profitabilität: Der Geist von Adam Smith**

Bei genauerem Hinsehen erkennt man, daß Brenners Theorie der sinkenden Profitabilität eine besondere Art Unterkonsumtionstheorie ist, unterfüttert durch

eine spezielle Erklärung der unzureichenden Investitionen. Im wesentlichen erklärt Brenner die Krise damit, daß einzelne Unternehmer vor Investitionen zurückschrecken, weil sie fürchten, keine Absatzmärkte zu finden. Dieses Verhalten ist selbstverstärkend, weil es die potentiellen Märkte für Investitionsgüter weiter verengt.

Brenners Anlehnung an die Smith'sche Theorie der sinkenden Profitabilität ist bemerkenswert. Nach Smith hängt die Entwicklung des Kapitalismus von der Kombination aus Markterweiterung und in der zunehmenden Arbeitsteilung liegenden Produktivitätssteigerung ab. Brenner adaptiert (und verschlechtert) diese Theorie, indem er sie ausschließlich auf die zunehmende Arbeitsteilung bei neuem fixen Kapital anwendet. Zusammengefaßt vertritt Brenner eine Theorie des stagnierenden Monopolkapitalismus mit starken Smith'schen Beimischungen. Dabei ist wohl bekannt, daß Smiths Theorie den großen Fehler hat, daß er die Wahrheit eines Einzelunternehmers mit der Gesamtökonomie gleichsetzt. Die Theorie der stagnierenden Märkte stimmt immer nur für einen Unternehmer oder eine Branche, aber nie für die Gesamtökonomie; deshalb kann Brenners Theorie nichts erklären, sondern nur beschreiben, wie es gekommen ist.

Brenner macht viel Aufhebens um fallende Profitraten, erklärt aber nicht, worin deren Bedeutung liegen soll. Niedrige Profite sind immer noch besser als gar keine, also warum sollten die Kapitalisten nicht investieren? Die Beziehung zwischen Profitabilität, produktiven Investitionen und Marktzugang ist komplexer, als Brenner das darstellt. Überproduktion ist nicht viel mehr als eine Tautologie, wenn sie langsames Wachstum mit dem Zugang zu nicht ausreichenden Märkten erklären soll. Andererseits kann eine intensivierete Konkurrenz in der Gesamtökonomie lediglich ein Mechanismus zur tendenziellen Ausgleichung der Profitrate sein – etwas was für Ricardo und Marx im Gegensatz zu Smith klar war. Konkurrenz kann die Profitrate nicht senken – was die einen Kapitalisten über niedrigere Marktpreise verlieren, gewinnen die anderen.

#### **4. Individualismus und Erklärungen der kapitalistischen Krise**

Es ist also klar geworden, daß sich Brenners Theorie auf das Verhalten individueller Kapitalisten stützt: investieren sie angesichts drohender Konkurrenz oder nicht? Der ökonomische Niedergang der letzten 25 Jahre wird somit zum Ergebnis des ungeplanten und unkoordinierten Verhaltens individueller Unternehmer. Brenner hat sich selbst in die Zwickmühle manövriert: Wenn man die Frage so stellt wie er, nämlich: Wie kann die Profitabilität bei steigender Produktivität fallen, obwohl die Löhne mit dem Produktivitätszuwachs nicht Schritt halten?, dann liegt die Antwort darin, daß das eine Konsequenz von individuellen Entscheidungen der Kapitalisten für niedrigere Profitraten ist. Brenners Theorie bringt keine

weitere Erkenntnis über die Welt, als sie ein individueller Kapitalist hat. Ohne jeden werttheoretischen Bezug wird die Krise als Ausdruck davon gesehen, daß die Investitionen der Einzelkapitalisten nicht über die Märkte koordiniert werden – wobei er den Markt als reinen Nachfragemechanismus sieht, ohne die marktähnlichen und nicht-marktähnlichen Institutionen zu berücksichtigen, über die die Ökonomie in der Praxis funktioniert.

Die Begriffe, in denen Brenner seine Theorie faßt, zeigen seine Nähe zu den neuen endogenen Wachstumstheorien der *mainstream*-Ökonomen. Aber er verpaßt den einzigen Punkt, an dem diese etwas erfaßt haben: sie unterscheiden nicht mehr so einfältig zwischen Aufschwung und Abschwung, wie er es tut.

## 5. Zurückgehende Profitabilität, 'Krise' und die Rolle des Kredits

Die Autoren gehen davon aus, daß es den direkten Zusammenhang zwischen abstrakter Theorie (fallende Profitrate) und empirischen Ergebnissen, so wie Brenner ihn präsentiert, nicht gibt. Sie meinen damit hauptsächlich die Vermittlung über den Kredit. Es sei einleuchtend, daß jede Krisentheorie die historische Besonderheit der kapitalistischen Krisen und der Akkumulationsschwierigkeiten erfassen muß. Denn Krisen sind ein konkreter Ausdruck des tieferen, abstrakteren und widersprüchlichen Charakters der kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse: Beschaffenheit der Schlüsselindustrien (Baumwollgüter, Stahl, Auto, Erdöl usw.), die Kreditketten zwischen den Industrien, die institutionelle Struktur des Kreditsystems, die Struktur des internationalen Handels, die internationalen Zahlungsmittel usw. Gerade durch die gegenseitige Durchdringung dieser ökonomischen Prozesse, werden vertragliche, gewohnheitsmäßige und historische Verbindungen und Verpflichtungen geschaffen, was der Krise ihren scharfen und mächtigen Charakter verleiht. Aus demselben Grund ist auch klar, daß sich die Krisen im Lauf der kapitalistischen Entwicklung verändern.

So gesehen ist Brenners theoretisches Modell zu abstrakt und nicht abstrakt genug. Zu abstrakt, weil Brenner nur einen Idealtypus der kapitalistischen Krise behandelt. Nicht abstrakt genug, weil er die scharfen Umschwünge in der Konjunktur nicht erfaßt, die allen kapitalistischen Krisen gemeinsam sind. Fallende Profitraten können allein keine kapitalistische Krise auslösen, es sei denn, die Rate fiele auf Null. Brenner übersieht die Rolle des Kredits bei der Umstrukturierung des fixen Kapitals und als Stütze der kapitalistischen Akkumulation im allgemeinen, diese ist aber für das Verständnis der Krise zentral. Eine Krise tritt erst dann ein, wenn sich die Zinssätze und die Profitrate in entgegengesetzter Richtung bewegen, »weil dadurch potentielle Profite nicht mehr so leicht als spekulatives Kapital funktionieren können und es Kapitalisten schwerer wird, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen.«

»Der deutlichste Ausdruck der Schärfe einer Krise ist die Flucht der Kapitalisten ins Geld - das was zur Zeit modernerweise 'credit crunch' genannt wird. Dadurch kann es zu mehr Bankrotten kommen und es werden auch Unternehmen betroffen, die rundum profitabel arbeiten.« Daraus ergibt sich auch, daß eine Krise typischerweise nicht jahrelang dauert, sondern kurz und heftig ist. Das Szenario 'niedrige Profitraten und Rezession' kann genausogut zu massiven Investitionen in fixes Kapital führen. Brenners Beschreibung hat also keinen Erklärungswert, weil er die Rolle des Kredits außen vor läßt.

Aber tatsächlich beschreibt ja Brenner etwas Richtiges: es findet keine ausreichende Akkumulation statt. Deshalb sollten eher seine Überlegungen zum langen Abschwung betrachtet werden. Aber auch in dieser Beziehung flüchtet Brenner auf die rein abstrakte Ebene: auch lange historische Abschwünge lassen sich präzise fassen (Eisenbahnboom, Massenproduktion von Konsumgütern, Informationstechnologie usw.). Und auch hier spielt das Kreditsystem eine je spezifische Rolle, eine Vermittlungsrolle, die sowohl vom Aktienmarkt wie vom Bankensystem übernommen werden kann – was aber durchaus einen großen Unterschied macht und von Brenner analysiert werden müßte, gerade weil er die USA, Japan und die BRD miteinander vergleicht. Das japanische Bankensystem ist wichtiger, um Japans wirtschaftliche Erfolge zu erklären als die von Brenner immer wieder bemühten Währungsrelationen.

## **6. Internationalisierung der Produktion und des Finanzkapitals**

Mit seinem Ansatz von Nationen, die sich um Märkte streiten, fällt Brenner noch weit hinter die theoretische Debatte in den 70er Jahren zurück, die Internationalisierung der Produktion nimmt er gar nicht wahr. Möglicherweise ließe sich seine Vernachlässigung der produktiven Internationalisierung damit erklären, daß diese sich im Verlauf des Abschwungs stark abgeschwächt hat. Dann ist es trotzdem seltsam, daß er mit seinem auf den *Handel* fixierten Ansatz nicht wahrnimmt, daß inzwischen ein Drittel des Welthandels Intrafirmenhandel ist.

Brenner übersieht mindestens zwei wichtige Entwicklungen im internationalen Finanzsystem: Seit dem Zusammenbruch von Bretton Woods 1971 hat es eine weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte gegeben. Zweitens hat die Entwicklung der Informationstechnologie seit den späten 70er Jahren zu einer »regelrechten Revolution« geführt: im Zusammenhang mit den Verbesserungen in der Telekommunikationstechnologie haben sich die Kosten weltweiter Finanzoperationen drastisch verringert, die Unterscheidungen zwischen Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften usw. haben sich immer weiter aufgeweicht und es entstanden explosionsartig viele neue Finanzinstrumente. Diese Revolution der Informationstechnologie hat die Effizienz der Finanzinstitutionen gewaltig

verbessert. Die Produktivität und die Akkumulation in den industriellen Kernbereichen, die hauptsächlich auf der Intensivierung der Arbeit und der Erhöhung der Ausbeutungsrate basiert, hat nur marginal davon profitiert.

Diese scharfe Verschiebung in den Dynamiken der industriellen und der finanziellen Akkumulation markiert eine neue Entwicklung in der Geschichte des Kapitalismus. Dazu kommt, daß die Ausweitung der Finanzmassen gar nicht mehr an solche Zwecke gekoppelt ist wie Bereitstellung von Geld für produktive Investitionen, sondern im Gegenteil: der Großteil dieser Finanzmittel kommt aus den Unternehmen. Hätte Brenner die Bedeutung der Internationalisierung der Produktion und die Rolle der Finanzströme erkannt, hätte er vielleicht auch der Rolle der Finanzsysteme und ihrer Interaktion mit der nationalen Industrie- und Finanzpolitik mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Ohne eine Betrachtung dieser relativ unabhängigen Finanzinstitutionen, die zum großen Teil auf Kosten der Industrie funktionieren, ist der lange Abschwung nach Sicht der Autoren nicht zu verstehen.

## **7. Robert Brenner's intellektueller Werdegang: Ein kurzer Exkurs**

Brenners Entwicklung ist davon charakterisiert, daß er sich immer auf die Gegenseite der vorherrschenden Orthodoxie in der Debatte gestellt hat (in Opposition zu neo-Smithianischen und neo-Malthusianischen Theorien des Übergangs, zu technologisch-deterministischen Interpretationen der Geschichte sowie zu sich auf die Profitklemme stützenden Erklärungen für den langanhaltenden Abschwung). Brenners Weg von seiner auf den Klassenkampf gestützten Erklärung des Übergangs zum Kapitalismus zu seiner auf dem Wettbewerb zwischen Einzelkapitalen beruhenden Erklärung epochaler Verschiebungen in der Langzeitkonjunktur des Kapitalismus ist erstaunlich. Aber es gibt methodologische Lücken und Widersprüche in seiner früheren Arbeit sowie andere, spätere Einflüsse, die diesen gewaltigen Wandel eher erklärbar machen.

In der Diskussion um den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus stellte Brenner das Klassenverhältnis in den Mittelpunkt. Von diesem Standpunkt aus kritisierte er sowohl demographisch/neo-Malthusianische Ansätze, die in demographischen Verschiebungen die Ursache für die Entwicklung des Kapitalismus sehen, als auch das, was er damals den neo-Smithianischen Marxismus nannte, der den Kapitalismus aus der Entwicklung des Marktes erklärt. Durch seine Betonung der Eigentumsverhältnisse und der Formen des Klassenkonflikts, die sie verursachen, konnte Brenner erklären, warum die Entwicklung in verschiedenen Teilen Europas (England, Frankreich und Osteuropa) zu Beginn des modernen Zeitalters in unterschiedliche Richtungen ging.

Brenner wies dem Neo-Smithianismus nach, daß er voraussetzt, was bewiesen werden soll: kapitalistische Eigentumsverhältnisse. Wenn man den Kapitalismus mit der Produktion für den Tausch gleichsetzt, stellt man Ursache und Wirkung auf den Kopf: Die kapitalistische Akkumulation wird als Resultat der Imperative des Tauschs betrachtet, die kapitalistischen Klassenverhältnis als Ergebnis der marktbestimmten Entwicklung der Produktivkräfte. Brenner sieht diese Herangehensweise in der Tradition Adam Smiths, der im Wirtschaftswachstum die Folge von Spezialisierung und Produktion für den Tausch, verbunden mit der Entwicklung des Handels, sah. Der Tausch wiederum, so Smith, hat seine Wurzeln in der »*natürlichen Neigung des Menschen zu tauschen, zu handeln und eine Sache gegen eine andere auszuwechseln*«. Brenner wies Smiths Methode, die auf individuellem Eigeninteresse und Wettbewerb auf dem Markt beruht, zurück und folgte Marx, indem er die Dynamik des Kapitalismus auf die Errichtung des kapitalistischen Klassenverhältnisses zurückführte, das den Produzenten eine spezifische Logik der Kostensenkung und Profitmaximierung aufzwingt.

Der Punkt ist jedoch, daß Brenner diese klassengestützte Herangehensweise an die ökonomische Entwicklung ins Extrem getrieben hat, indem er sämtliche strukturellen Faktoren, die keine Klasseneigenschaften haben, aus seinem Bezugsrahmen ausschloß. Das ist eine ausdrücklich nicht-dialektische Herangehensweise an die Theoretisierung solch komplexer Erscheinungen wie Ursachen und Mechanismen gesellschaftlicher Veränderungen. Brenner behauptete damals, Klassenstruktur und Klassenkonflikt seien der Ursprung aller gesellschaftlichen Veränderung, und sah sich dabei als Nachfolger von Marx in dessen »reifen« Arbeiten (*Kapital* und *Grundrisse*) im Gegensatz zu Marx' »unreifer« Theorie des Übergangs in dessen früheren Arbeiten (*Deutsche Ideologie*, *Elend der Philosophie* und *Kommunistisches Manifest*). Nach Brenner gibt Marx in diesen früheren Arbeiten eine technologisch-deterministische Darstellung der gesellschaftlichen Veränderung, bei der die gesellschaftlichen Strukturen sich lediglich den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte anpassen. In diesem Kontext repräsentiert Marx' Arbeit für Brenner eine typisch Smithianische Darstellung der ökonomischen Entwicklung, bei der die Entwicklung der Produktivkräfte zum zentralen Begriff bei der Erklärung der historischen Entwicklung wird.

Brenners Interpretation der Marx'schen Frühschriften wird diesen in keiner Weise gerecht. Er übersieht schlicht, daß Marx in diesen Arbeiten ein anderes Thema (Erkenntnis der allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung) angeht als im *Kapital* (Enträtseln der Bewegungsgesetze einer spezifischen Produktionsweise, des Kapitalismus). Das erste liefert die hauptsächliche Grundlage, auf der Marx seine materialistische Geschichtsauffassung formuliert, und bietet eine dialektische Deutung der Geschichte gestützt auf die Interaktion der Produktivkräfte mit der Klassenstruktur vermittelt durch den Klassenkonflikt - letzteres ist der Gegenstand von Marx' politischer Ökonomie des Kapitalismus.

Obwohl Brenner sich selbst in der Nachfolge von Marxens Spätschriften sieht, fehlt ihm dessen Grundbegriff in der Analyse des Kapitalismus in eben diesen Arbeiten: der Begriff des Werts. Das ist ungewöhnlich, will er doch eine Klassenanalyse des Kapitalismus abliefern. Angesichts des Warenfetischismus wird eine richtige Klassenanalyse des Kapitalismus ohne eine Dialektik des Werts aber zur Unmöglichkeit. Ohne Werttheorie kann die verschleierte Natur des Kapitalverhältnisses nicht enthüllt werden, und die Grundlage der innerkapitalistischen Konkurrenz – um diese dreht sich Brenners ganzes Buch – kann nicht enthüllt werden.

In Brenners jüngstem Beitrag gibt es eine weitere Verdrehung: Der Grundbegriff seiner früheren Arbeiten, d.h. der Klassenkonflikt auf der Grundlage der Mehrwertgewinnung, fehlt völlig. Wenn man aber die Abwesenheit einer Werttheorie in seinen früheren Arbeiten bedenkt, ist dieses Fehlen nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Ohne Werttheorie kann es keine richtige Klassenanalyse des Kapitalismus geben, und das macht Brenner anfällig für Herangehensweisen, die den Kapitalismus mit dem Wettbewerb zwischen Einzelkapitalisten gleichsetzen.

Für vorkapitalistische Produktionsweisen entscheidend sind bei Brenner das vertikale Verhältnis zwischen Aneignern und Produzenten und die Formen des Klassenkonflikts, die davon hervorgerufen werden. Doch bei der modernen Ökonomie ist plötzlich alles anders. In der Frage der grundlegenden Ursache der modernen ökonomischen Entwicklung weicht das vertikale Klassenverhältnis dem horizontalen Verhältnis zwischen Einzelkapitalisten. Das ist auf jeden Fall eine nicht-marxistische Position. Marx hat bei vielen Gelegenheiten klargestellt, daß unabhängig davon, welches ökonomische System man betrachtet, das bestimmende Merkmal das vertikale Verhältnis zwischen Aneignern und Produzenten ist. Hinter der Schwäche in Brenners Herangehensweise steht das Fehlen eines werttheoretischen Ansatzes. Erst mit der Kategorie des Wertes wird es möglich, den Zusammenhang zwischen dem Konkurrenzkampf der Kapitalisten und dem Kapitalverhältnis, also die Verbindung zwischen horizontalen innerkapitalistischen Verhältnissen mit dem vertikalen Klassenverhältnis und Klassenkonflikt, herzustellen.

Brenner hat im Wesentlichen auf Marx' werttheoretische Analyse des Kapitalismus und seinen Bewegungsgesetzen verzichtet. Er liefert jedoch keine alternative Theorie, die die systemische Natur der dynamischen Bewegungsgesetze des Kapitalismus und seiner immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen aufzeigen würde. Kurz gesagt, kein Wert, keine Dialektik, keine Vermittlung zwischen abstrakten und allgemeinen Begriffen und komplexeren, spezifischen, historischen Resultaten, sowie kein Klassenverhältnis. Dies führt letztlich zu mehr oder weniger selektiven und willkürlichen theoretischen und empirischen Fragmenten.

## 8. Der breitere Zusammenhang

Brenners Vorgehen ist also größtenteils auf dem Niveau der Debatte in den 70er Jahren. Seither ist die marxistische Debatte nicht vorwärtsgekommen und in vieler Hinsicht sogar zurückgefallen, wenn man etwa an die Rolle denkt, welche die Regulationisten dabei gespielt haben, von der Werttheorie abzurücken. In diesem Zusammenhang ist es besonders ärgerlich, daß *New Left Review* Brenners Beitrag als »Erneuerung des Marxismus« angekündigt hat und dann eine Analyse veröffentlicht, die in weiten Teilen kompatibel zur aktuellen *mainstream*-Ökonomie ist. Während die *mainstream*-Ökonomen gerade einen Zweifrontenkrieg gegen jeden radikalen Ansatz fahren, taugt Brenners Arbeit wenig, um in diesem Kampf standzuhalten. Auch empirisch hilft er uns nicht viel weiter, weil Brenner z.B. solche Begriffe wie "Dienstleistung" einfach benutzt, ohne zu erklären, was er damit meint (Finanzdienstleistungen? Fastfood? der kleine Lebensmittelladen an der Ecke?). Und schließlich zieht Brenner zwar nicht explizit diese Schlußfolgerung, aber sie ist überall in seinem Artikel implizit präsent: eine keynesianische Institution wird gebraucht, welche die Nachfrage genügend hochsetzen kann, um die Konkurrenz um Märkte abzuschwächen und die Kapitalakkumulation wieder anzuregen. Die Autoren hoffen gezeigt zu haben, daß eine solche Wirtschaftspolitik die strukturellen Probleme des Kapitals nicht lösen könnte. Das unauflösbare Problem bürgerlicher Politik besteht im Moment darin, wie man das Finanzkapital beschneiden kann, ohne dem industriellen Kapital zu schaden, dies hat die Asienkrise mit aller Schärfe deutlich gemacht. ■

# Ökonomisches Gesetz und Klassenkampf – die Grenzen der Ökonomie Matticks

(leicht gekürzte Übersetzung)

Das Verdienst Matticks, sein marxistischer Ansatz, im Vergleich zu dem Baran und Sweezy fast als Keynesianer dastehen, ist zugleich sein Mangel, zumindest bezeichnet es die Grenzen seiner Perspektive. Mattick sagt, wir können die Dynamik des Kapitalismus verstehen, wenn wir die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation kennen. Diese Gesetze führen letztenendes den Akkumulationsprozeß in eine Sackgasse, zu einem Punkt, wo die Profite nicht mehr für die weitere Akkumulation ausreichen. Der staatliche Eingriff kann die klassischen Widersprüche des Kapitalismus nicht lösen und ist lediglich das Eingeständnis, daß sie fort dauern. Der Widerspruch erscheint heute als monströses Wachstum von unproduktiven Ausgaben. Die »gemischte Wirtschaft« hat, genauso wie die Marktwirtschaft, ihre eigenen *Grenzen*, die von ihren inneren Widersprüchen bestimmt werden. Früher oder später werden diese Widersprüche unüberwindbar. Dann kann sich der Klassenkampf verschärfen und einen revolutionären Charakter annehmen. Die Möglichkeit der Revolution hängt von den inneren Widersprüchen der Ökonomie ab.

In dieser Art von Analyse kommt die Arbeiterklasse nur stillschweigend vor. Das heißt, in der Zusammenbruchstheorie wird ihr Manifestwerden als revolutionäre Klasse vorweggenommen oder sogar impliziert (wenn die anderen Bedingungen bezüglich ihrer subjektiven Kapazitäten gegeben sind), aber bis zu diesem Punkt scheint ihr Kampf keine qualitativen Auswirkungen auf die Ökonomie zu haben. Der Kampf um die Löhne und Arbeitsbedingungen spielt sich innerhalb der Grenzen des Wertgesetzes ab. Die Gesetze der Akkumulation – besonders das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate –, welche die Dynamik des Systems bestimmen, schließen diesen Kampf ein als Kampf um die Ausbeutungsrate, eine der Variablen der Akkumulation. Somit wäre der Klassenkampf beherrscht von den »Bewegungsgesetzen« der Ökonomie und würde diese nicht verletzen.

Eine alternative Theorie, welche den *Klassenkampf* als dynamischen Faktor des Kapitalismus postuliert, wurde Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre von Cornelius Castoriadis entwickelt, dem Haupttheoretiker der französischen Gruppe *Socialisme ou Barbarie*<sup>1</sup>. In neuerer Zeit hat die von theoretischen Strömungen

aus Italien beeinflusste amerikanische Zeitschrift *Zerowork* eine Analyse der gegenwärtigen Krise veröffentlicht, die gewisse Ähnlichkeiten mit dem Ansatz von Castoriadis aufweist. Auch Glyn und Sutcliffe in Großbritannien stellen in ihrem Buch *British Capitalism and the Profit Squeeze*<sup>2</sup> eine Interpretation der britischen Situation Ende der 60er Jahre vor, die jener von Castoriadis und *Zerowork* ähnelt. Nicht zufällig hat David Yaffe, der stark von Mattick beeinflusst ist, diesen Ansatz kritisiert. Ich könnte noch weitere Tendenzen und Autoren in die Analyse einzubeziehen, doch ich werde im folgenden Mattick als Vertreter der einen Tendenz und Castoriadis sowie *Zerowork* als Vertreter der entgegengesetzten Tendenz benutzen.

Diese Meinungsverschiedenheit geht auf die 30er Jahre zurück, als Karl Korsch die Vorstellung entwickelte – und später zurückwies –, nach 1850 habe sich Marx immer mehr zum Deterministen verwandelt und den Klassenkampf ignoriert. Am Ende sagte Korsch, es handele sich nur um einen Unterschied in der *Betonung* und der Marx des Klassenkampfes ergänze sich mit dem des »Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen«.

Castoriadis hingegen betrachtete Marx als Deterministen und leitete daraus ab, daß die ökonomischen Theorien von Marx keine Geltung haben. Ich werde an dieser Stelle nicht die Argumente von Castoriadis gegen Marx vertiefen. Es sei dahingestellt, ob sie stimmen oder nicht, wichtig ist die Motivation seines Anti-Marxismus. Er wollte dem, was allgemein und im Alltagsbewußtsein unter »Marxismus« verstanden wird – Determinismus und ökonomischer Reduktionismus – einen »neuen« theoretischen Ausgangspunkt entgegenstellen. Die Krise der Gesellschaft hielt er nicht für rein ökonomisch, sondern für die Krise eines ganzen sozialen Gebäudes, die jeden Mann und jede Frau in ihrem alltäglichen Leben betrifft. In Castoriadis' Denken sind nicht die Widersprüche des ökonomischen Systems entscheidend, sondern all das, was vermittelt der *Selbsttätigkeit* der Menschen zur radikalen Veränderung der Gesellschaft drängt. »Die Selbsttätigkeit ist die zentrale theoretische Kategorie«, hebt er hervor. Eine parteiische Lektüre von Marx würde natürlich zeigen, daß die Selbsttätigkeit die wirkliche Negation des Kapitals ist, die zentrale Kategorie seines Werks. Aber Castoriadis stellt in seiner nicht parteiischen Lektüre diese Kategorie den Marx'schen ökonomischen Gesetzen *entgegen*.

Castoriadis hält die ökonomischen Theorien von Marx für obsolet, weil die Selbsttätigkeit darin nicht berücksichtigt wird. Entgegen den Erwartungen von Marx ist die Ausbeutungsrate (was der Mehrwertrate entspricht) nicht kontinuierlich gestiegen, sondern in den entwickelten kapitalistischen Ländern über einen gewissen Zeitraum konstant geblieben. Was Marx laut Castoriadis nicht berücksichtigt hat, ist die Macht der Arbeiterklasse, durch Kampf eine ständige Erhöhung der Löhne zu erreichen. Darüberhinaus ist der Kapitalismus trotz dieser Erhöhung nicht zusammengebrochen, sondern prosperiert weiterhin.

Durch die Ausweitung des Binnenmarkts und das bewußte Eingreifen des Staats in die Wirtschaft kann sich das System aufrechterhalten; es gibt zwar zyklische Rezessionen, aber keine tiefen Wirtschaftskrisen; mehr darf man sich auch nicht erwarten, allein aufgrund der unlösbaren Widersprüche des Akkumulationsprozesses. Wenn das System in die Krise kommt, so aufgrund der Widersprüche, die aus der Bürokratisierung der Gesellschaft entstehen, in der Castoriadis die *wesentliche* Tendenz des Kapitalismus sieht, und aus dem Klassenkampf, der für Castoriadis die *wahre* Dynamik des Kapitalismus ist.

In seiner Einleitung zur 1974er Ausgabe von *Moderner Kapitalismus und Revolution* sieht Castoriadis keinen Grund, den eigenen Standpunkt zu ändern. Die prinzipielle Ursache für die hohe Inflationsrate sieht er sowohl im »wachsenden Druck ... der Lohnabhängigen zu höheren Löhnen, weniger Arbeitszeit und im wachsenden Maß für Veränderungen der Arbeitsbedingungen«. Dieser Anstieg der Inflationsrate aufgrund der sozialen Kämpfe zusammen mit anderen irrationalen Faktoren, die er für »der Ökonomie äußerlich« hält (z.B. politisch motivierte Entscheidungen eines Präsidenten), könnte zu einer schweren weltweiten Wirtschaftskrise führen, behauptet Castoriadis, aber diese »wäre nicht das Produkt jener Faktoren, welche nach marxistischem Verständnis grundlegend wirksam sind«.

Ende 1975 erschien die Zeitschrift *Zerowork* mit einer Analyse der gegenwärtigen Krise, die wie Castoriadis die Betonung auf den Klassenkampf legt: »Aus dem Blickwinkel des Kapitals betrachtet scheinen alle Krisen aus einem geheimnisvollen Geflecht wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und Beziehungszusammenhänge hervorzugehen, die sich mit Eigenleben bewegen und entwickeln. ... Unsere Untersuchung geht vom entgegengesetzten Blickpunkt aus, dem der Arbeiterklasse. Als Klassenbeziehung heißt Kapital in erster Linie Machtkampf. Seine sogenannten Krankheiten befallen das Kapital nicht von innen her – ebensowenig wie seine Krisen: bestimmender Faktor ist die Kampfdynamik der Arbeiterklasse ... Für die Linke ist es undenkbar, daß die Arbeiterklasse die Krise herbeigeführt hat. Die Klasse soll vielmehr unschuldiges Opfer der inneren Widersprüche des Kapitals sein, ein untergeordnetes Element in einem widersprüchlichen Ganzen. Deshalb besteht die Hauptbeschäftigung der Linken in der *Verteidigung* der Arbeiterklasse.«<sup>3</sup>

*Zerowork* sah im Keynesianismus eine Strategie, die aus den vorhergehenden Kämpfen entstanden war und sich auf eine neue Beziehung zur Arbeiterklasse gründete. Die »Vollbeschäftigung« ist dem Kapital aufgezwungen worden. Die kapitalistische Gegenstrategie bestand darin, die Lohnerhöhungen durch die Inflation aufzufangen, den Binnenmarkt auszuweiten und Produktivitätskontrollen einzurichten. Der Kampfzyklus der 60er und frühen 70er Jahre ist geprägt von der »Verweigerung der Arbeit« und tendiert dazu, das Einkommen von der

Arbeit zu trennen (wobei die strategische Einheit der Entlohten und Nicht-Entlohten eine wesentliche Rolle spielt); er *zwingt* dem Kapital die neue Krise auf. Ständig wachsende Einkommen, die von allen Teilen der Arbeiterklasse gefordert werden, und die gleichzeitige Zunahme von Absentismus, »Verbrechen gegen das Eigentum«, Fluktuation, Sabotage, Widerstand gegen die Produktivitätskontrollen koppeln tatsächlich das Einkommen nach und nach von der Produktivität ab und beeinflussen damit die kapitalistischen Profitraten. Die Arbeiterklasse schlägt das keynesianische Gleichgewicht in Stücke, indem sie dafür sorgt, daß die Einkommen schneller als die Produktivität wachsen. Das Kapital antwortet darauf mit einer Strategie der geplanten Krise, die den Bruch zwischen Einkommen und Arbeit wieder glätten soll.

Die Thesen von *Zerowork* stellen die Ausbeutungsrate in den Mittelpunkt. Sie sehen in einem aktiven Eingreifen der Arbeiterklasse, um die Ausbeutungsrate zu *senken*, die prinzipielle Ursache der gegenwärtigen Krise. »In klassischen Begriffen ausgedrückt, wäre die Krise von einem beispiellosen Rückgang der Ausbeutungsrate gekennzeichnet ...«<sup>4</sup>

In Britannien haben Glyn und Sutcliffe versucht, einen ähnlichen Standpunkt herauszuarbeiten; ihre These wurde von David Yaffe bestritten, der die Fakten anders interpretiert.

Die These von Glyn und Sutcliffe sowie von *Zerowork* ist noch starrer als die von Castoriadis. Ich muß sie zunächst unterscheiden, bevor ich die Kontroverse Glyn/Sutcliffe gegen Yaffe genauer untersuche. Castoriadis behauptete 1974, daß der Lohndruck (wie auch das Verlangen nach weniger Arbeit und anderen Arbeitsbedingungen) die Inflation antreibe, und daß die Hyperinflation eine *destabilisierende Wirkung* auf die Weltwirtschaft habe. Eine Veränderung im Arbeiterverhalten während des Wirtschaftsabschwungs hatte zu einer weltweiten Rezession geführt. »Der entscheidende Faktor ist in diesem Fall eine säkulare Veränderung im Verhalten der Lohnabhängigen, die heutzutage Jahr für Jahr eine reale Erhöhung ihrer Realeinkommen erwarten ...« unabhängig davon, in welchem Zustand die Wirtschaft ist. Wenn man es zuläßt, daß die Arbeitslosigkeit in katastrophale Höhen steigt, könnte man diese Erwartungen zunichte machen (und so geschieht es in der Realität auch), aber nur um den Preis, eine potenziell explosive Situation zu schaffen. Es geht hier nicht um Lohnerhöhungen, die auf die Profitraten einwirken. Wichtig ist für Castoriadis die Selbsttätigkeit, die Tatsache, daß sich die Arbeiter nicht weiterhin wie manipulierbare Objekte verhalten und ihre Forderungen nach dem Konjunkturverlauf ausrichten. Für die Argumentation von Castoriadis ist es nicht notwendig, daß der Lohndruck tatsächlich zu höheren *Reallöhnen* führt, er muß lediglich *Anlaß* für eine Inflationsspirale geben, die zu einer internationalen monetären Instabilität führt, die schädliche Auswirkungen auf den Welthandel hat.

Die Argumentation von *Zerowork* ist ähnlich, insofern sie hauptsächlich zu verstehen versucht, wie die Arbeiterklasse den kapitalistischen Versuch zerschlägt, sie im Rang eines berechenbaren »Produktionsfaktors« zu halten, und zu einem Kampfmoment wird. Was Castoriadis »eine säkulare Veränderung im Verhalten« nennt, sieht *Zerowork* als »politische Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse«. Im Unterschied zu Castoriadis hebt *Zerowork* den Lohndruck oder andere Einkommensforderungen (Sozialkohle, Ladendiebstahl, Rotepunkt-Aktionen, Mietstreiks usw.) hervor. Sie kommen zu dem Schluß, daß letztlich die Einkommensforderungen zusammen mit den Kämpfen, welche die Produktivität senken, die *Ursache der Profitkrise* sind. In diesem Argument stimmt *Zerowork* mit Glyn und Sutcliffe überein.

Deren Argumentation gründet sich auf statistisches Material, das sie als Beweis dafür ansehen, daß die Profite in Großbritannien zwischen 1964 und 1970 gefallen sind und der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen gestiegen ist. Yaffe kritisiert ihren Gebrauch der Statistiken und versucht zu zeigen, daß in diesem Zeitraum tatsächlich die Nettoreallohn-Quote (Reallöhne nach Steuern im Verhältnis zum Gesamteinkommen) gesunken ist. Im selben Zeitraum ist die Produktivität schneller gewachsen als die Reallöhne. Mit anderen Worten, die Ausbeutungsrate ist weiterhin *gestiegen*. Wenn das stimmt, dann kann die Analyse von Glyn/Sutcliffe und *Zerowork* die Ursprünge der Profitabilitätskrise nicht fassen. Sie kann nicht vom einfachen Fall der Ausbeutungsrate verursacht sein, was hieße, daß die Reallöhne schneller wachsen als die Produktivität.

Yaffe zufolge gibt es tatsächlich ein Problem mit der Ausbeutungsrate, aber es entspringt eher den Widersprüchen des modernen Kapitalismus als den Kämpfen der Arbeiter. Wie Mattick, so denkt auch Yaffe, daß der moderne Kapitalismus eine Nachfrage nach Mehrwert schafft, die er nicht mehr adäquat befriedigen kann. Weil immer mehr Kapital in die staatliche Produktion geht, werden die Gesamtprofite aus einer im Verhältnis immer schmalere Basis von Privatkapital erzeugt. Die einzige Möglichkeit, die allgemeine Profitrate zu erhalten, ist in dieser Situation, die Ausbeutungsrate schneller als früher zu erhöhen. »Um die öffentlichen Ausgaben mit dem in der Privatwirtschaft erzeugten Mehrwert finanzieren zu können, muß die Ausbeutungsrate schneller als zuvor erhöht werden, um einen tatsächlichen Fall der Profitrate und eine schneller steigende Inflationsrate zu verhindern.«

Die Argumentation von Yaffe setzt voraus, daß das variable Kapital nur aus den an die *produktiven* Arbeiter bezahlten Löhnen besteht, das heißt denjenigen, die mit der Produktion des Mehrwerts beschäftigt sind. Die Ausbeutungsrate wird nicht vom allgemeinen Lohnniveau bestimmt, sondern vom Verhältnis des Gesamteinkommens des Gesamtarbeiters am produzierten Mehrwert. Somit sind eine allgemeine Lohnerhöhung und eine beständige Erhöhung der Ausbeutungsrate miteinander kompatibel, wenn die Anzahl der produktiven Arbeiter relativ

stabil bleibt oder zurückgeht, während die Produktivität substanzielle Fortschritte macht. Aus dieser theoretischen Überlegung wird dann abgeleitet, daß die Ausbeutungsrate in Großbritannien weiterhin gestiegen ist. Doch ein immer größerer Teil des produzierten Mehrwerts ist für unproduktive Ausgaben aufgewandt worden, nicht nur für den staatlichen Sektor und soziale Dienstleistungen, sondern auch für das Finanzwesen und den Handel. Mit anderen Worten ist die produktive Sphäre ausgetrocknet worden oder von den unproduktiven Bereichen »geplündert«. Die Produktivität ist zwar weiterhin gestiegen, aber nicht schnell genug, um eine Profitmasse zu produzieren, die ausreichend wäre, um die Ansprüche der beiden Bereiche (des produktiven wie des unproduktiven) an den Gesamtmehrwert zu befriedigen. Die Inflationsspirale ist das Ergebnis davon, daß die Nachfrage nach der gesamten Profitmasse weit höher ist, als davon zur Verfügung steht. Sicherlich haben die Arbeiter gekämpft, um den Preis ihrer Ware, der Arbeitskraft, auf demselben Niveau wie die anderen Preise zu halten; aber die grundlegende Ursache der Inflation ist der Anstieg der unproduktiven Ausgaben, die ihrerseits beständig wachsen, weil die Regierung versucht, das Produktionslevel und somit das Beschäftigungslevel hoch zu halten, trotz der chronischen Stagnation, deren grundlegende Ursache im tendenziellen Fall der Profitrate liegt. Das britische Kapital versucht zur Zeit [1980], die Löhne niedrig zu halten und mittels Entlassungen von Arbeitern die Industrie umzustrukturieren, mit der Absicht, die Produktivität und damit die Ausbeutungsrate weiter zu erhöhen.<sup>5</sup>

Sowohl für Yaffe wie für Mattick ist die ungenügende Steigerung der Produktivität vor allem ein Ergebnis und in der Folge eine Ursache der Verringerung der Profitabilität. Weil sich die Nachkriegsrezession nicht in einer klassischen kapitalistischen Expansion auflöste und auch nicht auflösen konnte, sondern eher in einer Ausdehnung des staatlichen Sektors, die einer authentischen Stagnation übergestülpt wurde, kam es nicht zu Investitionen in neue Anlagen, was für eine ausreichende Steigerung der Produktivität nötig ist. Die Verlangsamung der Produktivitätssteigerung kommt grundlegend aus den inneren Widersprüchen des Kapitals; sie hat ihren Ursprung in der Tendenz der Profitrate zu fallen, die durch keynesianische Wirtschaftspolitik nicht umgedreht werden kann.

Es wäre naiv anzunehmen, daß das, was hier ein Ergebnis ist, ein einfaches Faktum sei. Die Zeitschrift *Zerowork* präsentiert ihre Analyse als Grundlage zum Verständnis der Strategie der Arbeiterklasse in dieser Phase und als Grundlage für die revolutionäre Organisierung. Diese stellt sich als Nachfrage nach zusätzlichem Einkommen dar, das von der Arbeit abgekoppelt ist, und verlangt Lohn für Arbeiten, die bisher nicht entlohnt sind (z.B. die Hausarbeit). Die von Mattick beeinflussten Analysen tendieren eher dazu, die verschiedenen Arbeiterstrategien als *Antworten* auf verschlechterte Lebensbedingungen zu sehen.<sup>6</sup> Beide zielen auf ähnliche Kampfmittel und Kampfformen, und beide heben die Autonomie der Arbeiterklasse hervor. Wenn man sie miteinander vergleicht, so räumt die eine

Sichtweise der Offensive den Vorrang ein und ist »voluntaristischer«, während die andere den defensiven Gesichtspunkt des Kampfs hervorhebt und einer »spontaneistischen« Richtung zuneigt. *Zerowork* stellt ihre Schlußfolgerungen resolut und polemisch auf und behauptet, es gebe keinen Mittelweg zwischen dem, was sie den »kapitalistischen Standpunkt« nennen, dem zufolge die Krise aus den inneren Widersprüchen der Ökonomie entsteht und dem, was sie den »Arbeiterstandpunkt« nennen, demzufolge sie dem Kapital von der Arbeiterklasse aufgezungen ist. Trotzdem sind die beiden Standpunkte nicht notwendigerweise so konträr, wie *Zerowork* behauptet.

Mattick hebt häufig hervor, daß die klassische Marx'sche Behauptung über den tendenziellen Fall der Profitrate sich auf einem hohen Abstraktionsniveau bewegt und die Untersuchung der Rentabilität nicht überflüssig macht, die auch die Komplexität des realen, konkreten Kapitalismus berücksichtigen muß. Die Analyse von Marx abstrahiert schließlich von der Konkurrenz und behauptet die Existenz von nur zwei Klassen in einer rein kapitalistischen Gesellschaft. Insofern ist für Marx der berühmte tendenzielle Fall der Profitrate nur eine *Tendenz*, Konsequenz und Ausdruck der gewachsenen Arbeitsproduktivität, zu der es entgegenwirkende Tendenzen gibt: Rationalisierung, Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals (durch bessere Transport- und Kommunikationssysteme), Eröffnung neuer Produktionsbereiche mit einer niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals und somit einer hohen Profitrate, Entwertung des Kapitals in Krisen, Einfuhr von billigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen, Erschließung neuer Gebiete für einträgliche Kapitalinvestitionen und *Anstieg der Ausbeutungsrate*. Das tendenzielle Ansteigen der Ausbeutungsrate stellt sich dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegen, und beide Tendenzen sind das Resultat der gewachsenen Arbeitsproduktivität. Aber der bewußte Versuch der Kapitalisten, die Profite zu erhöhen oder aufrechtzuerhalten, indem sie durch niedrigere Löhne und intensivere Arbeit (Verdichtung der Poren) die Ausbeutungsrate erhöhen, hat eine unmittelbare politische Auswirkung.<sup>7</sup> Diese Mittel zur Erhöhung der Ausbeutungsrate demütigen und verbittern die Arbeiter und treiben sie – nach der klassischen Konzeption – dazu, das System umzustürzen.

Der tendenzielle Fall der Profitrate und seine Gegentendenzen stellen eine Dynamik dar, welche grundlegend den Charakter der kapitalistischen Akkumulation bestimmt, die ihr innewohnenden kapitalistischen Krisen erklärt; innerhalb dieser Dynamik findet der Kampf um die Aufteilung des Mehrwerts statt, und zwar sowohl zwischen den Kapitalisten wie zwischen den Klassen. Für Mattick, der sich hier auf Grossman bezieht, liegt die letzte Bedeutung des Falls der Profitrate darin, daß sie das Wachstum der *Profitmasse* begrenzt, bis diese unzureichend für die profitable Erweiterung des Privatkapitals wird.

Bei Versuchen, die Lehre Marxens zu korrigieren oder zu widerlegen wie auch bei Versuchen, sie zu verteidigen, spielen oft die Gegentendenzen zum Fall der Profitrate eine entscheidende Rolle: wie weit können sie das System aufrechterhalten und wo liegen ihre Grenzen? Die imperialistische Expansion war bis zu einem gewissen Punkt sehr wirksam für das kapitalistische System; gerade der imperialistische Krieg hat buchstäblich Kapital vernichtet, wie Mattick hervorhebt, und somit von neuem die Bedingungen für eine Expansionsperiode geschaffen, während die wachsende Monopolisierung die Entwertung in der Krise behinderte. Die Taylorisierung des Produktionsprozesses hat zu einer Ausweitung der Produktion und somit auch der Löhne geführt, ohne die Ausbeutungsrate zu verringern;<sup>8</sup> an zweiter Stelle hat sie eine Ausweitung des Binnenmarkts ermöglicht. Die Ausweitung des Kredits war ein weiterer Faktor; die Intervention des Staats hat oft die Rationalisierung befördert; Transporte und Telekommunikation wurden auf phänomenale Weise verbessert, womit die Umschlagszeit des Kapitals verkürzt wurde.

Mattick untersucht die Gegentendenzen der Gegentendenzen, ihre *Grenzen*. Zum Beispiel verbrauchen die Werbekosten, die mit einem größeren Binnenmarkt für die monopolistischen Industrien zusammenhängen, Mehrwert; die im Staatssektor realisierten »Profite« sind in Wirklichkeit ein Abzug von Mehrwert. Während Castoriadis die Theorie von Marx zurückweist und behauptet, die Ausbeutungsrate sei nicht gestiegen, und *Zerowork* die Krise als Resultat der *Reduzierung* der Ausbeutungsrate durch die Arbeiterklasse faßt, nimmt Mattick die klassische Theorie wieder auf; er betont die inneren Grenzen der zur Aufrechterhaltung des Systems eingesetzten Mittel und fixiert einen Punkt, an dem *diese Grenzen erreicht werden, was eine Verschärfung des Kampfs* um die Ausbeutungsrate hervorruft.

Alan Jones versucht die Debatte zwischen Yaffe und Glyn/Sutcliffe auf folgende Weise zu lösen: »Beim Ausbruch einer konjunkturellen Krise, v.a. wenn der Akkumulationsprozeß auf Schwierigkeiten stößt, ist es durchaus möglich, vielleicht sogar unausweichlich, daß der Kampf um die Ausbeutungsrate als Zünder für eine allgemeine Krise wirkt... Dennoch liegt nichts Widersprüchliches in der Feststellung, daß in einem bestimmten Kapitalismus zu einem bestimmten Moment der direkte Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie um die Mehrwerttrate zum bestimmenden Element der Krise wird.«

Tatsächlich gebremst wurde der Anstieg der Ausbeutungsrate »im Gefolge des Mai '68 und der fortdauernden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Die Erhöhung der Ausbeutungsrate wurde also durch den Widerstand der Arbeiter verlangsamt und hatte somit nicht mehr ausreichend Kraft, um der negativen Auswirkung der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals entgegenzutreten.«<sup>9</sup>

Dieses Herangehen scheint mir am fruchtbarsten zu sein, es erlaubt uns nämlich, sowohl das ökonomische System wie den Klassenkampf zu berücksichtigen, ohne uns vorzustellen, daß das eine vom anderen unabhängig oder total von ihm bestimmt wäre. Es erlaubt es uns, die Arbeiterklasse als aktiven Faktor in einem ökonomischen System, das innere Widersprüche hat, zu sehen.

Die Arbeiterklasse tritt nicht einfach *post facto* auf, um die Welt aus dem Elend zu retten, in das sie der Kapitalismus geworfen hat. Die Krisen zeigen, daß der Kapitalismus seine inneren Widersprüche nicht gelöst hat und, was Yaffe hervorhebt, die Ausbeutungsrate schneller als zuvor erhöhen muß, aber sie zeigen auch, daß die Arbeiterklasse nicht zu einem integrierten und manipulierten Bestandteil des Systems geworden ist, sondern daß sie fähig ist zur *Selbsttätigkeit*. Ihre Kampfbereitschaft wird zu einem Hindernis für das Funktionieren des Systems, das seine eigenen Erfordernisse hat.

Aufgrund der *unterschiedlichen Abstraktionsebenen*, auf welchen die Diskussion geführt wird – theoretisch und abstrakt von Mattick und Yaffe, empirischer von Castoriadis und *Zerowork* – werden die Wechselbeziehung und die mögliche Komplementarität der beiden Standpunkte nicht verstanden. In den 30er Jahren kritisierte Anton Pannekoek die ökonomischen Theorien des Mentors von Mattick, Henryk Grossman, weil diese den menschlichen Eingriff übersehen. Darauf antwortete Mattick:

»Auch für Grossman gibt es kein ›reinökonomisches‹ Problem, was ihn jedoch auf keinen Fall hindern kann, aus *methodischen Gründen*, in seiner Untersuchung der Akkumulationsgesetzlichkeit sich auf rein ökonomische Voraussetzungen zu beschränken und so *theoretisch* einen objektiven Endpunkt des Systems zu erreichen. Die *theoretische Erkenntnis*, daß das kapitalistische System aufgrund seines treibenden Widerspruches nur in den Zusammenbruch münden kann, *verpflichtet durchaus nicht* zu der Auffassung, daß der *wirkliche Zusammenbruch* ein automatischer, von den Menschen unabhängiger Prozeß ist.«<sup>10</sup>

Mattick bleibt nicht auf der Abstraktionsebene, die Grossman in seiner Krisentheorie anwendet. Er setzt das reine Modell in Beziehung zu den Erscheinungsweisen des modernen Kapitalismus; aber auch er tendiert dazu, sich der Ökonomie zuzuwenden und vom Klassenkampf zu abstrahieren. Mattick ist sich sehr wohl der Grenzen Grossmans und der Anwendbarkeit seines Ansatzes bewußt, und er akzeptiert sie als aus methodologischen Gründen selbst-auferlegte Grenzen. Alles was man auf der Basis einer Analyse der kapitalistischen Entwicklungstendenzen ableiten kann, so behauptet er, ist die Tatsache, daß es zu Krisen kommen wird und daß »sich die Möglichkeit ergeben wird, den Klassenkampf im Innern der Gesellschaft in einen Kampf für eine andere Gesellschaftsform zu verwandeln.« Die ökonomische Theorie kann nur »das Bewußtsein von den objektiven Bedingungen liefern, in denen sich der Klassenkampf entwickeln und seine Richtung bestimmen muß«. <sup>11</sup>

Diese Abtrennung der ökonomischen Theorie läßt sich als momentane methodologische Vorgehensweise rechtfertigen, aber jede dauerhafte Hypostasierung der ökonomischen Theorie muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. In seiner Kritik an Yaffe hebt Geoffrey Kay hervor: »Die konventionelle Interpretation des Gesetzes {des Falls der Profitrate} kann kritisiert werden ..., weil sie den ökonomischen Prozeß objektiviert und folglich den Klassenkampf von der Akkumulation des Kapitals abtrennt. Der Proletarier bleibt im Hintergrund ... Das Gesetz, so wie es gewöhnlich verstanden wird, ... kann zu keinem wirklichen Verständnis der finalen Krise des Kapitalismus als Geburtswehen einer neuen Gesellschaftsform führen ... es kann uns nichts sagen über die Klasse, die die Revolution machen wird ... Indem sie die Ökonomie objektiviert und dem Proletariat jedwede aktive und qualitative Rolle in der Herausbildung der Krise abspricht, hat sich die marxistische Ökonomie selbst jedwede Möglichkeit verschlossen, den Klassenkampf in seinen konkreten Formen systematisch zu untersuchen und hat das Problem der politischen Organisation der Arbeiterklasse in die Ungevißheit der ideologischen Rhetorik zurückgeworfen.«<sup>12</sup>

In Italien werden die neuen Entwicklungen gemeinhin in Begriffen von Klassenkampf analysiert; denn dort basiert die Wettbewerbsfähigkeit in der Nachkriegszeit im wesentlichen auf niedrigen Löhnen. »Es war vor allem das Vorhandensein von billiger Arbeitskraft vor Ort, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Italiens nach dem Krieg finanzierte«, bestätigen eine Reihe von Kommentatoren. »Die Exportindustrien waren folglich in der Lage, ihre Produkte zu stabilen und sinkenden Preisen zu verkaufen und somit relativ hohe Profitraten zu erzielen, um damit die weitere industrielle Expansion selber zu finanzieren ... Als die Arbeiter damit begannen, höhere Löhne zu verlangen, brach das ganze Kartenhaus zusammen ... Seit zehn Jahren war es der Klassenkampf und vor allem – wenn auch nicht ausschließlich – die daraus folgende Steigerung der Arbeitskosten, was die Wirtschaftszyklen in Italien bestimmt hat.«<sup>13</sup>

Die italienische Stahl-, Auto- und Chemieindustrie entwickelten sich in der Nachkriegszeit mit fortgeschrittenen Technologien, welche es Italien ermöglichten, einen Vorteil aus der Liberalisierung des Nachkriegshandels zu ziehen. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung garantierte niedrige Löhne. Zu Beginn der 60er Jahre trugen mehrere Faktoren dazu bei, die Militanz der Beschäftigten zu steigern. Einer war die wachsende Aufsplitterung der Arbeit und der Dequalifizierungsprozeß, der die alte Hierarchie in der Arbeitskraft zu zerbrechen begann. Ein anderer war das Sinken der Arbeitslosigkeit als Ergebnis des »Wirtschaftswunders«. Die neue Einheit und Stärke der Arbeiterklasse manifestierte sich mit der Streikwelle von 1962, welche substantielle Lohnerhöhungen brachte.

Als Antwort darauf erhöhte das Kapital zunächst die Preise und blockierte dann 1963 die Kreditvergabe, um die Inflation zu bekämpfen. Die Investitions-

quote war bereits gefallen. Die strenge Kreditvergabe senkte die Investitionen noch weiter; es folgte eine drei Jahre andauernde Rezession, während derer die Kapitalisten die Fabriken umstrukturierten, um eine höhere Produktivität zu erreichen. Die Produktion stieg und die Löhne sanken. Es folgte eine Aufschwungphase, die aber mehr auf der Arbeitsdisziplin als auf neuen Investitionen basierte.

Insgesamt verharrte die Wirtschaft nach 1963 in Stagnation. Ein anderer Kommentator bemerkt: »Die vorübergehende Schwäche {der italienischen Arbeiterklasse} ermöglichte ein neues Wachstum von 1966-68, aber dies wurde im wesentlichen durch eine Kürzung der Zeiten erreicht, mit sehr wenigen Investitionen in moderne Technologie ... Seit 1963-64 haben die italienischen Kapitalisten sehr wenig investiert, und der wachsende technologische Rückstand macht die italienischen Exporte immer weniger konkurrenzfähig.«<sup>14</sup>

Die Rationalisierung der Arbeitsbedingungen verschlechterte die Lebensbedingungen in den Großstädten, führte aber auch zum »heißen Herbst« 1969. Als Antwort auf die Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit streikten die Arbeiter für mehr Kontrolle über Arbeitsorganisation und Arbeitstempo und für Lohn-erhöhungen. Um das zu bekommen, mußten sie gegen die Gewerkschaften und gegen die Unternehmer kämpfen und unabhängige Organisationsformen schaffen: Versammlungen, Fabrikräte und Stadtteileräte. In dieser Periode eroberten sich die Arbeiter sowohl kräftige Lohnerhöhungen wie eine gewisse Macht, die Umstrukturierungspläne des Unternehmertums aufzuhalten.

Wie gewohnt erhöhten die Kapitalisten in der Folge die Preise und verknappten die Kreditvergabe. Dennoch erfüllte die Rezession von 1970-72 nicht die Erwartungen, daß die Arbeiter ihre Militanz zügeln, und die Löhne stiegen weiterhin an. Dann verschärfen sich die italienischen Probleme aufgrund einer allgemeinen wirtschaftlichen Instabilität. Zusätzlich zu den gestiegenen Arbeitskosten und dem Widerstand gegen die Umstrukturierung mußte das italienische Kapital mit einer weltweiten Hyperinflation und schwierigen Marktbedingungen zurechtkommen. Da die Importpreise, v.a. für Lebensmittel und Erdöl, anstiegen und sich die Märkte für italienische Produkte verkleinerten, wurde das Handelsdefizit untragbar, und Italien mußte in bisher nicht gekanntem Ausmaß Kredite aufnehmen, um einem Bankrott zu entgehen.

Die gegenwärtige [1980] kapitalistische Offensive umfaßt Erhöhung der Überstunden, Abschaffung von Feiertagen, Steigerung des Arbeitstempos und den Versuch, den automatischen Inflationsausgleich auf die Löhne (Scala mobile) auszuhebeln. Der Versuch, einen neuen Kredit des IWF an die Aushöhlung der Scala mobile zu knüpfen, wurde von den ArbeiterInnen im Frühjahr 1977 erfolgreich zurückgeschlagen. Die langfristige Strategie des italienischen Kapitalismus besteht darin, die Homogenität zu zerbrechen, welche die Arbeiterklasse in den Jahren zuvor erreicht hatte; dazu wurden einige Montageoperationen dezentralisiert und die Automatisierung ausgeweitet. Außerdem sollte die Industrie zur

Produktion von Kapitalgütern umgewandelt werden, und dies erforderte die Mobilität der Arbeit und eine lange Phase von sehr hoher Arbeitslosigkeit. Die ArbeiterInnen haben darauf mit wilden Streiks, Sabotageaktionen, autonomer Organisation, Enteignungen, Herabsetzungen der Tarife usw. geantwortet.

Offensichtlich ist das Gemeinsame an all dem ein immer intensiverer Kampf um die Ausbeutungsrate. Zumindest in der Nachkriegszeit scheint die Kraft des italienischen Kapitalismus von einer disziplinierten Arbeitskraft abzuhängen. Jedesmal, wenn die italienische Arbeiterklasse sich daran macht, diese Grenzen zu zerbrechen, ist die ökonomische Expansion gefährdet und die herrschende Klasse gezwungen, als Antwort darauf die Schraube weiter anzuziehen. Jeder Arbeitersieg an der Lohnfront trifft auf eine Preiserhöhung, eine gelenkte Rezession und einen Angriff im Arbeitsprozeß. Angesichts schwieriger Marktbedingungen und ohne eine gefügte Arbeiterklasse hat sich Italien internationale Kredite verschaffen müssen. Das Kapital für Investitionen im Innern, das nach 1963 knapp wird, war zuvor nur aufgrund der niedrigen Kosten der örtlichen Arbeitskraft verfügbar.

Zwar belegt dieses empirische Resümee konkret, wie der Kampf um die Ausbeutungsrate in Italien an Schärfe zunahm, und zeigt auf, wie er entscheidend die unabhängige Aktion und Organisation leitete; es rechtfertigt aber nicht vollständig die Schlußfolgerung, daß die italienische Krise von der Aktion der Arbeiterklasse »hervorgerufen« ist. Wir müssen zeitlich zurückgehen und uns fragen, warum der italienische Nachkriegsaufschwung niedrige Löhne brauchte; wir müssen feststellen, daß er in der Wiederaufbauphase nach dem Krieg auf Investitionen in neue Industrien basierte und daß es danach keine substanziellen Investitionen mehr gab. Wenn die Arbeiterklasse die italienische Krise vertieft hat, so deshalb, weil das italienische Kapital extrem *verwundbar* war durch die Selbsttätigkeit der Beschäftigten. Wir haben es mit einem System zu tun, das keine Arbeitersiege tolerieren kann, ein System mit eingeschränktem Spielraum. Um die »Gründe« zu finden, müssen wir in die Vorkriegszeit zurückgehen und uns allgemeine Fragen über die Krise des Kapitals in der Zwischenkriegszeit stellen und über die Mittel, welche die Kapitalisten anwandten, um aus dieser Krise rauszukommen, mit anderen Worten, wir müßten genau jene Fragen aufwerfen, auf die Mattick in *Marx und Keynes* Antwort zu geben versucht.<sup>15</sup>

Keynes wurde durch den chronischen Investitionsmangel in Großbritannien sowie die Kampfbereitschaft der englischen Arbeiterklasse seit 1910 zu seinen Theorien angeregt. Hier sind seine politischen Vorschläge am ausgedehntesten angewandt, aber auch die Grenzen der gemischten Wirtschaft am deutlichsten sichtbar geworden. Ein hinfalliger Industrieapparat, ein ständig wachsender Staatshaushalt, relativ hohe Sozialausgaben und ein breiter und wachsender staatlicher Industriesektor sind das Ergebnis einer langen Phase von niedriger Rentabilität, die Großbritannien wenig verlockend für Privatinvestitionen und

nicht konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt gemacht hat. 1976 wurde das am deutlichsten spürbar im Kurssturz des Pfund Sterling. Um seine monetären Probleme lösen zu können, hätte Großbritannien konkurrenzfähig werden müssen (v.a. in einer Situation, wo der Weltmarkt sich ausdehnte). Und um dieses Ziel zu erreichen, hätte es die Lohnstückkosten senken, das heißt die Produktivität erhöhen und die Löhne einfrieren müssen. In den 60er Jahren versuchte die britische Industrie, das zu tun und die Lohnerhöhungen mit verschiedenen organisatorischen Maßnahmen zu kompensieren, welche die Produktivität erhöht hätten und startete damit eine Einkommenspolitik. Aber das stellte sich als unwirksam heraus, sei es aufgrund der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiter inklusive einer wachsenden Tendenz dazu, die Produktivitätsabkommen zurückzuweisen, sei es weil es offenkundig geworden war, daß es größerer Kapitalzufuhren bedurfte, um die Rentabilität wiederherzustellen.

Man könnte sagen, die Kampfzelle der späten 60er und frühen 70er habe Großbritannien in einen mehr oder weniger bankrotten Zustand gebracht, der es vom IWF abhängig machte (zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem die erwarteten Erdöleinnahmen Realität wurden). Aber all das muß im Zusammenhang mit einer chronischen wirtschaftlichen Stagnation gesehen werden. Ein Artikel von 1973 über Großbritannien faßt die Situation so zusammen: »Das britische Kapital, das seit Jahrzehnten durch geringe Investitionen benachteiligt ist, braucht deren deutliche Erhöhung, wenn es erfolgreich dem wachsenden Druck der internationalen Konkurrenz entgegentreten will. Die beispiellosen Lohnforderungen und die Lohnabschlüsse der letzten fünf Jahre ... haben dieses Problem deutlich verschärft. Darüberhinaus ist die Bereitschaft der Arbeiter, bei einer intensiven Ausbeutung der Arbeit zu kooperieren, trotz der Produktivitätsabkommen seit Ende der 60er Jahre weitgehend verschwunden.«<sup>16</sup>

Das allgemeine Problem der kapitalistischen Ökonomie, also der »Mangel an Kapital«, war sowohl in Großbritannien wie auch in Italien deutlich zu spüren.

»In keinem Land ist die kapitalistische Krise akuter als in Großbritannien und in Italien ... Großbritannien muß ca. 45 Mrd. Dollar in neue Anlagen und Maschinen investieren, um seinen Nachbarn in der EU und Handelsrivalen wie Japan gegenüber konkurrenzfähig zu werden. Stattdessen ging die britische Regierung {1975} sogar von einem Rückgang der industriellen Investitionen aus ...«.<sup>17</sup>

Die kapitalistischen Planer sprechen in diesem Zusammenhang von »Korrekturen am Gleichgewicht zwischen Konsum und Produktion«, das heißt die Löhne und die unproduktiven Ausgaben sollen gesenkt werden in der Hoffnung, dies mache Mittel für Investitionen verfügbar. Aber auch wenn es sinnlos ist, mit der alten Politik weiterzumachen, müssen die Politiker damit rechnen, daß Kürzungen bei Löhnen und Sozialausgaben und die steigende Arbeitslosigkeit zu einer Verschärfung des Klassenkampfes führen könnten.

Nach dem Kurssturz des Pfund Sterling stellte zum Beispiel der Schatzkanzler von Großbritannien fest, daß »die Alternativen, die man dem IWF als Voraussetzung für einen neuen Kredit vorlegen müßte, dermaßen wilde wirtschaftspolitische Maßnahmen verlangten, daß es zu Tumulten auf den Straßen kommen könnte.«<sup>18</sup> Trotzdem führte der IWF-Kredit zu neuen Kürzungen bei den Ausgaben für soziale Dienstleistungen; die Vollbeschäftigung ist zu einer Erinnerung an vergangene Zeiten geworden, und der Sozialstaat wird immer weiter abgebaut.

Daß die Einlassung des Schatzkanzlers aber nicht rein rhetorischer Natur war, belegt die Tatsache, daß sich dieses Szenario in Ägypten sehr schnell bewahrheitet hat, als im Januar 1978 die Erhöhung der staatlich kontrollierten Preise bei Lebensmitteln und Brennstoffen – eine Maßnahme, die auf Verlangen des IWF ergriffen worden war – tatsächlich zu Tumulten auf den Straßen führte. Die polnische Revolte von 1976 ist eine weitere Version dieses Schemas: an ihrem Ursprung stehen Preiserhöhungen, die für einen Kredit verlangt worden waren, den Polen brauchte. Später, im November, gab Breschnew Polen einen Kredit über 1,3 Mrd. Dollar, »als die polnischen Führer ihn überzeugten, daß ohne wirtschaftliche Hilfen die Arbeiterrevolte vom August nur das Vorspiel zu einer Neuauflage des Aufstands von 1956 sein könnte.«<sup>19</sup> Das Kapital muß heute generell den Kredit gefährlich weit und über jedes bisher bekannte Maß hinaus ausweiten, wenn es merkt, daß seine Macht, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, begrenzt ist und es auf einen zu starken Arbeiterwiderstand trifft.

In letzter Zeit [der Artikel ist von 1980] haben Gewerkschaftsführer in Großbritannien die trotz der Lohnzurückhaltung weiter steigende Inflation als Beleg dafür genommen, daß die Lohnerhöhungen gar nicht die Ursache der Inflationsspirale seien. In der Folge hat es der Druck von der Basis verhindert, daß der Vertrag zwischen den Gewerkschaften und der Labour-Regierung über die Lohnkontrollen erneuert wurde, und die Möglichkeit einer neuen »Lohnexplosion« droht, die britische Ökonomie in eine noch tiefere Krise zu stürzen.

Die Bedingungen in allen anderen Ländern sind natürlich nicht identisch mit denen in Großbritannien und Italien, aber die Dynamik ist meiner Meinung nach ziemlich ähnlich, so daß wir die Schlußfolgerungen der Diskussion verallgemeinern können. Ende der 60er Jahre befand sich das Kapital in einer Situation steigender Erwartungen, ohne daß es die ökonomischen Widersprüche überwunden hatte, die seine Produktion von Reichtum begrenzen. Da es nicht genügend Profite für eine rentable Expansion des Privatkapitals auf der Basis einer Erneuerung des Produktionsapparats erzeugen konnte, mußte das Kapital die unproduktiven Bereiche erweitern und gleichzeitig versuchen, die Produktivität durch Rationalisierung und gesteigerte Arbeitsintensität zu erhöhen. Aber sowohl der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Produktivitätssteigerungen als auch

die Forderung nach Einkommen nahmen gleichzeitig zu. Die »inneren Widersprüche« des Kapitalismus tauchten wieder auf – und trafen auf die »wieder-aufgetauchte« Militanz der Arbeiterklasse. Im Ergebnis hat das Kapital den Ton seiner Propaganda komplett ändern müssen: »Überfluß« und »wachsende Ansprüche« wurden ersetzt durch »Null-Wachstum« und »klein ist schön«. Und eine gesellschaftliche Wirklichkeit wurde gezwungen, in diese Ideologie einzustimmen.

Auf der empirischen Ebene finden wir Einzelkapitalisten, Kartelle oder Nationen, die alle die Absicht haben, ihre Konkurrenzposition zu behaupten. Dazu erhöhen sie zum einen die Produktivität, und zum andern frieren sie die Löhne und andere Kosten ein, die als flexibel angesehen werden können (wie die Programme zur sozialen Sicherung). Auf internationaler Ebene drückt sich die Konkurrenz in Handelsungleichgewichten und daraus folgenden monetären Krisen aus, welche wegen der gegenseitigen Abhängigkeit die gesamte Ökonomie in Gefahr bringen. All diese Fragen, welche die Bourgeoisie für »ökonomische« hält, können gleichzeitig Ausdruck des Klassenkampfes und des widersprüchlichen Prozesses der kapitalistischen Akkumulation sein. In einem gewissen Sinn, der jedoch den marxistischen Standpunkt nicht ungültig macht, ist *alles* eine Frage von Klassenkampf; denn der Akkumulationsprozeß findet in historisch bestimmten Produktionsverhältnissen statt, die durch ein komplexes Gemisch von physischer Gewalt und ideologischer Manipulation bestimmt und aufrechterhalten werden. Dennoch entwickeln sich die besonderen Kämpfe von Teilen der Arbeiterklasse und ihre Beziehungen zu bestimmten Einheiten von Kapital nicht zufällig, sondern – in Marx'scher Perspektive – im Rahmen eines unabwendbaren, widersprüchlichen Prozesses kapitalistischer Akkumulation. Dieser Prozeß kann theoretisch auf der Basis der Analyse des Gesamtkapitals erfaßt werden, das heißt auf einer Analyseebene, die zunächst von der Konkurrenz abstrahiert, auch wenn dies nur geschieht, um dann mit einer Reihe von Annäherungen dorthin zurückzukehren.

Für die Marxisten muß der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern verschiedener Kapitaleinheiten im Rahmen einer verschärften internationalen Konkurrenz in den 60er und 70er Jahren verstanden werden. Eine verschärfte Konkurrenz ist bezeichnend für die Krisenbedingungen, unter denen die Kapitalisten um eine Mehrwertmasse kämpfen, die auf einer bestimmten Ebene kapitalistischer Akkumulation ungenügend ist in bezug auf ihren Bedarf nach rentablen Investitionen. Bestimmte Nationen erwerben durch Betrug einen Anteil am existierenden Mehrwert, der ausreicht, um eine weitere Akkumulation zu ermöglichen. Aber die Krise des Kapitals ist nichts anderes als der Mangel an Gesamtmehrwert im Verhältnis zu der Summe, die notwendig wäre für produktive Investitionen und unproduktive Ausgaben. Daraus folgt, daß sich in jeder Nation (in Großbritannien aufgrund seiner schwachen Konkurrenzfähigkeit mehr als in anderen) der Kampf um die Aufteilung des existierenden Mehrwerts in

seine drei Funktionen: konstantes Kapital (Werkstätten, Maschinen und Rohstoffe), variables Kapital (Löhne der produktiven Arbeiter) und Rente (kapitalistische Einkommen und unproduktive Ausgaben) verschärft.

Wenn wir zu theoretischen Zwecken den Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern darum, wieviel Arbeit tatsächlich gegen ein bestimmtes Einkommen getauscht wird, als sekundär betrachten, können wir das entdecken, was Mattick »die objektiven Bedingungen« nennt, »in denen sich der Klassenkampf entwickeln und seine Ziele festlegen muß«; das heißt in diesem Fall den Kontext der wirtschaftlichen Stagnation und die Tatsache, daß die staatliche Intervention dieses Problem nicht lösen kann und es stattdessen in ein Problem des unkontrollierten Wachstums der unproduktiven Ausgaben verwandelt. Wenn wir dann Marx folgen und die wirtschaftliche Stagnation auf den tendenziellen Fall der Profitrate und auf die zu schwachen Gegentendenzen zurückführen, das heißt auf die inneren Widersprüche des Kapitalismus, dann begreifen wir, warum er unfähig ist, die Güter zu verteilen, die Bedürfnisse einer kämpferischen Arbeiterklasse zufriedenzustellen, und warum er im Gegenteil immer wieder die Lebensstandards der Arbeiterklasse angreifen und sich anstrengen muß, die Mehrwertmasse zu erhöhen, indem er sie aus jeder einzelnen Einheit an Arbeitszeit herauspreßt. Diese Analyse erscheint »objektiv«, insofern sie unter Abstraktion vom Klassenkampf entwickelt wird, dennoch läßt sie Platz für die »Subjektivität«, insofern sie aufzeigt, daß die Grundlage einer relativen Klassenharmonie inkonsistent ist und darauf zielt, die kapitalistischen Verhältnisse selbst in Frage zu stellen. Sie abstrahiert vom Klassenkampf, um zu zeigen, daß die Rentabilitätskrise, der Zusammenhang, in dem sich der Kampf entwickelt, der Entwicklung des Kapitalverhältnisses *immanent* ist. Es gibt Grenzen bei der Organisation der Produktion und folglich indirekt des gesamten gesellschaftlichen Lebens, sowohl auf seiten der kapitalistischen Verhältnisse als auch auf seiten der Lohnarbeit. Ein solches System führt zu vielfältiger Zerrüttung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einschließlich eines – auf Zeit gesehen – ernsthaften Rückgangs im materiellen Wohlstand eines großen Teils der Bevölkerung.

Aber auch wenn dieser objektive Ansatz theoretisch standhält, müssen wir seine Grenzen erkennen. Der Kapitalismus verändert in seiner Entwicklung (und in seinem Niedergang) den Arbeitsprozeß und das Leben allgemein, und folglich verändern sich auch der Charakter und die Formen der Revolte. Strategie und Organisation sind historisch bestimmt. Das Aufzeigen der Unfähigkeit des Kapitalismus, seine inneren Widersprüche zu überwinden, kann höchstens die Voraussetzungen liefern, um den spezifischen Charakter der gegenwärtigen Krise, den spezifischen Charakter der gegenwärtigen Kämpfe und das Verhältnis zwischen beiden zu verstehen. Wenn die Krise »die Möglichkeit der Verwandlung des Klassenkampfes im Innern der Gesellschaft zu einem Kampf für eine andere

Gesellschaftsform« bietet, so bleibt noch zu zeigen, wie aus dieser Möglichkeit Wirklichkeit werden kann.

Wir müssen also 1) aufzeigen, wie die Verschärfung des Kampfs um die Ausbeutungsrate tatsächlich zu einem revolutionären Kampf werden kann (bzw. daß er gerade dabei ist!), zu einem Kampf, der die Schranken der kapitalistischen Gesellschaft einreißt, und wie er sich in einen Kampf *gegen die Lohnarbeit* verwandeln kann; 2) an dieser Verwandlung teilnehmen. ■

### **Anmerkungen:**

Wir haben den Artikel von Ron Rothbart in der italienischen Zeitschrift *Collegamenti/Wobbly* (Nuova Serie 6-7, 1998-1999) entdeckt, die ihn schon einmal 1982 veröffentlicht hatte.

Auf die Bücher, die auf Deutsch erschienen sind, weisen wir ggf. in den Endnoten hin. Diese drei sind für Matticks Position besonders wichtig:

\* *Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt*; Karin Kramer Verlag, Berlin 1973 (Vorwort von Paul Mattick (Dez. 1972); Artikel von Pannekoek: Kritik an Grossmann (1934); P. Mattick: Verteidigung von Grossmann (1934) und Karl Korsch im Proletarier Nr. 1 (1933).

\* Paul Mattick: *Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems*, Frankfurt 1974.

\* Mattick/Deutschmann/Brandes: *Krisen und Krisentheorien*; Ffm 1974; (Paul Mattick: Krisen und Krisentheorien; Christoph Deutschmann: Die WWK als Problem der marxistischen Krisentheorie; Volkhard Brandes: Über die Ursachen der Nachkriegsprosperität. Eine Kritik an Paul Mattick).

Die Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* erschien in Paris von 1949 bis 1965. Sie war entstanden aus einer Initiative von Ex-Trotzkisten und wurde zum Hauptvertreter operaistischer Tendenzen. Zu ihren Gründern und Redakteuren gehörten Castoriadis und Lefort. (siehe Endnote 1)

Von der Zeitschrift *Zerowork* sind nur zwei Nummern erschienen; die Themen, die sie behandeln, sind teilweise aus dem italienischen Operaismus entliehen, einige der Autoren schrieben auch in italienischen Zeitschriften. Wir haben beide Nummern 1988 als TheKla 10 auf Deutsch veröffentlicht.

Rothbart bezieht sich auf das Konzept der *Selbsttätigkeit*. So wie Castoriadis den Begriff *Selbsttätigkeit* benutzt, bezieht er sich auf die gesellschaftliche und Kampf-Aktivität, welche die Klasse dazu führt, sich als solche zu erkennen und sich als solche zu konstituieren, er ist das *Sich-Machen* der Klasse. *Selbsttätigkeit* ist etwas verschieden vom Begriff der *Autonomie*, mit dem nicht nur das Sich-zum-Subjekt-machen der Klasse gemeint ist, sondern auch ihre radikale Fremdheit ihrem ewigen Antagonisten, dem Kapital, gegenüber.

## Endnoten:

1. Auf Deutsch gibt es eine Textsammlung: Cornelius Castoriadis, *Sozialismus oder Barbarei. Analysen und Aufrufe zur kulturevolutionären Veränderung*, Berlin 1980, die allerdings diesen Text nicht enthält.
2. Glyn, Andrew / Sutcliffe, Bob: *Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens*, Berlin 1974.
3. Zerowork Nr. 1, Einleitung; deutsch in *TheKla* 10, S. 12 - 15.
4. Zerowork, deutsch in *Thekla* 10, S. 69.
5. Als Antwort könnte man behaupten, daß Yaffe den Anstieg der unproduktiven Ausgaben als eine »objektive« ökonomische Entwicklung darstellt, daß aber dieser Anstieg in Wirklichkeit zumindest teilweise aufgrund der vergangenen, gegenwärtigen und potentiellen Arbeiterkämpfe stattfindet. Die Ausweitung der sozialen Dienstleistungen und des staatlichen Sektors sind zustande gekommen, weil die Arbeiterklasse sich das Recht auf Vollbeschäftigung und ein System sozialer Grundversorgung erkämpft hat. Wie selbst Yaffe hervorhebt, ist das hauptsächliche Ziel der sozialen Dienstleistungen die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Die »unproduktiven Ausgaben« sind also zum Großteil ein System zur Verdunkelung des Klassenkampfes als deren Ursache und zu seiner Verwandlung in eine neue »objektive« ökonomische Kategorie.
6. Vgl. zum Beispiel Brecher-Costello, *Common Sense for Hard Times*, 1976.
7. Hier sind der Unterschied und die Beziehung zwischen den beiden Begriffen von »Produktivität« wichtig. Für Marx bedeutet Erhöhung der Produktivität, daß das Produkt einer gegebenen Quantität von Arbeit gesteigert wird; für die bürgerliche Ökonomie bedeutet es, daß das Produkt einer gegebenen Quantität von Arbeitszeit gesteigert wird (»Produkt pro Beschäftigtem in der Stunde«). Die Bedeutung liegt darin, daß der bürgerliche Begriff nicht unterscheidet zwischen einem Zuwachs des Produkts pro Stunde und Beschäftigtem, der dem technologischen Fortschritt geschuldet ist und dem, der einer Beschleunigung des Arbeitsprozesses geschuldet ist. In den 60er und 70er Jahren hat der Produktivitätsrückstand im Marx'schen Sinn die Kapitalisten dazu gebracht, das Stundenprodukt pro Beschäftigtem durch die *Intensivierung* der Arbeit steigern zu wollen, womit sie mehr Arbeit aus einer Einheit Arbeitszeit erhalten haben. Oft finden die beiden Sachen parallel statt, zum Beispiel wird bei der Einführung der Fließbandarbeit nicht nur die produktive Kapazität der Arbeit erhöht, sondern die Arbeiter werden auch gezwungen, schneller zu arbeiten. Dennoch wird dort, wo eine technologische Entwicklung fehlt, wie in der britischen und italienischen Industrie der 60er Jahre, der Akzent auf die Intensivierung der Arbeit gelegt.
8. Taylor selbst behauptete, daß die wissenschaftliche Arbeitsorganisation »hohe Löhne und niedrige Arbeitskosten« ermöglichen würde, »die nicht nur kompatibel, sondern ... in den meisten Fällen voneinander abhängig« seien. (F. W. Taylor, *Shop Management*, 1908, S. 21 f.) Siehe auch die deutsche Ausgabe *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*, Weinheim 1995, S. 27 f..

9. Alan Jones, *Britain on the Edge of the Abyss!*, in: Inprecor Nr. 40/41, Dezember 1975.
10. Deutsch in: *Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt*; Berlin 1973; S. 47 f..
11. Paul Mattick, Vorwort zur italienischen Ausgabe von Henryk Grossman, »Marx, l'economia classica e il problema della dinamica« [Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik], Bari 1975.
12. Geoffrey Kay, *The Falling Rate of Profit, Unemployment and Crisis*, in Critique, Nr. 6, 1976.
13. J. B. Procter, *Capitalism Development, Class Struggle and Crisis in Italy, 1945-1975*, in: Monthly Review, Vol. 27, Nr. 8, Januar 1976.
14. Thelema Arranea, *Notes on Italy*, in: Solidarity, Vol. 8, Nr. 4.
15. Paul Mattick, *Marx und Keynes – die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems*, Frankfurt 1974.
16. Richard Hyman, *Industrial Conflicts and the Political Economy: Trends of the Sixties and Prospects for the Seventies*, in: The Social Register, 1973.
17. *Business Week*, 22. September 1975, S. 96.
18. *The Times*, 30. September 1976.
19. Jan Stainberg, *Why a few dissidents are frightening leaders in the West as well as in the East*, in: Seven Days, Vol. 1, Nr. 3.

**Die Artikel in diesem Heft verweisen teilweise auf bereits von uns veröffentlichte Texte. Einige von Ihnen haben wir hier nochmal zusammengestellt:**

### **Thekla 14 – Ölwechsel**, Mai 1991

Hier findet sich der Text, »*Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung*«, aus der *Le Brice-Glace*, Frankreich, Frühjahr 1989. Auf diesen Text verweist H., »Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs« in diesem Heft.

### **Thekla 10 – Zerowork**, Juli 1988

Auf die Texte der Gruppe *Zerowork* (das Thekla enthält die Übersetzungen beider Nummern der Gruppe von 1975 und 1977) bezieht sich der Text von Ron Rothbart in diesem Heft.

**Als Hintergrundmaterial zur Diskussion um die kapitalistische Krise verweisen wir nochmal auf die beiden Wildcat-Zirkulare zum Thema:**

*Zirkular 28/29, Oktober 1996* – Krise, Geld, Arbeiterklasse

*Zirkular 30/31, November 1996* – Geld und Krise, 2. Teil

Leider haben wir nur noch Zirkular 30/31 auf Lager

**Bestelladresse findet ihr vorne im Heft!**

Die **Beilagen mit wichtigen Texten aus der revolutionären Debatte**, die wir seit Zirkular 42/43 in die Zirkulare einlegen, sind auch einzeln erhältlich.

Da sich diese Texte hervorragend für die **Diskussion in Arbeitsgruppen** eignen, haben wir davon ein paar mehr gedruckt. Die Hefte haben einen Umfang zwischen 44 und 80 Seiten und kosten einzeln 5 Mark. da ein Großteil unserer Kosten für Porto und Versand draufgehen, bieten wir an:

**3 Beilagen für 10.- Mark und 4 Beilagen für 12.- Mark** (jeweils incl. Porto)

Zirkular 42/43, März 1998

Zwischen Revolte und Niederlage – Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England (1974). Im Anhang eine Aktualisierung von 1997.

Zirkular 46/47, Februar 1999

Loren Goldner: Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft

Zirkular 48/49, März 1999

Aufheben: Dole Autonomy gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Zirkular 50/51, Mai (Juni) 1999

Gilles Dauvé: Wenn die Aufstände sterben

Zirkular 52/53, Juli 1999

Gilles Dauvé: Niedergang und Wiederkehr der kommunistischen Bewegung

## **Wir räumen unseren Speicher!**

**Wir haben noch folgende TheKlas (Umfang 150-220 Seiten), die wir am liebsten als Gesamtpaket für 50 DM (incl. Porto) verschicken:**

Thekla 10 – »Zerowork« [Beide Hefte der amerikanischen Zeitschrift] 10,-

Thekla 11 – Let's get organized [Jobber-Aktionen] 7,-

Thekla 12 – Arbeit, Entropie, Apocalypse [Texte der Midnight Notes] 7,-

Thekla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus [Polen, China, Frankreich] 7,-

Thekla 14 – Ölwechsel [Golfkrieg, Zionismus] 7,-

Thekla 15 – Sabotage [ArbeiterInnen in den USA] 16,-

Thekla 17 – Arbeit, Energie, Krieg [krieg und Migration] 14,-

## **Aus dem Inhalt:**

- Spekulatives Wachstum
  - ökonomisches Gesetz und Klassenkampf - Die Grenzen der Ökonomie Matticks
  - Zur Debatte der Weltwirtschaft:  
Zwei Schritte zurück
- 
- Antisemitismus und Grenzen des Klassenbegriffs  
... und einige kritische Bemerkungen dazu
  - Le Fichisme ne passera pas / The X-Files
- 
- Zu Kurz gedacht - Kritik an Krisis' Arbeitsbegriff und 'New Work'-Phantasien
  - Über billiges Gemüse und Arbeitsmigration  
(und Ketchup Ál Ejido)